

„Der Fall Moro“
CIA-SPUR

Nr. 23 • JUNI 1987

ISSN 0233-8335

NEUE ZEIT



**IST SICHERHEIT
FÜR ALLE MÖGLICH?**

NZ-Rundtischgespräch

**KOREA:
GESPALTENE HALBINSEL**

**STURM ÜBER DEN
FIDSCHIINSELN**

1917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

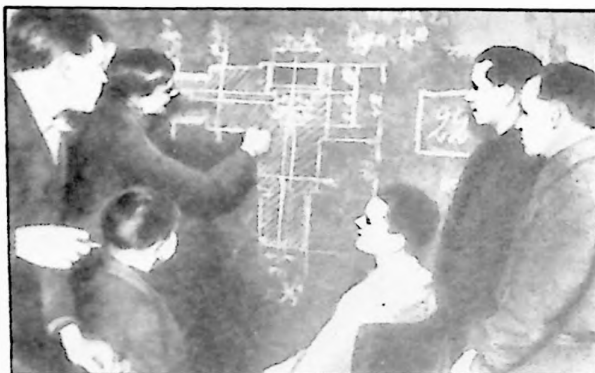
„Wer lesen und schreiben kann, hat es besser!“ hieß ein populäres Motto der 30er Jahre in unserem Land. Ein landesweiter Wettbewerb um den Titel eines Betriebes, einer Stadt oder eines Gebietes ohne Analphabeten war im Gange. Der Titel wurde auf großen Kundgebungen feierlich zuerkannt. Die Alphabetisierung ging mit Berufsbildung einher. Zehntausende beteiligten sich an der Bewegung „Meister seines Fachs“. Es entstand auch die freiwillige Unionsbewegung „Meister wir die Technik!“.

So naiv diese Lösungen und Initiativen heute auch anmuten, damals war die Überwindung der Unwissenheit existentiell für die junge Sowjetrepublik.

Die Großbauten der er-

Enthusiasmus allein nicht genüge. Ohne Qualifikation blieben noch so wertvolle Ausrüstungen ineffektiv, gingen gar kaputt. In der Stahlindustrie z.B. standen die Walzstraßen bis zu einem Viertel der Arbeitszeit still. Es galt, das technische Analphabetentum zu überwinden, die Werkstätten zu qualifizieren. Wieder einmal machte sich bemerkbar, daß das zaristische Rußland ein rückständiges Land gewesen war.

Millionen Arbeiter besuchten Lehrgänge. Das Akademiemitglied Iwan Bardin, damals Arbeiter im Hüttenkombinat Kusnezsk, schreibt: „Ein ungewöhnlicher Sturm auf die Wissenschaft setzte ein. Man lernte gierig, denn jeder Tag zeigte den Menschen anschaulich, wie groß der reale Nutzen des erworbenen Wissens war. Zehntausende Menschen saugten Kenntnisse ein, das war eine Art Erleuchtung für sie, ihnen fiel es wie Schuppen von den Augen. Sie verschlangen Bücher, lernten Formeln und Aufgaben, darin sahen sie ein Mittel, das ihnen Kraft verlieh und den Weg zum



1935. Leningrader Metallwerke, Schule der Bestarbeiter.

Prawda“ Angaben einer Befragung von 427 Arbeitern aus den fünf größten Industriebetrieben Sowjetrußlands. 226 davon hatten ihre privaten Bibliotheken, 150 gingen in die Oper, 136 besuchten regelmäßig Museen, beinahe

alle studierten und lernten nach der Berufstätigkeit. Die Zeitung schrieb voller Stolz davon. Damals war das ein Sieg.

Erbauer des
Hüttenkombinats
Magnitogorsk



Die ersten Pkw der Moskauer Automobilwerke.

sten Planjahr fünfte bezogen. Hunderttausende Bauern und junge Städter, die praktisch keine Berufsfähigkeiten hatten, in den Industrialisierungsprozeß ein. Einige hatten nie zuvor auch nur eine Bibel in der Hand gehalten.

Die Objekte der ersten Planjahr fünfte, die die Zeitgenossen in Staunen setzten, wurden mit beispiellosem Arbeitselan in ungewöhnlich kurzer Zeit gebaut. In der Regel wurden die Erbauer zu den ersten Arbeitern. Und da stellte sich heraus, daß

Sieg, zu einem freudigen, glücklichen, erfüllten Leben voller Kampf und Sinn wies.“

Es lernten Arbeiter, Ingenieure, Werkdirektoren und Minister.

Die meisten späteren Industriekapitäne begannen als einfache Arbeiter: Iwan Lichatschow, Jewgeni Abakumow, Lew Wladimirov.

Ende 1934 veröffentlichte die „Komsomolskaja



IN DIESEM HEFT:

2
Wort des Redakteurs
ÄRZTE MAHNEN

3
OBER DIE MILITÄRDOKTRIN
DER TEILNEHMERSTAATEN DES
 Warschauer Vertrages

5
W. Galin, A. Kowrigin. CITO!

6
1917--1987. Streit um das Wichtigste
V. Falin. GEWALT IN DER POLITIK

8
Panorama

12
Die "Sechs" von Delhi
G. Schapowalow. STIMME DER VER-
NUNFT
USA--Indien
L. Shegalow. UNTER DRUCK

13
Archiv aktuell
A. Laurinciukas. OSTLANDNOSTALGIE

14
S. Goljakow. URTEIL
OBER DEN WAHNSINN

16
Ökologie



Pjöngjang. Die Zukunft Koreas liegt
in der Vereinigung



Wer steckt hinter dem Mord an
Aldo Moro?



Das 21. Puschkin-Unionsfest
der Dichtkunst

18
NZ-Rundtischgespräch
INTERNATIONALE SICHERHEIT:
ZWISCHEN UTOPIE UND REALISMUS

20
Exklusiv für die "Neue Zeit"
V. Smirnow. APARTHEID IM ABSEITS

22
Halbinsel Korea
W. Shitomirski, L. Mletschin.
AM 38. BREITENGRAD

24
Biographisches
HARRI HOLKERI

25
NZ-Recherchen
L. Makarewitsch. AUSSTIEG
OBER VICENZA

28
Länder und Kontinente
N. Lebedewa. WOLKEN OBER FIDSCHI

30
A. Bukalow. UNSER PUSCHKIN

32
Sport
A. Tschaikowski. EXPERIMENT
TURNEN

Titelbild: Wjatscheslaw Grunzow

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO
Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEW,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPJANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher
Redakteur der
deutschen Ausgabe
R. KRESTJANINOW



FRIEDENS-
STRATEGIE
DES SOZIALISMUS
Die Tagung des Politischen Beratenden
Ausschusses
des Warschauer Vertrags hat dem
Kampf gegen die Kriegsgefahr,
für eine friedliche Zukunft der
Menschheit
einen neuen Impuls gegeben.

In den 70 Jahren seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat sich die UdSSR völlig umgewandelt. Sie verwarf den Kapitalismus und wurde der erste sozialistische Staat unseres Planeten. In der UdSSR gibt es keine Arbeitslosigkeit, keine Überproduktionskrisen. Um den Kommunismus aufzubauen, brauchen die Sowjetbürger, wie ich es sehe, nur eine, allerdings sehr wichtige Bedingung: den Frieden, die friedliche Koexistenz. Der Sozialismus ist seiner Natur nach rational: Wir alle werden früher oder später dahin kommen, das ist nicht zu vermeiden. Aber solange es Leute gibt, die sich das Ziel setzen, diese Gesellschaftsordnung zu vernichten, ist das und nicht eine "sowjetische Bedrohung" der Grund für Wettrüsten. Tom HOPKINS

Caerphilly,
Großbritannien

Mir gefiel der Artikel des britischen Generals a. D. Michael Harbottle "Europäische Sicherheit neu bewerten" (Heft 18/87) und sein Prinzip, eine Sicherheitskonzeption auf der Basis neuen Denkens auszuarbeiten. Die "Neue Zeit" könnte vielleicht eine Erörterung dieses Themas auch mit anderen Experten in die Wege leiten. Alexander SCHAMRAJENKO

Jushno-Secholsk, RSFSR

Im Brief meines Landsmanns Patrick Keltch aus Montreal (Heft 5/87) hieß es, die Friedensbewegung in Kanada sei nur eine Zuflucht für Tagediebe und Nichtstuer. Das stimmt überhaupt nicht! In letzter Zeit haben sich dem Friedenskampf sehr viele Kanadier aus allen Schichten der Gesellschaft, darunter auch Arbeitslose, angeschlossen. Mehr noch, meines Erachtens gewinnt diese Bewegung bei uns wie sonst nirgendwo an Tempo und Stärke.

Karl ETTINGER
Port Alice, Kanada

ÄRZTE MAHNEN

Krieg macht Krüppel. Aus dieser Erkenntnis spricht die bittere Erfahrung von Jahrtausenden. Die Geschichte der irdischen Zivilisation kannte zahlreiche Kriege aller Art: weltweite und lokale, kurze und langwierige, insgesamt über 14 000 Kriege. Sie rafften über 3,6 Milliarden Menschenleben dahin und verursachten enormes Unheil.

Alle Unbilden der Vergangenheit verblissen jedoch angesichts der tödlichen Gefahr, in der die Menschheit heute schwebt. Die Diagnose des furchtbaren Leidens, das die Menschheit nicht überleben würde, ist gestellt: Nuklearkrieg. Er würde in wenigen Tagen alles Leben auf der Erde auslöschen. Die Ärzte nennen ihn die letzte Seuche.

Menschen, die besser als andere begreifen, was diese Seuche für unseren Planeten wäre, schlugen mit als erste Alarm und haben sich zu einer Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhütung eines Nuklearkrieges zusammengeschlossen. In diesen Tagen erklang ihre gewichtige Stimme aus Moskau, wo sie sich zu ihrem 7. Kongreß zusammengefunden hatten.

Am Ursprung der Initiative standen 1980 drei sowjetische und drei amerikanische Ärzte. Gegenwärtig vereint sie 170 000 Ärzte aus 55 Ländern — ein für eine Organisation der Öffentlichkeit beispielloses Anwachsen von Stärke und Autorität. Das verdeutlicht die Anziehungskraft der humanen Ideen, um welche Mediziner verschiedener Nationalitäten, politischen Ansichten und Konfessionen gemeinsam ringen. Heute werden sie von Hunderttausenden Vertretern anderer Berufe, die die über unseren Planeten horaufziehende Gefahr erkennen, unterstützt. Ein eindeutiger Beweis für diese Unterstützung war die Anwesenheit von Politikern, Schriftstellern und Wissenschaftlern auf dem Moskauer Forum.

Die Medizin ist berufen, Krankheiten nicht nur zu heilen, sondern ihnen auch vorzubeugen. Die Ärzte der Welt mahnen: In einem Nuklearkrieg wären sie außerstande, den Millionen Verwundeten und Verstrahlten halbwegs wirksam Hilfe zu leisten. Die beste Prophylaxe ist heute deshalb die Wahrheit über die Gefahr, die uns allen droht, darüber, was uns erwartet, wenn die "letzte Seuche" ausbricht. Eine bittere Wahrheit, aber heilsam.

In den letzten Jahren erstarkt das Zusammenwirken der Ärzte verschiedener Länder im Kampf gegen die nukleare Gefahr. Bei ihrer Zusammenarbeit um der Gesundheit und des Wohlergehens, ja um des Lebens der Menschen willen konnten die Ärzte Millionen Patienten aufklären und globale Folgen einer nuklearen Katastrophe — den "nuklearen Winter", die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum und viele andere Probleme — zum Gegenstand einer breiten Erörterung machen.

Solange der nukleare Wahnsinn währt, muß er unermüdlich bekämpft werden. Ärzte können viel dazu beitragen, daß das Umdenken, eine andere Sicht auf die Fragen von Krieg und Frieden unumkehrbar wird und nicht nur die Massen, sondern auch Politiker, in deren Hand die Geschicke der Menschheit liegen, ergreift.

In Michail Gorbatschows Grußbotschaft an den Moskauer Kongreß heißt es: "Ideologische und politische Differenzen müssen zurücktreten vor der Gemeinsamkeit der Geschicke des Menschengeschlechts, vor der Priorität des Lebens und allgemeinemenschlicher Werte. Der Augenblick verlangt von allen, denen die Zukunft der Zivilisation am Herzen liegt, kühn und sofortige Aktionen. Ich bin sicher, daß die Stimme der Ärzte an diesem Wendepunkt der Geschichte sich Gehör verschaffen wird."

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erklären nochmals, daß ihre Militärdoktrin defensiven Charakter trägt. Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Berlin wurde ein diesbezügliches Dokument verabschiedet, das wir nachstehend bringen.

ÜBER DIE MILITÄRDOKTRIN DER TEILNEHMERSTAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES

Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird es immer wichtiger, die in den Militärdoktrinen der Staaten und militärisch-politischen Bündnisse verankerten Ziele und Absichten auf militärischem Gebiet richtig zu verstehen. Davon ausgehend, daß es notwendig ist, den Krieg ein für allemal aus dem Leben der Menschheit zu verbannen, das Wettrüsten zu beenden, die Anwendung militärischer Gewalt nicht zuzulassen, Frieden und Sicherheit zu stärken sowie die allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen, haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages beschlossen, die Prinzipien ihrer Militärdoktrin darzulegen.

Sie ist die Grundlage für das Wirken des Warschauer Vertrages und widerspiegelt die Gemeinsamkeit der auf Verteidigung gerichteten militärisch-politischen Ziele seiner Teilnehmerstaaten sowie ihrer nationalen Militärdoktrinen.

Die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages wie auch jedes seiner Teilnehmerstaaten ist der Aufgabe untergeordnet, keinen Krieg - weder einen mit nuklearen noch mit konventionellen Waffen geführten - zuzulassen. Es liegt im Wesen ihrer Gesellschaftsordnung, daß die sozialistischen Staaten ihre Zukunft nie mit der militärischen Lösung internationaler Probleme verbunden haben und nicht verbinden werden. Sie treten für die Lösung aller strittigen internationalen Fragen ausschließlich auf friedlichem Wege, mit politischen Mitteln ein.

Im nuklear-kosmischen Zeitalter ist die Welt für Krieg und Gewaltpolitik allzu zerbrechlich geworden. Angesichts der Anhäufung eines gewaltigen Vernichtungspotentials ist die Menschheit mit der Frage ihres Überlebens konfrontiert. Ein Weltkrieg, erst recht ein nuklearer, hätte nicht nur für die unmittelbar am Konflikt beteiligten Länder katastrophale Folgen, sondern für das Leben auf der Erde überhaupt.

Die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages hat ausschließlich Verteidigungscharakter. Sie geht davon aus, daß unter den heutigen Bedingungen die Regelung von Streitfragen mit militärischen Mitteln in keinem Fall zulässig ist. Das Wesen dieser Doktrin besteht in folgendem:

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages werden niemals und unter keinen Umständen militärische Handlungen gegen einen beliebigen Staat oder ein Staatenbündnis beginnen, wenn sie nicht selbst einem bewaffneten Überfall ausgesetzt sind.

Sie werden niemals als erste Kernwaffen einsetzen.

Sie erheben keinerlei territoriale Ansprüche, weder

gegenüber einem europäischen noch außereuropäischen Staat.

Sie betrachten keinen Staat und kein Volk als ihren Feind. Sie sind bereit, mit ausnahmslos allen Ländern der Welt die Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen und der friedlichen Koexistenz zu gestalten.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erklären, daß sie ihre internationalen Beziehungen konsequent auf die Achtung der Prinzipien der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, der Nichtanwendung oder -androhung von Gewalt, der Unverletzlichkeit der Grenzen und territorialen Integrität, der friedlichen Streitbeilegung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und der anderen Prinzipien und Ziele gründen, wie sie in der UN-Charta, der Schlußakte von Helsinki und in den weiteren allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts verankert sind.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages treten für die Verwirklichung von Abrüstungsmaßnahmen ein. Zugleich sind sie jedoch gezwungen, ihre Streitkräfte in einem solchen Bestand und auf einem solchen Niveau zu unterhalten, die es ihnen ermöglichen, jeden Angriff von außen gegen einen der Teilnehmerstaaten des Vertrages abzuwehren.

Die Streitkräfte der verbündeten Staaten werden in einer Gefechtsbereitschaft gehalten, die ausreicht, um nicht überrascht zu werden. Falls dennoch ein Angriff gegen sie verübt wird, werden sie dem Aggressor eine vernichtende Abfuhr erteilen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages streben nicht danach, über Streitkräfte und Rüstungen zu verfügen, die über das Maß hinausgehen, das für diese Ziele erforderlich ist. Sie halten somit streng den Rahmen des für die Verteidigung, für die Abwehr einer möglichen Aggression ausreichenden Niveaus ein.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages betrachten es als oberste Pflicht, die Sicherheit ihrer Völker zuverlässig zu gewährleisten. Die verbündeten sozialistischen Staaten beanspruchen keine größere Sicherheit als andere Länder, werden aber auch keine geringere akzeptieren. Die gegenwärtig bestehende militärstrategische Parität bleibt ein entscheidender Faktor für die Vorhinderung eines Krieges. Ein immer höheres Niveau der Parität bringt jedoch, wie die Erfahrungen lehren, kein Mehr an Sicherheit. Deshalb werden sie auch weiterhin Anstrengungen unternehmen, um das militärische Kräftegleichgewicht auf immer niedrigerem

Niveau zu wahren. Unter diesen Bedingungen erlangen die Einstellung des Wettbewerbs und Maßnahmen zur realen Abrüstung wehrhaft historische Bedeutung. Für die Staaten gibt es in unserer Zeit keinen anderen Weg, als Vereinbarungen zur radikalen Verringerung der militärischen Konfrontation herbeizuführen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gehen entschlossen von diesen Positionen aus. In völliger Übereinstimmung mit dem Verteidigungscharakter ihrer Militärdoktrin erstreben sie konsequent die folgenden grundlegenden Ziele:

Erstens. Das unverzügliche allgemeine und vollständige Verbot der Nukleartests als erstrangige Maßnahme zur Einstellung der Entwicklung, Produktion und Verwirklichung der nuklearen Rüstungen, ihre etappenweise Verminderung und völlige Beseitigung, die Verhinderung des Wettbewerbs im Weltraum.

Zweitens. Das Verbot und die Beseitigung der chemischen Waffen und anderen Arten von Massvernichtungswaffen.

Drittens. Die Verminderung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa auf ein Niveau, auf dem jede Seite bei Gewährleistung der eigenen Verteidigung über keine Mittel für einen Überraschungsangriff auf die andere Seite sowie für Angriffsoperationen überhaupt verfügt.

Viertens. Die strenge Kontrolle aller Abrüstungsmaßnahmen durch die Verbindung nationaler technischer Mittel und internationaler Verfahren, einschließlich der Schaffung entsprechender internationaler Organe, des Austausches militärischer Informationen und der Durchführung von Inspektionen vor Ort.

Fünftens. Die Bildung von kernwaffen- und chemiewaffenfreien Zonen in verschiedenen Regionen Europas und anderen Teilen der Welt sowie von Zonen verringerter Rüstungskonzentrationen und erhöhten Vertrauens, die Realisierung militärischer vertrauensbildender Maßnahmen in Europa auf gegenseitiger Grundlage und die Vereinbarung solcher Maßnahmen in anderen Regionen der Welt wie auch auf den Meeren und Ozeanen. Der gegenseitige Verzicht der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses auf die Anwendung militärischer Gewalt und die Übernahme von Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.

Für die Volksrepublik Bulgarien

TODOR SHIWKOW
Generalsekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien

Für die Ungarische Volksrepublik

JANOS KADAR
Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei

Für die Deutsche Demokratische Republik

ERICH HONECKER
Generalsekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

gen, die Beseitigung der Militärstützpunkte auf dem Territorium anderer Staaten sowie die Rückführung der Truppen auf die nationalen Territorien, der gegenseitige Abzug der gefährlichsten Arten von Angriffswaffen aus der unmittelbaren Berührungszone beider militärischer Bündnisse sowie die Verringerung der Konzentration der Streitkräfte und Rüstungen in dieser Zone auf einen vereinbarten minimalen Stand.

Sechstens. Ausgehend von der widersinnigen Teilung Europas in einander gegenüberstehende Militärblocke setzen sich die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages für die gleichzeitige Auflösung des Nordatlantischen Bündnisses und des Warschauer Vertrages und als ersten Schritt für die Beseitigung ihrer militärischen Organisationen sowie die schließliche Errichtung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit ein.

* * *

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages schlagen den Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses Konsultationen mit dem Ziel vor, die Militärdoktrinen dieser Bündnisse zu vergleichen, ihren Charakter zu analysieren und gemeinsam ihre künftige Ausrichtung zu erörtern, um die mit den Jahren angewachsenen gegenseitigen Verdächtigungen und das Mißtrauen abzubauen, zu einem besseren Verständnis der beiderseitigen Absichten zu gelangen und zu gewährleisten, daß die Militärkonzeptionen und -doktrinen beider Militärblocke und ihrer Teilnehmer auf Verteidigungsprinzipien beruhen.

Gegenstand der Konsultationen könnten auch entstandene Ungleichgewichte und Asymmetrien bei einzelnen Arten von Rüstungen und Streitkräften sowie die Suche nach Möglichkeiten ihrer Beseitigung sein, und zwar auf dem Weg der Verminderung durch diejenigen, der jeweils vorn liegt, in dem Verständnis, daß diese Verminderungen zu immer niedrigeren Niveaus führen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages schlagen vor, solche Konsultationen auf maßgeblicher Expertenebene unter Teilnahme von Militärspezialisten der Länder beider Seiten durchzuführen. Sie sind dazu noch im Jahre 1987 bereit. Die Konsultationen könnten in Warschau oder in Brüssel oder abwechselnd in diesen Städten stattfinden.

Für die Volksrepublik Polen

WOJCIECH JARUZELSKI
Erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen

Für die Sozialistische Republik Rumänien

NICOLAE CEAUDESCU
Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

M. S. GORBATSCHOW
Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik

GUSTAV HUSAK
Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Berlin, 29. Mai 1987

Cito!

Der 7. Kongreß der Bewegung "Internationale Ärzte für die Verhinderung des Nuklearkrieges" führte in der sowjetischen Hauptstadt Menschen zusammen, die es als ihre Pflicht empfinden, die Menschheit vor dem nuklearen Inferno zu bewahren. Sie sind keine Politiker, keine Militärexperten, aber als Ärzte halten sich für befugt, den Regierungen ihr Cito-Rezept für das Überleben vorzuschlagen. Prof. Bernard Lown von der Schule für Gesundheitsschutz in Harvard, der Kovorsitzende der Internationalen Vereinigung, sagt:

"Die beiden wichtigsten Dinge, die jeder von uns wissen muß, sind: Die Welt lebt bereits an der Schwelle eines dritten Weltkrieges; dabei ist die Menschheit noch imstande, ihn abzuwenden."

Deshalb besteht unsere Vereinigung auf völliger Vernichtung aller nuklearen Arsenale. Das ist unsere medizinische und moralische Pflicht."

Auf dem Kongreß, der etwa 3000 Teilnehmer aus 55 Ländern zählte, waren auch namhafte Wissenschaftler, Politiker, Vertreter der Öffentlichkeit, Literaten, Geistliche und Künstler zugegen.

Der amerikanische Senator Albert Gore: "Bei einem Treffen mit einer großen Studentengruppe in meinem Tennessee bat ich jene, die glauben, Zeugen eines Nuklearkrieges zu werden,

um Handzeichen. Zu meiner großen Verwunderung hoben fast alle die Hand. Als ich aber fragte, ob jemand von ihnen glaube, daß wir viel zu seiner Abwendung tun könnten, erhoben sich nur zwei oder drei Hände von 500. An jenem Tag hörte ich gleichsam, wie die Generation, die unter der Gefahr der nuklearen Vernichtung aufgewachsen ist, ihr Urteil über unsere Zukunft fällt. Ich begriff, daß wir verpflichtet sind, auf die Aufhebung dieses Urteils hinzuwirken, damit unsere Kinder und Kindeskinde nicht verzweifeln, sondern hoffnungsvoll in die Zukunft blicken."

Der namhafte amerikanische Geschäftsmann Armand Hammer setzt diesen Gedanken fort:

"Die Gefahr eines Nuklearkrieges ist dermaßen groß, daß wir alles, was von uns abhängt, tun müssen, damit er nie ausbricht. Tschernobyl war nur eine schwache Andeutung der eventuellen Folgen einer globalen nuklearen Katastrophe. Diese Havarie lehrt uns, daß wir die drohende Gefahr noch besser erkennen müssen. Gegenwärtig bestehen in der Welt über 50 000 nukleare Gefechtsköpfe. In jedem davon schlummern Hunderte Tschernobyls."

Die Parole des 7. Kongresses waren Einsteins Worte, die Menschheit müsse umdenken, wenn sie überleben wolle. Wohl deshalb nehmen die Kongreßteil-

nehmer die Grußbotschaft Michail Gorbatschows so herzlich auf. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU betont darin, daß die Gedanken an die Wahrung der Zivilisation und die Heilung des nuklearen Wahnsinns, jene Gedanken, die die Bewegung der Ärzte inspirieren, den Sowjetbürgern nah und verständlich sind. Die UdSSR, heißt es in der Botschaft weiter, ist jederzeit bereit, das Moratorium für Nukleartests erneut einzuführen bzw. solche Tests ganz zu verbieten, falls die USA wie auch andere Nuklearmächte dies ebenfalls tun.

Das Programm des Forums war weitgefächert, deshalb begann die Arbeit der über 50 Kolloquien und Arbeitsgruppen schon frühmorgens.

Nach einer Sitzung sagte Till Bastian (BRD): "In der Bundesrepublik ist die Situation heute besonders kompliziert. Bekanntlich hemmt die Bundesregierung unter Kanzler Kohl die Liquidierung der nuklearen Raketen in Europa mehr, als sie zu einem Fortschritt in der Abrüstung beiträgt. Wir verurteilen eine solche Politik entschieden. Zudem streben beinahe 70 Prozent unserer Bevölkerung, wie öffentliche Umfragen zeigten, die Beseitigung von Kernwaffen an."

Eine scharfe politische Diskussion entbrannte auf dem Kongreß um die Stellungnahme des US-Botschafters in der UdSSR, John Matlock, für SDI. Nicht einmal seine Landsleute solidarisierten sich mit ihm. Der nächste Redner, Oberst der US-Luftwaffe Robert Bowman, der seinerzeit an der Ausarbeitung von SDI teilgenommen hatte, bewies anhand konkreter Tatsachen, daß das SDI-System für alle Erdbewohner verhängnisvolle Folgen haben würde.

Ärzte aus Mexiko, Nigeria, den USA, der UdSSR meldeten sich zu Wort. Der Tenor ihrer Ansprachen: Es gibt eine Alternative zum Nuklearkrieg! In der auf dem Kongreß verbreiteten Erklärung der Internationalen Vereinigung unter dem Titel "Woran wir glauben" heißt es: "In gemeinsamen Anstrengungen können die Männer und Frauen das Elend überwinden, die Gesundheit gewährleisten und ihr Haus bewahren."

Nach dem Kongreß traf Michail Gorbatschow mit Teilnehmern zusammen. Wie er sagte, verfolgt er die Tätigkeit der Vereinigung schon seit Jahren. Ihre Empfehlungen wurden bei der Formulierung der sowjetischen Außenpolitik ganz besonders in Betracht gezogen.

In einer Sitzungspause sah ich in der Halle, wie ein kleines Mädchen eifrig das Wort „Frieden“ in Russisch und Englisch auf ein Plakat mit einer durchgestrichenen Bombe malte. Heutzutage beginnt der Kampf für eine kernwaffenfreie Zukunft schon in der frühen Kindheit.

W. GALIN
A. KOWRIGIN

Auf dem 7. Kongreß der Bewegung „Internationale Ärzte für die Verhinderung des Nuklearkrieges“. Unser Bild (v. l. n. r.): Konnybat Abdullajew (UdSSR), Barbara Satz (DDR), Daniel Wood (USA), Yoshito Matsushige (Japan).

Foto: TASS



Gewalt in der Politik

Valentin FALIN

Lenin war zweifellos ein kühner und scharfsinniger Futurologe. Weil er den Krieg leidenschaftlich haßte, forderte er als erster Politiker, Frieden als das *eigentliche Maß* für Menschlichkeit, politische und soziale Sittlichkeit anzuerkennen, als den kategorischen Imperativ der Gegenwart, der noch höher steht als Klasseninteressen.

Daß die junge Sowjetrepublik sich ihre Geburt durch das Dekret über den Frieden bescheinigen ließ, ist nur gesetzmäßig und logisch. Von nun an wußten die Völker, daß es auf der Welt ein Land gibt, das entschlossen ist, die Zivilisation aus dem Teufelskreis herauszuführen, in dem Frieden immer nur eine Feuerpause zwischen Kriegen war. Die einfache Wahrheit ist letztendlich banal: Um verschieden sein zu können, muß man leben. Im Jenseits sind wir alle gleich.

Für den sowjetischen Staat stand die Frage noch nie, ob es wichtigeres gebe als den Frieden. Es kann für uns nichts Wichtigeres geben als das Wohl des Volkes. Wem an den Interessen der Massen gelegen ist, muß gegen Militarismus sein, gegen Wettrüsten und Kriege. In den 70 Jahren unseres Bestehens teilten uns meistens diese ruhigen Zeiten, da man sich auf den Aufbau konzentrieren konnte, auf die Lösung von Problemen, von denen das Lebensgefühl und der Wohlstand des Volkes abhängen.

Warum man daran erinnern muß?

Den auf dem 27. KPdSU-Parteitag festgelegten Kurs auf eine kritische Überprüfung und Erneuerung aller Seiten unseres Lebens und aller Aspekte der sowjetischen Innen- und Außenpolitik versuchen die Gegner des Sozialismus als Indiz für die "Abwegigkeit" unserer Theorie und als Folge einer ineffizienten Praxis auszugeben. Die einen bedienen sich rein formaler Methoden ("Die korrigieren wieder mal das Falsche!"), die anderen geben sich seriös und üben sich in geistigen Verrückungen, weil sie meinen, daß dabei mehr Dividende abfallen. So spekulieren sie denn.

Eindämmung

und andere Winkelzüge

Die neuen außenpolitischen Initiativen der UdSSR sind Realität. Da sie aber im Rahmen des Sozialismus durchgeführt werden, und weil ihnen sozialistische Ideen zugrunde liegen, so fügen unsere Opponenten hinzu, sind diese Initiativen nur die Absage an einige Überspitzungen in der sowjetischen Position, einzig

im Interesse der sowjetischen Seite, und kommen dem Westen keineswegs entgegen. Wenn also die Veränderungen überhaupt irgend etwas beweisen, dann erstens die uranfängliche Legitimation der NATO und zweitens, daß es sich auszahlt, Moskau mit harter Faust zu packen, daß "faule Kompromisse" nichts taugen. Um es zu präzisieren: unter "Legitimation" wird vor allem "Eindämmungspolitik" verstanden und unter "Kompromissen" die Anerkennung der gleichen Rechte und der gleichen Gleichheit für die UdSSR.

Die Griffigkeit politischer Vokabeln geht durch eifrigen Gebrauch ähnlich verloren wie die Prägung auf Klimpergeld. Letztlich assoziiert man bei "Eindämmung" Verteidigung und faßt sie losgelöst vom ursprünglichen Inhalt auf, der dem Begriff zugrunde liegt. "Die Politik der Eindämmung", lehrten ihre Urheber, "ist eine Politik vorsätzlicher und ständiger Druckausübung", um sich folglich nicht als Bluff zu erweisen, erfordere sie "eine überlegene Militärmacht".

Oder betrachten wir die "Eindämmung" einmal mit den Augen derer, die sich den Kriegsplan "Dropshot" ausgedacht haben, den Truman als Grundlage der US-Politik bis 1957 akzeptiert hat, dem Jahr, das man als äußerste Grenze für die Vorbereitung eines totalen Atomkrieges gegen die UdSSR von seiten Washingtons erwählt hatte. Im Kapitel "Einschätzung der strategischen Lage" finden wir eine Aufzählung der "politischen, ökonomischen und militärischen Bedingungen, die zur Eindämmung und letztendlich zum Roll-back der Sowjetmacht führen". Um die UdSSR zurückzudrängen, gründete man die NATO, obwohl dieses Geheimnis zeitweilig im Panzerschrank verwahrt und von offizieller Seite gelegnet wurde. Denn von außen sollte der aggressive Block schließlich bieder nach Verteidigung aussehen.

Damit wurde unnachgiebiger Druck mit Hilfe des Wettrüstens zum Wesen der Eindämmung. Massiert oder zu "flexible response" variiert, hat sich am Kern der Sache nichts geändert. Das Resultat ist wichtig: Roll-back.

Sehen wir weiter. In der Argumentation, die dazu dienen soll, Zweifel an den sowjetischen Vorschlägen, die Atomwaffen in Europa betreffen, zu säen, oder im Nachhinein Aktivitäten der NATO zu legitimieren, finden sich nicht wenige Winkelzüge. Solange die UdSSR den USA im Rüstungswettlauf nachhinkte, begnügte sich ein Teil der westlichen Meinungsmacher mit der These von der

"gleichen Verantwortung" der Supermächte. Als wir zum Prinzip der "ausreichenden Rüstung" übergingen, setzte man das Argument von der "sowjetischen Überrüstung" in Umlauf, von der "Übersättigung der sowjetischen Arsenalen", davon, daß "Moskau den vernünftigen Verteidigungsbedarf überschreite". Passend dazu schiebt man der UdSSR die Schuld an der gefährlich angewachsenen Spannung und an der Entspannungskrise in die Schuhe.

Typische und nicht einmal ganz ungefährliche Unterstellungen. Der Streit geht nicht um das Anrecht, als erster den Frieden als höchstes und universelles Gut entdeckt zu haben, wie es zunächst scheinen mag. Sondern unsere Kritiker wollen nach eigenem Gutdünken festlegen, wer ein Anrecht auf Zukunft hat und wer nicht. Man muß nur die Öffentlichkeit davon überzeugen, daß alles bisherige Unglück seinen Ursprung in der Sowjetunion hat, somit auch alles zukünftige, und daß man der UdSSR nicht über den Weg trauen darf. Wenn die in Moskau Veränderungen wollen, sollen sie den Preis nennen. Damit dieser Preis auch angemessen ist, dürfen die Demokraten sich nicht irritieren lassen. Sie müssen den militaristischen Gaul mal wieder ein bißchen auf Trab bringen.

Stellen wir uns das Paradies nach Heine vor

Angenommen, auf der Erde scheint die Sonne der Vernunft und die Feindbilder sind verschwunden. Die Menschen würden morgens aufwachen und keinen Schlag, keine Falle gewärtigen müssen. Gute Freunde ringsum. Es wäre wie in der Groteske vom Paradies bei Heinrich Heine, jeder ist darauf versessen, seinem Nachbarn Gutes zu tun, seinem Nächsten ein warmes Plätzchen frei zu machen, an einer reichgedeckten Tafel. Es gäbe keine Supermächte, nicht einmal Mächte, alle wären ganz normale Staaten, die sich nur durch ihre Ausmaße und ihre Bevölkerungsdichte voneinander abheben würden, und mitnichten durch Privilegien oder Hypotheken, die man ererbt oder erworben hat.

Entwerfen Sie einmal einem amerikanischen Konservativen so ein Weltbild, schon sind Sie ein Ketzler, ein Erbschelm und legen wahrhaftig Hand an eine über Jahrhunderte gültige Ordnung mit ihren Eigentums-, Rassen- und sonstigen Hierarchien, mit ihrer Unterordnung des Schwachen unter den Starken, mit all ihren Erwählten und Verstoßenen, mit denen, die zu herrschen befugt sind, und denen, die zu gehorchen haben. Sie werden die Mission der Vereinigten Staaten in Zweifel ziehen, der Menschheit das Licht zu bringen, denn sie sind Ronald Reagan zufolge niemand anders als das reine Antlitz der Freiheit

und Tugend. Abgesehen davon, daß sie auf göttlichen Befehl handeln, setzt der Präsident nach, sind sie in der Lage, sich bei ihrem Bekehrungswerk auf eine vernichtende militärische Macht zu stützen.

Ist das nicht ein bißchen dick aufgetragen? Keinesfalls.

Erinnern wir uns an Senator Jackson. Er ritt seinerzeit seine Attacke gegen SALT 2 nicht, weil die Amerikaner etwa schlechte Bedingungen für eine Regelung ausgehandelt hatten. Nicht im geringsten. Jackson hielt nicht die militärtechnischen, sondern die politisch-psychologischen Folgen bei einer praktischen Handhabung des SALT 2-Vertrages für verhängnisvoll. In der Bevölkerung könnte ein "trügerisches" Gefühl der Sicherheit entstehen, die Amerikaner würden innerlich abrüsten, es würde ihnen schwerfallen, die gewohnte Militanz zu wahren.

Der jetzige Direktor der Rüstungskontrollbehörde, Adelman, bekräftigt Senator Jacksons Schlußfolgerungen und entwickelt sie weiter, indem er erklärt, daß eine Ratifizierung des SALT 2-Vertrags die darin festgelegten Prinzipien für die USA zum Gesetz machen würde. Nicht die Einzelheiten, sondern die Prinzipien riefen Mißfallen hervor.

Wodurch bereiteten Gleichheit und gleiche Sicherheit der Reagan-Administration solchen Verdruß? Worin wittert sie den Verrat, oder, wenn man Nixon und Carter rügt, gar die Treulosigkeit? Der Verrat liegt in der Anerkennung der sozialistischen Sowjetunion als normales Mitglied der Weltgemeinschaft und Partner bei der Entscheidung zwischenstaatlicher Probleme. Und treulos ist, wer die Konzeption der friedlichen Koexistenz einer Politik der Stärke, die Einstellung des Wettrüstens seiner Forcierung vorzieht.

Tatsächlich. Wenn Sie die Gleichheit und gleiche Sicherheit akzeptieren, bekennen Sie sich damit auch zur Zusammenarbeit als optimalem Modell für Beziehungen. Gleichheit schließt Vormachtansprüche aus. Und ohne die Gier, sich als Führer zu profilieren, verliert auch die militärische Vorherrschaft jeden Sinn und das natürliche Bedürfnis nach einer Verringerung der militärischen Konfrontation stellt sich ein, nach der Liquidierung aller neuen Klassen von Waffen, insbesondere Angriffswaffen.

Vielleicht vereinfachen wir ja die Situation, wenn wir aus der objektiv perspektivlosen Gewaltanwendung unter Bedingungen der Parität die Sinnlosigkeit der Aufrüstung ableiten? Wir scheinen wirklich zu vereinfachen, und zwar in folgender Hinsicht.

Kriegslist Wettrüsten

Alle amerikanischen Nachkriegsdoktrinen gingen von der Voraussetzung aus, daß Wettrüsten allein schon eine Form der Kriegsführung darstellt, und der "kalte Krieg" wurde definiert als eine Abart des bewaffneten Konflikts, darauf

orientiert, in diesem zu siegen und im wesentlichen die Suche nach politischen Alternativen auszuschließen.

Das Memorandum Nr. 7 des Nationalen Sicherheitsrats der USA von 1948, in dem offiziell von "kaltem Krieg" die Rede war, ging von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten aus. In diesem Dokument wurde betont, daß die USA nicht in der Lage sind, ihre Ziele ("Die Zerstörung der Kräfte des Weltkommunismus unter Führung der Sowjetunion ist für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von lebenswichtiger Bedeutung.") "mit Hilfe einer Defensivpolitik" zu erreichen.

Unter offensiv verstand man alles mögliche. Unter anderem auch Präventivkriege oder „Aggressionen im Interesse des Friedens“, wie man sie damals nannte. In Washingtons Chefetagen führte man heiße Debatten: Angriff oder kein Angriff, wenn Angriff, wann setzen wir dann die Atombombe ein, gleich oder ein bißchen später? Unbestritten war, daß die USA Militärmacht Nummer 1 sein mußten. Stärker auf dem Festland, in der Luft und auf den Weltmeeren als jeder andere Staat und jede andere Staatengruppe und zwar so, daß der Endsieg der Amerikaner in jedem beliebigen Konflikt außer Zweifel stand. Der Sowjetunion wies man die Rolle einer Macht zweiter Klasse zu.

Ein klassisches Beispiel für metaphysisches Denken. Belagerungsstrategie, die sich bereits in den napoleonischen Kriegen überlebt hatte, auf die Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts übertragen. Es hätte genügt, sich die Frage vorzulegen, wohin man denn nun noch wolle, nachdem die Vernichtungsgewalt eines einzigen Arsenals den Stabilitätshaushalt des Planeten überschritten hat. Was denn noch?

Heute sind Waffen, wie noch niemals zuvor, überwiegend gegen Menschen gerichtet. Gegen Menschen überhaupt, unabhängig von Alter, Geschlecht, Funktion. Ihr Genozidcharakter liegt auf der Hand und ist nicht mehr zu leugnen. Die bereits angehäuften Waffen reichen aus, alles Lebende mehrfach zu vernichten. Die Apologeten des Gewalt Denkens, die immer neue Rüstungsvarianten ausarbeiten, produzieren und horten, befriedigen eigentlich nur noch ihren Geltungsdrang. Kämpfen kommt ohnehin nicht in Frage, es sei denn, ein Wahnsinniger wollte mit seiner letzten Stunde auch das Schicksal der Zivilisation besiegeln.

Reagans Aufruf, "die Bolschewisten totzurüsten" ist keine hohle Phrase. Es ist die politische und ideelle Plattform, von der aus die Vereinigten Staaten wieder zum Ausgangspunkt ihrer imperialen Doktrin zurückkehren. Nehmen wir die noch gültige, vom Chef des Weißen Hauses am Vorabend des Ersten Mai abgegebene Erklärung: "Wir beabsichtigen nicht, auf der Stelle zu treten, (bei der Aufrüstung, - d. Red) schon des-

halb", hob der Präsident hervor, "damit unser Gegner uns nicht einholen kann. Wir werden unser Recht, ein System auszuarbeiten, das einen Schutz vor ballistischen Raketen darstellt, nicht zum Gegenstand von Verhandlungen machen."

Zwei Sätze nur, und geben den geheimen Gedanken wieder. Die USA haben ihre Linie, alles andere interessiert sie nicht. Wenn der "Gegner" aufholt, beschleunigt Washington die Gangart im Rüstungswettlauf. Wenn sich beim "Gegner" Ermüdungserscheinungen zeigen, legt man erst recht noch einen Zahn zu. Wenn jedoch die dritte Variante eintritt und der "Gegner" weder zurück noch erschöpft umfällt? Macht nichts, jetzt wird gerüstet, was das Zeug hält - irgendwann wird es schon klappen.

Atomzeitalter, nicht Stein- und nicht Eisenzeit

Zum Geschenk noch eine Entdeckung. Die USA sind nicht gewillt, ihre Verpflichtungen aus dem ABM-Vertrag einzuhalten. Denn höher als jede Vereinbarung stellen sie das "Recht", Waffensysteme zu bauen und zu haben, die Schutz vor Raketen gewähren, in Wirklichkeit aber alle von ihrer Warte aus vorteilhaften Arten und Unterarten von Rüstung: chemische, biologische und exotische, auf neuen Technologien beruhende Systeme. Kurzum, die Zukunft der Amerikaner ist nicht an eine vernünftige und gerechte Umgestaltung der internationalen Beziehungen gekoppelt, sondern an Gewalt. Um ganz genau zu sein, an überlegene Gewalt, die der "Gegner" zu kompensieren nicht fähig ist.

So ungefähr hat man in der Steinzeit gedacht, dann in der Bronzezeit, und dann in der Eisenzeit. Unter Reagans Lieblingsbildern, auf die er bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder gern zurückgreift, findet sich nicht umsonst "der große Knüppel".

Wir leben in komplizierten Zeiten. Kämpfen ist ausgeschlossen. Weniger als jemals zuvor sind Waffen geeignet, einen Streit zu entscheiden. Heutzutage können sie nur noch die Streiter vernichten. Dabei liegen überall Waffen offen herum. Auf jedem Flecken der Erde, alle möglichen verschiedenen Waffen. Ein Paradoxon. Bloß keins von der Art, scheint es, wie Genies sie mochten.

"Ob Sie eine gegebene Erscheinung beobachten können", sagte Einstein, "hängt von der Theorie ab, die Sie benutzen. Die Theorie bestimmt, was beobachtet werden kann." Die gegenwärtige Regierung der USA fühlt sich offensichtlich deshalb nicht zum Frieden hingezogen, weil sie sich der Theorie der Gewalt bedient und sich demnach auf einen Krieg vorbereitet. Im Widerspruch zur Realität, zum gesunden Menschenverstand, zum Selbsterhaltungstrieb.

NATO

Was würde Newton sagen?

● IN BRÜSSEL TAGTEN DIE HOCHSTEN NATO-ORGANE

„Wenn die Verhandlungen über Abrüstungskontrolle ein Resultat zeitigen“, sagte der westdeutsche General Altenburg, Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, auf einer Pressekonferenz in der belgischen Hauptstadt, „wird es noch notwendiger sein, unser konventionelles Potential zu verbessern.“ Dieser Gedanke fand auf den traditionellen Frühjahrsberatungen der höchsten militärischen NATO-Organe (25.-27. Mai) recht breite Unterstützung. Die Aufgabe, „die konventionellen Kräfte zu stärken“, ist in beiden Communiqués der Verteidigungsminister fixiert. Von der Wichtigkeit ihrer Realisierung sprachen bei einem Treffen mit Journalisten NATO-Generalsekretär Carrington, Pentagonchef Weinberger und sein niederländischer Kollege van Beekelen, der gegenwärtig der Eurogruppe vorsteht. Ohne sich erst über einen Abbau von Europas Pulverkellern geeinigt zu haben, wollen die Führungskräfte der NATO unter diesem Vorwand schon jetzt zusätzliche Bewilligungen für die Modernisierung und Stärkung ihres konventionellen Potentials ausschlagen. Seinerzeit stellte Isaac Newton fest: Jede Wirkung löst eine Gegenwirkung aus. Heutzutage setzen die Abrüstungsgegner dieses physikalische Gesetz hartnäckig in der Politik durch. Jede Einschränkung oder Reduzierung der einen Rüstung wollen sie durch Anhäufung der anderen „kompensieren“. Zur Vorgeschichte. Bei den Verhandlungen über SALT 1 lehnte die amerikanische Seite den sowjetischen Vorschlag ab, neben den Startruppen auch die Zahl der Gefechtsköpfe zu begrenzen. Das sei eine Gegenleistung für

den Vertrag. Das Ergebnis ist, daß sich die Zahl der nuklearen Gefechtsköpfe stark erhöht hat. Als die Bestimmungen von SALT 2 ausgearbeitet wurden, stimmte Washington den Höchstgrenzen für ballistische Raketen zu, weigerte sich jedoch, die Cruise Missiles zu verbieten. Bei der neuen Variante des Wettrüstens wurden bereits Tausende solcher Projekte gebaut. Jetzt, da sich eine reale Möglichkeit bietet, die Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite (LRINF bzw. SRINF) zu beseitigen, redet man im Westen wieder einmal von „Kompensation“.

Neben der Festigung ihrer konventionellen Kräfte erörtern die Verteidigungsminister auch nukleare „Gegenmaßnahmen“. Für den Fall, daß die Null-Option verwirklicht wird, schlagen Militärberater vor, die „Lücke“ durch luft- oder seegestützte Cruise Missiles zu stopfen. Nicht von der Tagesordnung gestrichen ist auch der Gedanke, die LRINF Pershing 2 in SRINF Pershing 1B umzubauen, was den USA die Möglichkeit gäbe, ihre eurostrategische Infrastruktur zu behalten. Ferner wird die Forderung erhoben, die 72 Pershing 1A, die sowohl den USA als auch der BRD unterstellt sind, nicht in einen Vertrag über die SRINF aufzunehmen.

Der Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO verkündet in seinem Communiqué: „Unser Ziel ist verstärkte Sicherheit auf niedrigerem Stand der Kräfte.“ Aber was haben die „Nachrüstungs“pläne mit dieser Parole zu tun? Sie entsprechen auch den Forderungen der Öffentlichkeit nicht. Und so greifen die atlantischen Strategen zu ihrem probaten Mittel, zur „sowjetischen Bedrohung“. Während die Minister tagten, wurde eine spezielle Pressekonferenz veranstaltet. Donald Scott, der Pentagon-Experte, der Präsident Reagan und die Führung der Bündnispartner über diesen Fragenkreis „regelmäßig informiert“, beehrte die Vertreter der Massenmedien. Seine Beredsamkeit, zahlreiche Fotos, Schemata und Aufstellungen führen die Anwesenden an den Schluß

heran: Militärisch sei der Osten dem Westen in allem überlegen. Zudem nähmen diese „Überlegenheit“ und die „Bedrohung“ von Jahr zu Jahr zu. Da ich keine Möglichkeit hatte, zahlreiche „Details“ zu präzisieren, stellte ich Scott eine einzige Frage: Würde er das NATO-Rüstungspotential gegen die „überlegenen Kräfte“ des Warschauer Vertrags tauschen?

„Ob ich sie tauschen würde?“ fragte der Experte zurück. „Also ich nicht. Ich kann nicht als Militär sprechen. Ich kann nicht für General Rogers oder General Altenburg sprechen. Ich sage das lediglich als Sowjetologe. Ich würde also nicht. Aus vielen Gründen nicht.“

Um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen, bringen wir Scotts Antwort vollständig. Von der „sowjetischen Bedrohung“ redete man in Brüssel natürlich nicht zufällig. Aber die propagandistische und militärische Aktivität wird die Passivität der NATO im friedlichen Dialog wohl kaum „kompensieren“. Das sieht man auch im Westen ein. Die „New York Times“ schrieb: „Der Versuch, die Wirkung der Rüstungskontrolle durch eine Gegenwirkung in entgegengesetzter Richtung auszugleichen, zeugt davon, daß weder Newton noch der gesunde Menschenverstand respektiert wird.“

Brüssel

W. BOIKOW

VR CHINA--USA

Das Problem bleibt

● EINE CHINESISCHE REGERUNGSDELEGATION UNTER YANG SHANGKUN, MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK DER KP CHINAS UND STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DES ZENTRALEN MILITÄRRATES DER VR CHINA, STATTETE DEN USA EINEN ZWEIWÖCHIGEN BESUCH AB.

Yang Shangkun wurde von

Präsident Reagan empfangen und hatte Gespräche mit Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger. Der US-Präsident versprach, an der Politik des „einen China“ festzuhalten und die Politik „zweier Chinas“ bzw. die „des einen China und des einen Taiwan“ nicht zu unterstützen.

Chinesischerseits wurde betont, daß nach der Wiedervereinigung Taiwans mit der VR China die Insel gemäß dem Prinzip „ein Staat mit zwei Systemen“ als besondere Verwaltungszone Chinas das Recht auf weitgehende Autonomie haben werde. Weder Truppen noch Verwaltungsbeamte sollen aus Kontinentalchina nach Taiwan geschickt werden.

Wie Tatsachen jedoch bezeugen, beeilen sich die USA nicht, dieses Prinzip in ihren heutigen Beziehungen zu China einzuhalten. Die Verbindungen der USA mit Taiwan arten häufig zu direkter Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas aus. Die „Renmin ribao“ schrieb im Zusammenhang mit den jüngsten antichinesischen Ausfällen von US-Senatoren: „Man darf nicht übersehen, daß es in den USA Menschen gibt, die unter diversen Vorwänden die Entwicklung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu behindern und in die inneren Angelegenheiten der VR China einzugreifen wünschen.“

Während die Unterredung mit Reagan verwies Yang Shangkun, wie die Presseagentur Xinhua meldete, darauf, daß China sowohl die weitere stabile Entwicklung der Beziehungen zu den USA als auch bessere chinesisch-sowjetische Beziehungen anstrebe. Der chinesische Delegationsleiter konstatierte einen Ausbau der chinesisch-amerikanischen Beziehungen auf militärischem Gebiet. Er besuchte in Saint Louis den Sitz des Mammutkonzerns McDonnell-Douglas, der Zivil- und Kampfflugzeuge baut. In Zusammenarbeit mit diesem Konzern begann in Schanghai im April die Produktion eines chinesisch-amerikanischen Passagierflugzeugs.

In Omaha besuchte die chinesische Regierungsdelegation das Hauptquartier der strategischen US-Luftwaffe.

Beim Gespräch mit dem US-Außenminister wurden Meinungen über die amerikanisch-chinesischen Beziehungen ausgetauscht, darunter über die Taiwanfrage und internationale Probleme von gemeinsamem Interesse. Es wurde auf "Schwierigkeiten" in den bilateralen Beziehungen und auf "überwindbare Hindernisse" verwiesen.

M. JAKOWLEW

SÜDASIEN

Keine Lösung für Sri

Lanka?

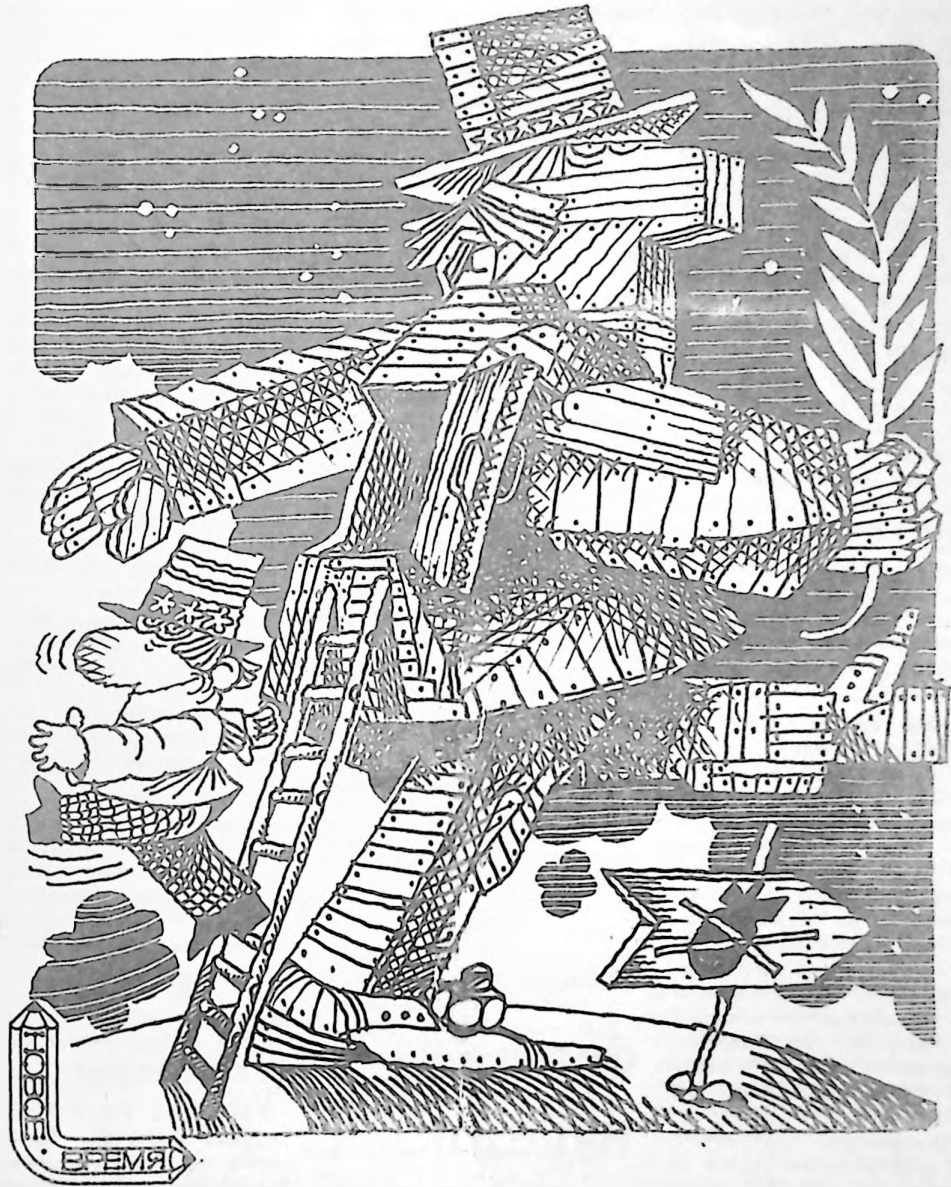
○ DIE „ENDLÖSUNG“ EINES INNEREN ETHNISCHEN KONFLIKTS AUF MILITÄRISCHEM WEG: SO SIEHT DAS BENACHBART E INDIEN DEN HEUTIGEN KURS DER REGIERUNG SRI LANKAS.

Diese wirft Sprengbomben auf die nördliche Halbinsel Jaffna ab und hat ihrer Armee Ende Mai den Befehl erteilt, das große, vorwiegend von Tamilen besiedelte Gebiet zu okkupieren. Hunderte Opfer sind zu beklagen.

Das dem Inselstaat von den britischen Kolonialherren hinterlassene Problem der Beziehungen zwischen dieser nationalen Minderheit (ca. 18 Prozent der Einwohner) und den Singhalesen (Hauptanteil der 16-Millionen-Bevölkerung) überschattet Sri Lankas politisches Leben seit 1983. Inzwischen verließen 130 000 Tamilen auf der Flucht vor Repressalien und Zurücksetzung die Insel und ließen sich im indischen Unionsstaat Tamil Nadu nieder, dessen Einwohnern sie sich ethnisch und religiös verwandt fühlen.

Aber nicht nur die Stimmung der indischen "Verwandten" in diesem großen

"NEUE ZEIT" 23.87



Hauptsache, wir mlmen das Ganze entsprechend schwungvoll.

Zeichnung: Wsewolod Arsenjew

südlichen Unionsstaat veranlaßte die indische Regierung, Sri Lanka ihre Vermittlung bei der politischen Beilegung des akuten Konfliktes anzubieten. Der Zwist zwischen den einzelnen Nationalitäten destabilisiert den Nachbarstaat und macht sein strategisch günstig gelegenes Territorium zu einer

leichten Beute für die USA, die nicht abgeneigt sind, ihre Militärstützpunkte im Indischen Ozean um den "unversenkbaren Flugzeugträger" Sri Lanka zu bereichern.

Indien bemühte sich von Anfang an um die Aussöhnung von Singhalesen und Tamilen aufgrund einer politischen For-

mel, die dem legitimen Streben der Tamilenminderheit nach Autonomie im Rahmen einer einheitlichen und territorial ganzheitlichen Republik Sri Lanka Rechnung tragen würde.

Ende v. J. erarbeiteten die Seiten eine anscheinend realistische Formel, die als

"Vorschläge vom 19. Dezember" bekannt sind. Sie sahen vor, daß der Nord- und der Ostprovinz (mit Ausnahme der Kreise dieser letzteren, wo Singhalesen leben) Autonomie gewährt wird.

Inzwischen wurde nichts zur Realisierung dieser Vorschläge getan. Die Regierung in Colombo rückt von der im Prinzip auch von ihr selbst früher gebilligten Formel ab, schlägt faktisch Indiens Vermittlung bei einer politischen Regelung aus und nimmt eindeutig Kurs auf militärische Lösung der Frage.

Rajiv Gandhi forderte die Regierung Sri Lankas auf, sich militärischer Aktivitäten zu enthalten und auf eine friedliche Lösung der Tamilenfrage hinzuwirken. Eine Antwort blieb freilich aus.

Zur Erläuterung der Sachlage sagte ein hochgestellter Vertreter des indischen Außenministeriums in einem Interview für die "Neue Zeit":

"Leider hat es Delhi nicht nur mit Colombo, sondern auch mit den dahinter stehenden äußeren Kräften zu tun, die die Behörden in Sri Lanka unter Druck setzen. Früher bezeichnete die Regierung dieses Landes die tamilischen Extremisten als 'Separatisten', 'Spalter' und 'Partisanen', jetzt nennt sie sie 'Terroristen'. Dieses Wort entstammt aber dem ideologischen Rüstzeug des Westens, sein Gebrauch öffnet die Schleusen für beliebige 'Gegenmaßnahmen', bis hin zu Bombenangriffen auf Flüchtlingslager, Krankenhäuser und Schulen und zu massierten Inhaftierungen." Das geschieht jetzt in Sri Lanka.

Die USA haben sich das Recht erwirkt, ihre Kriegsschiffe im Hafen Trincomalee von Sri Lanka zu tanken, und haben ihre "Freunde" und "Bündnispartner" zur Lösung der "Frage Sri Lankas" herangezogen. Nach Angaben der indischen Presse bilden etwa 100 Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes Mossad seit 1984 intensiv "Sondertrupps" Sri Lankas aus. Sie werden vom Sohn des Präsidenten angeführt und in

Kampfmethoden gegen "Terroristen" gedrillt. Die Bomben, die auf Jaffna und Umgebung fielen, wurden in Pakistan hergestellt, und die Flugzeuge werden nach einigen Angaben von pakistanischen Piloten geflogen.

Zu all diesen Tatsachen meinte der Vertreter des indischen Außenministeriums: Washington nehme die "Krise in Sri Lanka" zum Vorwand, um einen weiteren Brückenkopf im Indischen Ozean zu bekommen.

Angesichts der Situation im Norden Sri Lankas wünscht die indische Regierung, der dortigen Bevölkerung, die unter Beschuß und Wirtschaftsblockade zu leiden hat, humane Soforthilfe zu leisten. Wie Indien erklärte, entsende es Anfang Juni 20 Schiffe unter der Flagge des Indischen Roten Kreuzes ohne militärischen Konvoi nach Jaffna. Die Schiffe haben Nahrungsmittel und Medikamente an Bord.

Eigenbericht

Delhi

GUATEMALA

Boden den Bauern!

● BEI DEN MASSENDEMONSTRATIONEN DER BAUERN, STAATLICHEN ANGESTELLTEN UND LEHRER WURDE NACH GRUND UND BODEN, HÖHEREN GELÄTERN SOWIE BESSEREN LEBENSBEDINGUNGEN GEFORDERT.

Mehrere tausend Bauern aus der von Padre Andres Giron geleiteten Bewegung "Den Boden den Bauern" kamen von der Südküste in die Hauptstadt und trafen auf dem geräumigen Platz vor dem Präsidentenpalast in den Hun-

gerstreik. Padre Giron erklärte, sie würden hungern, bis Präsident Cerezo die Forderungen der Bauern erfülle.

Die Regierung sah sich gezwungen, mit den Streikenden zu verhandeln und ihnen Zugeständnisse zu machen, u. a. den Bauern mehrere Bodenabschnitte zu übergeben. Padre Giron sagte, als er aus dem Präsidentenpalast heraustrat: "Wir haben nur zum Teil erreicht, was wir wollten. Der Kampf wird weitergehen."

Bald rief die größte Gewerkschaftszentrale des Landes die staatlichen Angestellten zum Streik auf. Die Streikteilnehmer forderten höhere Gehälter und eine Preiskontrolle bei den Bedarfsgütern. Die Forderung war begründet: Wegen sinkender Kaffeepreise auf dem Weltmarkt (Kaffee ist Guatemalas Hauptexportartikel) macht die Wirtschaft schwere Zeiten durch. Die Stromgebühren wurden heraufgesetzt, ebenso die Preise für Hauptnahrungsmittel. Eine Folge war der abrupt sinkende Lebensstandard.

Zuerst legten 150 000 Menschen die Arbeit nieder, ihnen folgten weitere 100 000. Weder die Erpressung der hauptstädtischen Behörden noch die Drohhaltung der Polizei konnte die Streikenden beirren. Bald schlossen sich ihnen die Lehrer und Oberschüler an. Sie besetzten Schulen im Zentrum der Stadt und bauten Barrikaden.

Erst am 15. Tag kam eine Einigung zustande. Danach wurde der Streik eingestellt. Die Regierung versprach den staatlichen Angestellten eine Gehaltserhöhung. Die Zulage soll noch in einer bilateralen Kommission aus Vertretern der Gewerkschaften und der Regierung erörtert werden.

Die Massenaktionen der guatemalteken Werktätigen haben die Regierung Cerezo gezwungen, sich ihren Sorgen und Problemen zuzuwenden.

W. DOLGOW
NZ-Korrespondent

Managua

NIKARAGUA

Wo Amaka und Bocay zusammen- fließen

EINHEITEN DER SANDINISTISCHEN VOLKSARMEE FÜHRTEN EINE ERFOLGREICHE OPERATION ZUR SÄUBERUNG MEHRERER GEBIETE IM LANDESNORDEN VON DIVERSANTENBANDEN DER CONTRAS DURCH.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums Nikaraguas gibt es heute etwas mehr als 6000 Banditen, davon operieren 3000 in den inneren Gebieten des Landes. Die Contras dringen aus Honduras ein, wo sie von erfahrenen CIA-Diversanten ausgebildet werden.

Wie man weiß, haben die Amerikaner, über den andlosen Zwist zwischen den Führern der Konterrevolutionäre verärgert, sie zur Gründung einer neuen Gruppierung "bewogen". Zu ihr haben sich unterschiedliche politische Fraktionen der Contras zusammengeschlossen. Das Ganze nennt sich großpatzig "Nikaraguanischer Widerstand". Der Zweck liegt auf der Hand: den Söldnern, die sich so sehr kompromittiert haben, wenigstens einen Anstrich von Organisiertheit zu geben. Das Aushängeschild ist demnach neu. Und das Wesen?

Hier einige Beispiele der üblichen "Tätigkeit" der "Freiheitskämpfer", wie Präsident Reagan die Banditen mit Vorliebe nennt, in Nikaragua.

Im Departement Esteli legten sie einen Hinterhalt an einer Straße. Von ihrer Hand fiel Jose Ramon Cardoza, Direktor eines dortigen Agrarbetriebes, der im Auto vorbeifuhr. Am nächsten Tag überfielen die Contras einen Pkw in Matagalpa, verwundeten zwei Personen und nahmen eine weitere gefangen.

Im Departement Chontalós beschossen die Banditen die

Ortschaft Comalapa aus Granatwerfern und anderen Waffen. Soldaten der Sandinistischen Volksarmee schlugen den Überfall zurück. Später sagte Martin Flores, verantwortlicher Funktionär der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront: "Wir kämpften bis ein Uhr nachts, dann suchten die Contras das Weite. Leider hatten wir damals zu wenig Waffen, um sie im Volk zu verteilen." Bekanntlich hat die Regierung der Republik das Volk bewaffnet, und die Nikaraguaner helfen der Armee, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.

Eine Einheit der Sandinistischen Volksarmee durchkreuzte Versuche der Banditen, einen Überlandleitungsmast zu sprengen und eine wichtige Straße zwischen Managua und der Atlantikküste zu sperren. Die Sandinisten kamen dem Gegner zuvor, bezogen Stellungen beiderseits der Straße, und als die Diversanten mit Sprengstoff eintrafen, wurden sie mit Feuerstößen empfangen. Die Contras verloren vier Mann und ergriffen die Flucht.

Die größte Operation unter Einsatz von 3000 Sandinisten wurde im Landesnorden, dort, wo Amaka und Bocay zusammenfließen, durchgeführt. In dieser menschenleeren Gegend bauten die Contras aus der Gruppierung "Nikaraguanische Demokratische Kräfte"

Befestigungsanlagen. Sie hatten vor, dort eine Konfliktsituation an der Grenze zu Honduras zu provozieren, um dann das Pentagon um Militärhilfe zu bitten. Die CIA versah sie mit tragbaren Raketen und neuesten Nachrichtennetzen. Die Banditen wurden unmittelbar von der US-Botschaft in Tegucigalpa aus geleitet. Aber die verbrecherischen Pläne der Washingtoner Söldner scheiterten. Die Sandinisten befreiten die Zone bis zum Abschluß einer amerikanischen Militärübung in Honduras, die offenbar zeitlich mit der Operation abgestimmt war. 800 Banditen wurden aus Nikaragua vertrieben. Die Befreiungskämpfe der Armee Sandinos werden fortgesetzt.

NZ-Korrespondent

Managua

RSA

Terror nach außen

● DIE RSA-RASSISTEN GEHEN MIT TERROR UND GE-

Contras bei einer Attacke gegen friedliche Nikaraguaner
Aus: „Der Spiegel“ (Hamburg)



"NEUE ZEIT" 23.87

WALT GEGEN IHRE
AFRIKANISCHEN
NACHBARSTAATEN VOR, UM
IHNNEN DEN EIGENEN
WILLEN AUFZUZWINGEN.

Davon zeugt ein weiterer Akt des Staatsterrorismus, den Pretorias Geheimdienste in der Nacht zum 29. Mai gegen die Volksrepublik Mocambique verübt haben. In jener Nacht drangen südafrikanische Diversanten in Maputo, die Hauptstadt der Republik, ein und überfielen zwei Wohnhäuser, die Geschäftsräume der Vertretung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und ein Nahrungsmittelager. Hierbei wurden drei unschuldige Mocambique, eine Frau und zwei Männer, ermordet.

Die Sicherheitsorgane der Stadt konnten einige Banditen stellen. Es wurden Munition und Dokumente erbeutet, aus denen hervorgeht, daß die Mörder "Profis" aus Pretoria waren. Ähnliche Beweise wurden in drei halbversengten Pkws entdeckt. Die Diversanten hatten sie, bevor sie auf dem Seeweg die Flucht ergriffen, an der Küste stehengelassen. Die Untersuchung läuft noch, aber daß Pretoria im Spiel war, wird von niemandem bezweifelt. Die Handschrift der Verbrecher ähnelt der des israelischen Geheimdienstes "Mossad", der 1973 in Beirut nach dem gleichen Schema drei namhafte palästinensische Politiker ermordete. Bekanntlich arbeitet der "Mossad" eng mit Pretorias Geheimdiensten zusammen.

Der Überfall auf Maputo reiht sich in ähnliche Taten Pretorias ein. Erst im Mai v. J. sprengten rassistische Diversanten zwei ANC-Geschäftsräume in Harare, der Hauptstadt Simbabwe. Damals stürmten Banditen aus Pretoria ebenfalls Zivilobjekte in Botswana. Ein Jahr später drang ein Trupp von Banditen in Livingstone (Sambia) ein, tötete vier Zivilpersonen und sprengte ein Haus in die Luft. Am 25. Mai wurde ein ähnlicher Überfall auf Swasiland verübt. Drei seiner Bür-

ger wurden ermordet, Sheila Moipone Nyanda, Flüchtling aus der RSA, wurde entführt.

Nun ist Mocambique Opfer des Staatsterrorismus der RSA, obwohl die Volksrepublik am 16. März 1984 mit der RSA einen Nichtangriffspakt (Nkomati-Vortrag) geschlossen hat. Pretoria verstieß auch früher gegen den Vertrag, indem man den Banden der "Resistance Nationale de Mocambique", die einen blutigen Krieg gegen das mocambiqueanische Volk führen, jede mögliche Hilfe erwies. Nunmehr ist der Nkomati-Vertrag kaltblütig und zynisch gebrochen worden.

Selbst das State Department der USA nannte das Geschehene "einen vorsätzlichen und besonders grausamen Überfall" und erklärte, er könne "durch keine Selbstverteidigungskonzeption gerechtfertigt werden". Simbawes Außenminister Mangwende enthüllte jedoch die Heuchelei Washingtons, das sich von seinen alten Frounden in Pretoria zu distanzieren versuchte. Dieser verbrecherische Akt, sagte er, habe erneut das Amoralische und Unmenschliche der Apartheid vor Augen geführt und sei eine direkte Folge der Abstimmung im US-Senat (für die Einstellung der Hilfe an die "Frontstaaten", falls sie die nationalen Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas weiter unterstützen). Der Minister rief den UNO-Sicherheitsrat an und forderte, alle notwendigen Maßnahmen zur Einstellung der RSA-Aggression gegen die Nachbarnstaaten zu ergreifen. Die Regierung Mocambiques verurteilte den Überfall scharf.

Es ist gewiß kaum anzunehmen, daß Verurteilung und Entlarvung das Rassenregime zur Raison bringen. Dazu bedarf es entschiedener Maßnahmen und konsequenter Sanktionen, von denen in der UNO wiederholt gesprochen wurde. Die USA und ihre Verbündeten tun jedoch alles, um Sanktionen zu verhindern, und leisten so den Untaten Pretorias Vorschub.

J. KORSCHUNOW

Stimme der Vernunft

Die Regierungschefs der „Sechsergruppe“ forderten Reagan und Gorbatschow erneut auf: „Heute appellieren wir an Sie, die Möglichkeit, mit der nuklearen Abrüstung zu beginnen, nicht zu gefährden. Die gegenwärtige Chance darf nicht verpaßt werden.“

So machte am 22. Mai 1984 die „Gruppe der sechs“ auf sich aufmerksam.

Wenn von der Initiative dieser Länder die Rede ist, kommt man nicht umhin, das Andenken Olof Palmes, des Gründers der heute nach ihm benannten Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, deren Ideen auch von den sechs Staatschefs aufgegriffen wurden, sowie Indira Gandhis zu ehren, einer hervorragenden Kämpferin für den Frieden und anerkannte Führerin der Nichtparteigebundenen.

Das Entstehen der Gruppe spiegelte die tiefe Sorge in der Welt um das Schicksal der Menschheit wider - in einer Situation, als das Welttrüsten außer Kontrolle zu geraten drohte und seine Ausweitung auf den Weltraum angekündigt wurde.

Wie geht nun die Gruppe konkret an die Probleme des Friedens und der internationalen Sicherheit heran?

Eine Hauptthese, die sie in der Botschaft an Michail Gorbatschow vom Februar 1986 formuliert hatte, lautet: Es ist notwendig, eine neue Konzeption der umfassenden Sicherheit zu schaffen, in der für Kernwaffen kein Platz ist. Solange diese nämlich existieren, kann es keine Sicherheit geben. Während dieses Dokument ausgearbeitet wurde, tagte in Moskau der 27. Parteitag der KPdSU, wo der Vorschlag gemacht wurde, ein umfassendes System der internationalen Sicherheit zu schaffen - der Gedanke der Staatengruppe stimmt also mit dem sowjetischen Herangehen überein.

In der UdSSR teilt man auch Konzeptionen wie die Achtung des Rechts eines jeden Staates auf friedliche, sichere und unabhängige Existenz; Recht eines jeden Volkes, nach seinen eigenen Vorstellungen zu leben; Nutzung der Ressourcen unserer Erde im Interesse eines sicheren und menschenwürdigen Lebens aller im

Rahmen eines internationalen Systems, das frei von Kriegen auf Frieden und Gerechtigkeit aufgebaut ist; Verteidigung des Rechts auf Leben und Beseitigung der Möglichkeit einer Anwendung von Kernwaffen und des Ausbruchs eines Atomkrieges.

Dazu wurde bereits ein ganzes Programm konstruktiver Maßnahmen aufgestellt: Es reicht von der gegenseitigen Hilfe bei der Kontrolle eines atomaren Teststops bis zum Abschluß eines Abkommens über ein umfassendes Verbot der Erprobung dieser Waffenart.

In den Dokumenten der Gruppe wird auf Fragen der Entwicklung, Erprobung, Herstellung, Stationierung und des Einsatzes von Weltraumwaffen großer Wert gelegt. Die Versuche Washingtons, bestehende sowjetisch-amerikanische Rüstungskontrollvereinbarungen zu brechen, lösten bei den Regierungschefs dieser Länder negative Reaktionen aus. Sie fordern, Geist und Buchstaben der Verträge zu wahren, besonders bei der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung.

Obwohl die Autoren der Initiative der atomaren Abrüstung unbedingte Priorität einräumen, lassen sie auch Fragen wie eine ausgewogene konventionelle Abrüstung, Einstellung der Erprobung von Antisatellitenwaffen und andere Teilge-

USA - INDIEN

Nichts bestätigt die Wahrheit bekanntlich so sehr, wie eine kategorische Leugnung. Ein Widerspruch? Mit diesem Sinnspruch ließ sich allerdings die Stimmung wiedergeben, die am 18. Mai nach einer Demarche des US-Botschafters in Indien im diplomatischen Corps und unter Journalisten in Delhi herrschte. An diesem Tag hatte der Botschaftssprecher Meldungen der hiesigen Presse offiziell demontiert, nach denen der interimsistische Geschäftsträger der USA in Delhi im Außenministerium vorstellig geworden und seine Unzufriedenheit über die von Premierminister Rajiv Gandhi eingeleiteten Maßnahmen gegen die von äußeren Kräften betriebene Politik der Destabilisierung Indiens zum Ausdruck gebracht haben soll, ebenso über die wenn auch indirekten Anspielungen des indischen Regierungschefs auf die Vereinigten Staaten.

Hier macht sich noch die Krise bemerkbar, die Gegner der Regierung des Indischen Nationalkongresses (I) seit Jahresbeginn schüren. Die oppositionelle Bourgeoisie nutzt Meinungsverschiedenheiten des Premierministers und des Präsidenten über die Auslegung einiger Verfassungspassagen, spielt durch nichts bestätigte Auslandsmeldungen über zweifelhafte Verträge der Regierung mit

Unter Druck



Protestkundgebung vor der US-Botschaft in Delhi

Foto: „Patriot“ (Indien)

mehreren ausländischen Firmen hoch und läuft im Verein mit kongreßfeindlichen Presseorganen Sturm gegen Rajiv Gandhi und betreibt seinen Sturz. Vor diesem Hintergrund gewinnt die indische Führung zunehmend Klarheit über die Absichten Washingtons, wo man die innenpolitischen Schwierigkeiten Delhis mißbraucht, um Indiens außenpolitische

Position zu schwächen, um die Regierung Rajiv Gandhi in Mißkredit zu bringen und die Stimme des großen asiatischen Landes in der Welt zum Schweigen zu bringen. In einer seiner letzten Erklärungen sagte Rajiv Gandhi: Wir waren immer mit äußeren Einmischungen konfrontiert, und sie nehmen immer dann zu, wenn die innenpolitische Lage des Landes komplizierter wird.

Es ist schon ein Widerspruch: Die „volkreichste Demokratie“, wie man Indien in den USA nennt, wird zum Objekt verstärkten Drucks von Seiten der „größten Industrienation“, während etwa das anrühige pakistanische Regime in Washington als Freund und „strategischer Partner“ geführt wird. Diese ideologische Verirrung der Administration Reagan läßt sich mit der enttäuschten Hoffnung erklären, Indien den amerikanischen geopolitischen Interessen zu unterwerfen.

Ungeachtet der Proteste aus Delhi rüsten die USA Pakistan mit mehr Waffen aus, als das Land zu seiner Verteidigung braucht und dulden wohlwollend den atomaren Ehrgeiz Islamabad. Daß Isla-

Ostlandnostalgie

biete der Abrüstung nicht außer acht und machen entsprechende Vorschläge.

Zur Realisierung ihrer Ziele machen es sich diese Länder zur Aufgabe, den Dialog zwischen den Kernwaffenmächten zu fördern, um konkrete Abkommen zu schließen. Sie setzen sich für Konsultationen mit ihren Spitzenpolitikern und einflussreichen Staatsmännern anderer Länder sowie für die Erörterung von Abrüstungsfragen in der UNO ein, unternehmen große Anstrengungen zur Mobilisierung der Weltöffentlichkeit.

Die sowjetische Partei- und Staatsführung hat bisher auf alle Aufrufe der Sechs positiv reagiert. In seiner letzten, an diese Länder gerichteten Botschaft unterstrich Michail Gorbatschow, daß unsere Positionen zu den heute die ganze Menschheit bewegenden Fragen der Eindämmung des Wettrüstens im Prinzip übereinstimmen.

Die realistischen Vorschläge dieser Staaten sprechen dafür, daß neues politisches Denken die Weltöffentlichkeit erfaßt. Die Erklärungen der sechs Regierungschefs werden heute in aller Welt zur Kenntnis genommen. Jedes Treffen, jedes Dokument ist ein bedeutender Beitrag im Kampf um eine atomwaffenfreie Welt.

G. SCHAPOWALOW

mabad mit dem AWACS-Frühwarn- und Kontrollsystem ausgerüstete Spionageflugzeuge bekommt, steht bereits fest. Die USA lassen die Sikh-Separatisten im Punjab gewähren.

In diesen Tagen finden vor der US-Botschaft in Delhi Protestkundgebungen statt, auf denen die indische Öffentlichkeit Washington auffordert, seine indienfeindliche Politik einzustellen. Hier steht man geschlossen hinter der Kongreß-Führung.

Außenpolitisch unterstützt die Sowjetunion das Land in dieser schweren Zeit. Als Ende Mai der Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, Delhi besuchte, sagte der indische Außenminister Tiwari: „Was die Verhältnisse um Indien angeht, sind wir nicht allein. Unsere wahren und erprobten Freunde sind mit uns.“

Mit Unterstützung der Bevölkerung und der Solidarität der Freunde Indiens im Ausland wird die Regierung Rajiv Gandhi den konsequenten außenpolitischen Kurs des Landes noch entschlossener fortsetzen.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent

Delhi

„NEUE ZEIT“ 23.87

Die Hitlerfaschisten machten am 3. Juni 1944 das Dorf Pirciupis dem Erdboden gleich. 119 Einwohner wurden bei lebendigem Leib verbrannt. Die frommen Frauen, die in den Tod getrieben wurden, nahmen ihre Gebetbücher mit, ein Kind seine Fibel. Auf den Koppschlössern der Hitlerfaschisten standen die Worte „Gott mit uns“.

Die Gebetbücher halfen nicht. Die Okkupanten verbrannten die Menschen wie die Bücher - die Gebetbücher und die Fibel.

Als die Sowjetarmee Litauen befreite, entstand dort, wo die faschistischen Schergen gewütet hatten, eine neue Ortschaft. Vor allem wurde in Pirciupis eine Schule gebaut und eine Bibliothek eröffnet. Jetzt gibt es dort auch ein Museum.

Die sowjetischen Menschen haben die Untaten der Hitlerfaschisten in unserem Land nicht vergessen - in Jasnaja Poljana, in Tschechows Haus in Taganrog, an Stätten, die mit der Erinnerung an Puschkin verbunden sind... Die Vernichtung von Menschen und Büchern hat eine lange Geschichte, und diese Geschichte müssen wir kennen.

Es gibt in der BRD in Oldenburg eine Ostland-Straße. Als „Ostland“ wurden im „dritten Reich“ die besetzten Ostseerepubliken Litauen, Lettland und Estland bezeichnet. In den Plänen der Nazis sollten im „Ostland“ die dort lebenden Völker liquidiert werden, um der braunen Welle der faschistischen Germanisierung Platz zu machen. Die Pläne wurden schnell verwirklicht. Allein in Litauen ermordeten die Okkupanten 700 000 Menschen.

Nicht von ungefähr nistete sich in dieser Straße die Redaktion des Revanchistenblattes „Memeler Dampfboot“ ein. Dieses Hetzblatt will sich, wie es erklärt, trotz eigener zahlenmäßiger Schwäche laut zu Wort melden. Ja, viel wird von Memel getönt - so nannten die Hitlerfaschisten die Hafenstadt, die sie von Litauen abtrennten. Memel gibt es glücklicherweise nicht mehr. An seiner Stelle steht heute Klaipeda, eine große und lebensfrohe Stadt an der Ostseeküste. Dafür gibt es Sowjett-litauen...

Doch sie trommeln weiter - und nicht nur in der Ostland-Straße. Selbst Führer westlicher Länder versuchen sich in die inneren Angelegenheiten meiner Republik einzumischen. Träumen sie davon, die Leiden und die Tragödie von Pirciupis in unserem schönen Litauen wieder Wirklichkeit werden zu lassen? ...Wer hat bei uns nicht von Doktor Aibolit gehört? Der Märchendoktor, ein aufrichtiger Freund und Verteidiger der

Tiere. Doch kaum jemand weiß, daß der einst in Vilnius praktizierende Arzt Dr. Timofej Schabad die literarische Vorlage für Kornej Tschukowskis Helden lieferte. Die armen Leute behandelte er kostenlos. Als am 21. Oktober 1905 zaristische Statthalter brutal mit Schußwaffen gegen eine friedliche Demonstration der Werktätigen vorgehen, trat Dr. Schabad mutig auf die Seite der Menschen, die für ihre Rechte kämpften. Einige Tage später wurde er verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Bei den revolutionären Kämpfen der Jahre 1917-1918 leistete Dr. Schabad den Kämpfern für die Sowjetmacht in Litauen medizinische Hilfe.

Als die Hitlerfaschisten während des zweiten Weltkrieges Kinder in Litauen ermordeten, war der gute Doktor Aibolit, Dr. Schabad, schon nicht mehr am Leben. Er starb 1935. Zur Erinnerung an ihn wurde in Vilnius eine Büste mit der Aufschrift aufgestellt: „Doktor Schabad - der große Freund der Kinder“. In den ersten Tagen der Okkupation wurde diese Büste vor den Faschisten versteckt.

Bei meiner journalistischen Tätigkeit in den USA lernte ich einen Mitarbeiter der „New York Times“ kennen, dessen Name Schabad war. Ich erzählte ihm diese Geschichte und fragte ihn, ob er nicht ein Verwandter von Doktor Aibolit sei. Der amerikanische Journalist bestätigte mir, daß Angehörige von ihm tatsächlich in Vilnius lebten und einer von ihnen ein bekannter Arzt gewesen sei. Sollten Sie nicht, fragte ich ihn damals, zumindest, um das Andenken an den Doktor Aibolit aus Vilnius zu ehren, den amerikanischen Lesern über jene berichten, die in den Jahren der Okkupation in Vilnius morde-ten, jetzt aber Unterschlupf in den USA gefunden haben? Der Journalist antwortete mir, das werde die Leute nicht treffen. Sie hätten in Amerika einflußreiche Beschützer...

In den USA finden bis heute viele Kriegsverbrecher, die aus unserem Land geflüchtet sind, Unterschlupf. Dazu kommen die Luftpiraten Vater und Sohn Pranas und Algirdas Brazinskas. Am 15. Oktober 1970 entführten sie ein sowjetisches Flugzeug. Bei diesem Piratenakt kam die Stewardess Nadeshda Kurtschenko ums Leben. Ihr Grab in einem Park von Suchumi erinnert an die Verbrechen der Hitlerfaschisten, die sie im litauischen Dorf Pirciupis verübten. Die beiden Brazinskas-Gangster erhielten politisches Asyl. Es geht darum, die Menschenrechte tatsächlich zu schützen, großen Phrasen aber sind da völlig unangebracht...

Albertas LAURINCIUKAS,

Vilnius

Urteil über den Wahnsinn

Von unserem Sonderkorrespondenten
Sergej GOLJAKOW



Im Zentrum Stockholms, auf einem belebten runden Platz, zu dem lange unterirdische Schaufensterpassagen hinführen, sitzt eine nicht mehr junge Frau an einem alten, zerkratzten Harmonium und singt über Frieden und Eintracht zwischen den Menschen.

Ihre Lieder sind ein Verwurf an unsere gleichgültige, harte Zeit, in der immer weniger Teilnahme und Menschenliebe übrigbleiben, eine Mahnung, sich einmal Gedanken über die Zukunft zu machen, im Amoklauf zum Krieg einzuhalten und die Erde vor der nuklearen Apokalypse zu retten.

An beiden Seiten des Harmoniums liegen, ordentlich aufgestapelt, Kassetten mit ebensolchen aufgezeichneten Liedern und unscheinbare Quäkerbroschüren. Kaum jemand bleibt stehen, um sich eine Broschüre zu kaufen oder sich das Lied der grauhaarigen Frau anzuhören. Sie hat es schwer, die rastlose Menge singend zu erreichen. Es gehört wohl ein ganz anderes Fortissimo dazu, eine mächtige, autoritative, kollektive Stimme, um diese Gleichgültigkeit wegzuspülen und die Menschen von ihren Alltagsorgen ab- und auf die gefährliche Entwicklung in unserer Welt hinzulenken. Man muß es dem neutralen Schweden lassen, diese Stimme verstummt unter seinem Himmel nicht. Sie klingt bei zahlreichen Friedensmärschen, auf nationalen und internationalen Foren, wo die Rede von der Wahl ist, der sich unsere Zivilisation gegenüber sieht: Sein oder Nichtsein?

Schwert und Pflugschar

Die Mitte Mai in der schwedischen Hauptstadt abgehaltene Konferenz der nichtgouvernementalen Organisationen über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung gehört in diesen Zusammenhang. Das trocken formulierte Thema umfaßt die beiden dringlichsten Probleme, mit denen sich

jeder Staat, ob groß oder klein, im Besitz von Kernwaffen oder ohne sie, herumschlägt. Wettrüsten und allseitiger ökonomischer und sozialer Fortschritt schließen einander aus. Erst wenn die Menschheit die unglaubliche Rüstungslast von sich abwirft, kann sie Ressourcen freisetzen, die für Aufbauzwecke so notwendig sind.

Der Gedanke ist uralte, schon die Bibel forderte vor 20 Jahrhunderten dazu auf, Schwerter zu Pflugscharen umzuschmieden. Er ist auch in der UNO-Charta enthalten, worin die Mitgliedsstaaten übereinkommen, zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Weltfrieden und Sicherheit bei minimalem Aufwand an Menschen- und Wirtschaftsressourcen für Rüstungszwecke beizutragen.

Sonderbar, aber heute, da sich die jährlichen Militärausgaben der Welt bereits einer Billion Dollar nähern und mehr als zwei Drittel der Erdbevölkerung unter Hunger, Krankheiten, Unwissenheit und Elend leiden, wird die unmittelbare Verbindung zwischen so vielen Schwertern und zu wenigen Pflugscharen bei weitem nicht überall eingesehen.

Die Unterschiede haben sich besonders bei der Vorbereitung der Internationalen Konferenz über die Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung bemerkbar gemacht (sie soll auf Beschluß der 41. UNO-Vollversammlung im August/September d. J. in New York stattfinden). Die vier Tagungen des Vorbereitungskomitees der Konferenz in den letzten Jahren zeigten deutlich, wer für und wer gegen die Umstellung der militärischen Ressourcen auf friedliche Zwecke ist. Am Kurs der UdSSR, der anderen sozialistischen sowie der nichtpaktgebundenen Länder ist nicht herumzudeuteln. Ihr Standpunkt: Aktive Schritte zur Einstellung des Wettrüstens und zur Rüstungsreduzierung sind eine notwendige Voraussetzung dafür, globale Probleme von immer akuterem Charakter zu lösen: Abwendung der Zerstörung der menschlichen Umwelt, neue Energieträger, wirtschaftliche

Rückständigkeit, Hunger und Krankheiten. Das vom Militarismus aufgezwungene Prinzip — Rüstung statt Entwicklung — muß in sein Gegenteil umschlagen: Abrüstung für die Entwicklung.

Die ebenfalls an eine Billion Dollar heranreichenden Schulden, in denen gegenwärtig Dutzende Länder, ja ganze Kontinente stecken, sind eine direkte Folge des Wettrüstens. Aus den Entwicklungsstaaten worden über 250 Md. Dollar jährlich herausgepreßt: Das entspricht etwa dem Militäretat der USA. Das sich beide Zahlen gleichen, ist kein Zufall. Die Abrüstung kann durch Freisetzung kolossaler materieller und intellektueller Ressourcen die Möglichkeit geben, sie den Aufbauzwecken, der wirtschaftlichen Entwicklung und Prosperität zuzuführen. Jeder Schritt, jede Maßnahme bei der Einschränkung und Reduzierung der Rüstungen wird nicht nur mehr Sicherheit geben, sondern auch ein Mehr an Mitteln für ein besseres Leben der Menschen möglich machen.

Im Westen denkt man darüber anders. Jene, die am alten Denken, auch an der Doktrin der nuklearen Abschreckung festhalten, finden den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung recht problematisch. Sie wollen ihn verkleistern und stellen die Sache so hin, als könnten Wettrüsten und sozialökonomischer Fortschritt gleichzeitig und parallel zueinander verlaufen.

Der Hauptschuldige an diesem Wettrüsten, die USA, das Land mit dem höchsten Militäretat der Welt, hat jede Teilnahme an der Internationalen Konferenz erst einmal verweigert. Was die westeuropäischen US-Bündnispartner angeht, so ist ihre Philosophie absolut unmißverständlich z. B. in einem Arbeitsdokument dargelegt, das die belgische Delegation im Namen der 12 EG-Staaten der jüngsten Tagung des Vorbereitungskomitees vorlegte. Die Verfasser geben einen bestimmten Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung im allgemeinen zu, führen jedoch in diese Gleichung noch eine

ditto Komponente — Sicherheit — ein. Abrüstung und Entwicklung seien von der Sicherheit nicht zu trennen, diese sei der Droh- und Angelpunkt: "Das Recht der Staaten auf Sicherheit ist existentiell, weshalb sich bestimmte Militärausgaben nicht vermeiden lassen."

Die Sicherheit ist unantastbar. Aber wie ist sie zu verstehen und woran zu knüpfen? An einen ausreichenden Stand der Verteidigungspotential oder an das weitere Anhäufen der Todeswaffen, die Ausdehnung des Wetrüstens auf den Weltraum? Der Westen zieht eindeutig die letzte Variante vor. Daher der Schluß: "Fortschritt der Entwicklung darf nicht zur Geißel des Fortschritts bei der Abrüstung werden. Es ist falsch, Abrüstung und Entwicklung als zwei einander bedingende Erscheinungen aufzufassen. Abrüstung ist kein Allheilmittel für die endgültige Lösung aller Entwicklungsprobleme." Das ist ihr endgültiges Urteil.

Wie wir sehen, divergieren die Standpunkte. Außerdem stammen sie aus den Regierungsbüros und geben der amtlichen Meinung Ausdruck. Und was ist die öffentliche Meinung? Was denken normale Amerikaner, Asiaten, Afrikaner und Europäer? Die Stockholmer Konferenz der nichtgouvernementalen Organisationen über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung sollte eine Antwort darauf geben.

Keine Alternative

Im gemütlichen, mit hellem Holz getäfelten runden Sitzungssaal einer Kammer des Riksdags fanden sich Menschen verschiedener politischer Überzeugungen, Glaubensbekenntnisse und jeder Hautfarbe ein. Wen vertreten sie? Auf Delegiertenkarten lese ich: Weltkirchenrat, Komitee für Entwicklung, Weltfriedensrat, Organisation für Afro-asiatische Völkersolidarität, Weltkonferenz für Religion und Frieden, Weltföderation ehemaliger Frontkämpfer, Schwedischer Metallarbeiterverband, Weltverband der Gesellschaften für die Vereinten Nationen, Internationaler Studentenbund, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Gesellschaft für Internationale Entwicklung, Internationales Institut für den Frieden in Wien... Insgesamt 200 Delegierte, 50 Länder.

Der Rahmen dieses Beitrags zwingt zur Auswahl der wesentlichsten Momente der offenen, demokratischen Diskussion. Viele Fragen, besonders im Zusammenhang mit der praktischen Verteilung der Mittel, die durch Abrüstungsmaßnahmen freigesetzt werden sollen. Nach Meinung einiger Experten erfordern auch solche Maßnahmen erhebliche Ausgaben. Könnte man, fragen einige, nicht schon jetzt, vor Beginn der Abrüstung selbst, mit der Umverteilung von Ressourcen

beginnen? Beispielsweise eine Art "Rüstungsstauor", ein System von Abführungen aus den Militäretats zugunsten der Entwicklungsländer, einführen. Dieser Gedanke ist wenig überzeugend. Dann wäre ja die Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung gestört, und die Entwicklungsländer selbst könnten Interesse am fortdauernden Wetrüsten, an der Erhöhung der Militäretats haben.

Die Konferenz begrüßte alle vernünftigen Vorschläge über den Abbau der globalen Militärausgaben und die Nutzung dadurch freigesetzter Mittel für die dringlichsten Erfordernisse der Menschheit. Solche Vorschläge wurden eingebracht. Aber was die Teilnehmer vor allem zusammenschloß, war die Erkenntnis dessen, wie vordorblig sich das Wetrüsten auf alle Bereiche der menschlichen Tätigkeit — den politischen, den wirtschaftlichen, den humanitären — auswirkt.

Die heutigen weltweiten Militärausgaben sind vier- bis fünfmal so hoch wie die entsprechenden Werte der ersten Nachkriegsjahre. Heute betragen sie 6 Prozent der Weltproduktion und mehr als das 25fache der offiziellen Entwicklungshilfe. Seit Beginn der 80er Jahre nehmen die Militärausgaben viel rascher als der Umfang der Weltproduktion zu. Laut Berechnungen hat das Wetrüsten seit Beginn der 60er Jahre 14 Billionen Dollar verschlungen, die Weltproduktion jedoch in derselben Zeit um nur 8,6 Billionen zugenommen.

Infolge des Wetrüstens werden gewaltige materielle, menschliche und wissenschaftliche Ressourcen zweckentfremdet. Die Rüstungsindustrie verbraucht mehr Aluminium, Kupfer, Nickel und Platin als die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zusammen. Über 50 Millionen Menschen (mehr als 4 Prozent aller Beschäftigten der Welt) nahmen 1981 an der Rüstungsproduktion teil oder standen unter Waffen.

Dieser kolossalen Verschwendung von Mitteln und Ressourcen steht ein Ozean menschlicher Bedürfnisse und Leiden gegenüber. 1987 jährt sich die Beseitigung der Pocken zum 10. Male. Für die endgültige Überwindung dieser Krankheit war ein Betrag nötig, der den Rüstungsausgaben von 3 Stunden gleichkommt. Die Militärausgaben nur eines halben Tages würden ausreichen, Malaria, Trachom, Lepra auszumerzen, und 10 Prozent der Wetrüstungsausgaben wären genug, mit dem Elend auf unserem ganzen Planeten Schluß zu machen.

Aber nicht nur die Entwicklungs- und die armen Länder brauchen zusätzliche Mittel. Das Wetrüsten hat auch die Wirtschaft großer Länder deformiert. In den USA wird die Liste der sozialökonomischen Bedürfnisse mit den Jahren immer länger. Nach Angaben des Ameri-

kanischen Rats der Planungsorganisation der Bundesstaaten müßte jede fünfte Brücke in den USA gründlich renoviert bzw. neugebaut werden, was nach Schätzung des Verkehrsministeriums 33 Md. Dollar erfordert. Weitere 75–110 Md. Dollar müßten binnen 10 Jahren für die Wasserversorgung der Städte mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50 000 verwendet werden. Man benötigt 25 Md. Dollar, um die Wasserbecken sauber zu halten. Die Bedürfnisse der Infrastruktur in New York allein werden auf 40 Md. Dollar geschätzt.

In ihrem Referat auf der Konferenz sagte Inga Thorsson, schwedische Expertin für Abrüstung und Entwicklung: "Die Meinung ist verbreitet, nur eine starke Wirtschaft könne die nationale Sicherheit untermauern. Aber die amerikanische Wirtschaft ist nicht stark. Das Wetrüsten hat das reichste Land der Welt bereits zum größten Schuldner der Welt gemacht."

Das kann nicht so weitergehen. Mit einer überbewaffneten und unterernährten Welt kann sich die Menschheit nicht zufriedengeben. Die Menschheit hat eine andere Wahl: Abrüstung und Entwicklung. Doch damit das Realität wird, muß sich in der Welt neues politisches Denken, muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß sich im Nuklearzeitalter die wahren Interessen der nationalen Sicherheit nicht mit der Orientierung auf militärische Gewalt decken. Ein Leitmotiv der Konferenz war: Da das Überleben aller Menschen bedroht ist, müssen auch alle gemeinsam auf Sicherheit hinarbeiten.

Ich glaube, es kommt nicht auf die Namen der Redner an. Es waren viele, fast jeder Konferenzteilnehmer meldete sich zu Wort. Die Grundhaltung kommt in der einmütigen Erklärung zum Ausdruck:

"Zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung als Endziel gibt es keine Alternative, auch nicht zu einer gerechten und allgemeinen Entwicklung. Beides muß jedoch seine Verkörperung in einer neuen internationalen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und humanitären Weltordnung finden, in der sich unsere gemeinsame Sicherheit nicht auf Rüstung und Mißtrauen, sondern auf gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeit gründet. Kein einziges Volk, kein einziger Staat kann sich frei oder sicher glauben, solange andere unterdrückt, ausgebeutet oder bedroht werden."

Klare, gerechte Worte. Eine Antwort auf die Herausforderung der Todesfabrikanen und ihrer politischen Vertreter. Eine Mahnung an die Länder der Welt, den Weg zu Abrüstung, Gerechtigkeit und Gedeihen einzuschlagen.

Stockholm



Unsere gemeinsame Zukunft

Wird sie etwa so aussehen wie auf diesem Foto? Eines der wichtigsten Probleme, die die Menschheit beunruhigen, ist der Schutz der natürlichen Umwelt und folglich des Menschen. Wir bringen eine Zusammenstellung von Beiträgen zu ökologischen Themen, darunter Materialien, die vom Londoner Panos-Institut speziell für die NZ zusammengestellt wurden. Der erste Beitrag ist ein Kommentar zum Bericht der von der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland geleiteten Weltkommission für Umwelt und Entwicklung.

Die Kommission, die als unabhängige Organisation gegründet wurde, hat offenbar umfassendes Material über die Interdependenz von Umwelt und Entwicklung gesammelt. Sie war zu einer kritischen Analyse jedoch nicht imstande. Das aber wäre erforderlich, damit der Bericht "Unsere gemeinsame Zukunft" politische und wirtschaftliche Wirkung hat. Zudem werden den Lesern in den Entwicklungsländern die meisten Empfehlungen nicht neu erscheinen.

Nichtsdestoweniger enthält der Bericht auch wertvolle, vernünftige Gedanken. So wird den Industriestaaten wie den Entwicklungsländern empfohlen, die Konzeption einer ausgeglichenen Entwicklung anzunehmen - also die Naturressourcen sinnvoll zur Deckung der jetzigen Erfordernisse so zu nutzen, daß sie auch für künftige Generationen reichen.

Die Verfasser des Berichts unterstreichen, daß sich die Schuldenkrise und die Rezession der Weltwirtschaft ungünstig auf die Umwelt auswirken: Sie warnen, die allmähliche Zerstörung der Umwelt könne zu politischer Instabilität führen, wenden sich gegen die falsche Endlagerung von Atom Müll und erken-

nen - zumindest verbal - die Bedeutung der regierungsunabhängigen Organisationen an. Zugleich wurden gewisse wichtige Fragen ignoriert. So wird zu wenig über die harten Bedingungen (Wirtschaftswissenschaftler sprechen taktvoll von einer "strukturellen Regelung") gesagt, deren Annahme der Internationale Währungsfonds (IWF) von den tief verschuldeten Ländern als Bedingung für die Gewährung von Krediten verlangt.

In dem Bericht heißt es, daß diese "besonders belastenden" Bedingungen das Wachstum spürbar bremsen und sogar zu einer starken Beschneidung der Programme in Beschäftigung, Gesundheitswesen, Bildung, Umweltschutz und Wohnungsbau führen. Die Bauern sind gezwungen, zur extensiven Landwirtschaft zurückzukehren, was zu einer weiteren Bodenerschöpfung führt. Die Kürzung der Regierungssubventionen erschwert die Arbeit der ohnehin machtlosen Umweltschutzorganisationen.

In ihrer Kritik am IWF berücksichtigt die Brundtland-Kommission allerdings nicht, daß auch andere an dieser Lage schuldig sind - Regierungen und Oberschichten von Ländern der dritten

Welt, die wertvolle Naturressourcen vergeuden, um Kredite zu erhalten, und die Einnahmen für die Finanzierung einzelner Prestigeobjekte, den Import von Luxusgütern und den Ankauf von Waffen verschleudern. Auch die Kapitalflucht wurde ignoriert. So wurde errechnet, daß von den 26 Md. Dollar Auslandsverschuldung der Philippinen 6 bis 10 Milliarden vom Marcos-Clan ins Ausland geschafft wurden. Allein aus Mexiko, Argentinien und Venezuela wurden von 1979 bis 1982 ca. 60 Md. Dollar herausgeschafft.

In dem Bericht wurde auch folgendes nicht berücksichtigt: Selbst, als die Preise für Exportwaren der Entwicklungsländer ihren Höhepunkt erreicht hatten, wie z. B. die Preise für sambisches Kupfer in den 70er Jahren, vermochten diese Staaten die erhaltenen Gewinne nicht sinnvoll anzulegen. Nur ein unbedeutender Teil der Mittel wurde in Projekte für eine bessere Nutzung der Naturressourcen investiert.

Zur Kernenergie konstatieren die Verfasser des Berichts vor allem, welche Gefahren für die Gesundheit der Menschen und für die Umwelt Havarien in Kernkraftwerken heraufbeschwören. Ohne die Entwicklung der Kernenergie zu verurteilen, wie das vielleicht einige wollten, zeigt die Kommission Festigkeit in der Frage der Beseitigung der Nuklearabfälle.

Die Brundtland-Kommission empfiehlt ferner:

- der Überbevölkerung der Entwicklungsländer besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da die ökonomischen Veränderungen ihre traditionelle Lebensweise zerstören. Ihrerseits können solche Völker wertvolle Erfahrungen bei der wirtschaftlichen Nutzung schwer zugänglicher Wald-, Berg- und Trockenregionen vermitteln;

- die Einwohner der Elendsviertel direkt zu unterstützen, um ihnen zu helfen, ihre Wohnbedingungen zu verbessern;

- die politische und finanzielle Hilfe für die nationalen Umweltschutzbehörden zu intensivieren und das UNO-Programm für die Umwelt (UNEP) zu unterstützen;

- die Regierungen müssen anerkennen, daß die weitere Zerstörung der Umwelt eine Gefahr für die nationale Sicherheit und das Überleben der Nationen darstellt. In einigen Teilen Lateinamerikas, Asiens, des Nahen Ostens und Afrikas werden negative Veränderungen der Umwelt bereits zur Ursache politischer Spannungen und schwerer Unruhen.

Bereits jetzt muß umfassend informiert werden, damit die für die Vorbereitung dieses Berichts verausgabten Gelder - 6 Mio Dollar - Wirkung zeitigen. Im Grunde hat die Kommission nur den ersten Schritt getan.

„Sarvodaya“

hält nichts von Tabletten...

Eine Gruppe von Buddhisten in Sri Lanka, die sich „Sarvodaya“ („Selbsthilfe“) nennt, nahm ein sehr akutes Problem in Angriff: die Bekämpfung der Malaria, an der im Lande jährlich ca. eine Million Menschen erkrankten.

Ebenso wie viele andere Weltregionen leidet Sri Lanka unter der starken Zunahme der Mücken. Dazu kam es in den 50er Jahren, nachdem man begonnen hatte, zur Bekämpfung der Mücken DDT zu verwenden. Die Mücken der „neuen Generation“ sprechen nicht auf DDT an. Auch das Insektengift Malathien, das jetzt verwandt wird, bleibt wirkungslos.

„Sarvodaya“ wendet sich gegen den Einsatz jeglicher Chemikalien und von Antimalariatabletten, die nicht selten Nebenwirkungen haben. Amarishi Rao, der die Antimalariakampagne unweit der alten Stadt Anuradhapura leitet, meint, ein geringer Stand von Malariaerkrankungen sei sogar nützlich, er helfe, bei der hiesigen Bevölkerung Immunität gegenüber dieser Krankheit herauszuarbeiten. Als Beispiel verweist Rao auf das Dorf Athungama, wo sich 1985 400 Familien familiärer Flüchtlinge niederließen. Einige Monate später brach unter ihnen eine Malaria-Epidemie aus, die 900 Menschenleben forderte. Die Alteingesessenen aber, die eine gewisse Immunität besitzen, erkrankten weniger häufig.

Was hat „Sarvodaya“ bereits erreicht? Man trug alle Laichgebiete der Malaria-Mücken auf eine Karte ein - Teiche und Tümpel ohne Wasserabfluß und Gräben. Dann entwickelten sie einen Aktionsplan: Einige Gewässer sollen zugeschüttet, andere ausgetrocknet werden. Bisweilen wird auch ein besonderes Öl verwendet, das sich über die Wasseroberfläche ausbreitet und Sauerstoff, den die Larven zum Atmen brauchen, nicht durchläßt.

Auf Initiative von „Sarvodaya“ wurde in den Dörfern unweit von Anuradhapura ein Tag der unbezahlten Arbeit, ein „Shramadana“, durchgeführt. Man hatte mit 100 Teilnehmern gerechnet. Es kamen 400. Sie beendeten die Arbeit bereits mittags, und den Rest des Tages waren sie damit befaßt, Straßen zu bauen und Brunnen zu graben.

Der „Shramadana“ wird jetzt monatlich durchgeführt, es gibt heute weniger Malariafälle und die Lebensbedingungen der Menschen verbessern sich...

Dieser Beitrag wurde vom
Panes-Institut (Großbritannien)
vorbereitet



Der Fortschritt

Zeichnung aus: „Die Zeit“ (BRD)

Warum der Stärkste ausstirbt

Das von Charles Darwin formulierte Gesetz, demzufolge die am besten angepaßten Organismen überleben, wird oft als Sieg des Stärksten und Geschicktesten interpretiert. Doch die Evolution bevorzugt nicht selten die Langsamen, Faulen und Behäbigen. Der „Herrscher der Tiere“, der Löwe, jagt Antilopen und Zebras, die eine Geschwindigkeit von 70 Stundenkilometern entwickeln. Er selbst aber erreicht nur 55 Kilometer in der Stunde. Oder ein anderes Beispiel - die für ihre Gefräßigkeit bekannten Piranhas im Amazonasbecken. Ihr scheibenförmiger Körper erlaubt ihnen nicht schneller zu schwimmen als anderen Fischen.

Stellen wir uns vor, daß vor Millionen Jahren fruchtbare und starke Löwen, die ebenso schnell wie die Antilopen laufen konnten, die Erde bewohnten. Sie hätten sich leicht ihre Beute geholt, ihre Zahl hätte schnell zugenommen. Doch ebenso schnell hätten sie ihre „Nachbarn in der ökologischen Nische“ vernichtet und sich zum Hungern, zum Aussterben verurteilt...

Die Wissenschaftler meinen, daß dies gerade bei den Säbelzahn Tigern geschah. Ihre Eckzähne waren geradezu ideal für die Raubtierexistenz geeignet und ließen sie zu „erfolgreich“ werden, um die Gattung fortzuführen. In 35 Millionen Jahren tauchten in der Familie der Katzen viermal Tiere mit solchen Zähnen auf. Und alle vier Male starben sie wieder aus, obwohl oder, genauer

● ÖKOLOGIE ●

gesagt, gerade wegen ihrer so gefährlich scharfen Zähne...

Etwas Ähnliches ist auch in der Welt der Mikroorganismen zu beobachten. 1953 wurde ein Myxoma-Virus nach Großbritannien verschleppt. In zwei Jahren fielen ihm 99 Prozent der Kaninchen zum Opfer. In einigen Regionen erreichten besonders „aggressive“ Virusstämme ein 100prozentiges Ergebnis und... verurteilten sich selbst zum Aussterben.

Das Elixier der Inkas

Die Konquistadoren nannten das „Kiwicha“ - ein Korn, das heute nur in wenigen Wüstentälern des peruanischen Hochlands erhalten ist - eine „heilige Waffe“ und eine „Nahrung des Teufels“. Die Kolonialherren konnten nicht begreifen, woher die Indianer, die von ihren fruchtbaren Böden vertrieben wurden, die Kraft für den Kampf nahmen. Spanische Geistliche lösten das Rätsel. Sie erkannten: Die Ureinwohner ernährten sich von einem „heiligen Korn“, das sie heimlich in den Bergen anbauten. Eine Meldung an den Vizekönig lautete: „Die Unterwerfung dieser rebellischen Indios wird niemals vollständig sein, solange sie eine gewisse Frucht essen, die nicht größer als ein Stecknadelkopf ist“, d. h. das Kiwicha-Korn. Und der Anbau dieses Korns wurde unter Todesstrafe verboten.

Heute hat das Kiwicha eine Wiedergeburt erlebt. Der peruanische Wissenschaftler Luis Sumar, der sich lange Zeit mit dem Studium von Wildpflanzen befaßte, fand ein verwildertes Gras mit kleinen Körnern, das, wie ihm die Indianer sagten, von den alten Inkas hoch geschätzt wurde. Die Untersuchung der Körner zeigte deren erstaunliche Eigenschaften. Sumar zufolge verlangsamten sie den Alterungsprozeß, stärkten Gedächtnis und Nerven, heilen Magen- und Tuberkulose. Das Kiwicha hat einen hohen Eiweißgehalt, es ist reich an für die Entwicklung des Gehirns erforderlichen Stoffen. Mit Hilfe des Kiwicha konnte die englische Ärztin Ann Goulden in der peruanischen Stadt Piura Kinder heilen, die an Gehirnerkrankungen litten. Die Regierung plant jetzt den Anbau des „heiligen Korns der Inkas“ auf dem gesamten Territorium Perus.

INTERNATIONALE SICHERHEIT: ZWISCHEN UTOPIE UND REALISMUS

Mitte Mai veranstaltete das Sowjetische Friedenskomitee in Moskau den vierten internationalen Dialog der Friedensorganisationen. Die Art der Veranstaltung ermöglichte einen freien, durch protokollarische Erwägungen nicht eingeschränkten Meinungsaustausch über die Entwicklung des Dialogs und des Zusammenwirkens der verschiedenen Richtungen und Organisationen der Öffentlichkeit im Kampf für die Verhinderung eines Nuklearkrieges, für die Schaffung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit.

Wir bat eine Gruppe von Teilnehmern zu einem Rundtischgespräch in unsere Redaktion.

NZ. Vertreter verschiedener politischer Richtungen, Parlamentsabgeordnete, Forscher, namhafte Mitglieder von Friedensorganisationen und Journalisten kamen zu uns in die Redaktion.

Wir möchten Sie bitten, Ihre Meinung zu einigen Fragen zu äußern, die uns wichtig und aktuell erscheinen. Die erste betrifft die Aussichten und den konkreten Gehalt der Idee, ein umfassendes System der internationalen Sicherheit als Alternative zu dem instabilen, auf nuklearer Abschreckung beruhenden Frieden zu schaffen.

Die zweite Frage gilt der Rolle der Öffentlichkeit und der Friedensbewegungen. Können sie effektiven Einfluß auf die Regierungen ausüben, sie zur Beendigung des Wettlaufens und zum Beginn einer realen Abrüstung bewegen?

Und schließlich die dritte Frage (wir können nicht zu viele Themen erfassen) zu den Massenmedien. Wie ist Ihrer Meinung nach der Einfluß der Medien auf die Lösung der Abrüstungsprobleme, wie ist ihre Haltung zu den Friedensbewegungen und ihren Forderungen?

A. Ortega. Meiner Meinung nach ist weniger eine kernwaffenfreie Welt als vielmehr die Stabilität das Wichtigste. Was die Öffentlichkeit angeht, so kann ich mich nicht erinnern, daß sie irgendwann Einfluß auf die Sicherheitspolitik gehabt hätte. Die Friedensbewegungen kämpften gegen die Stationierung der US-Raketen in Europa. Trotzdem wurden sie aufgestellt...

L. Budtz. Ich möchte die Probleme unter einem anderen Aspekt sehen. Die Worte des ermordeten Olaf Palme seien hier in Erinnerung gerufen: Europa darf nicht als nukleare Geisel der Supermächte betrachtet werden. Wir erör-

ten oft die Frage einer Alternative zum jetzigen System der Beziehungen zwischen den Staaten in Ost und West. Die Teilung in Blöcke kann nicht die Antwort auf die vorhandenen Probleme sein. Die Antwort liegt in der Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit unter Beteiligung der Länder des Ostens und des Westens. Und solange wir ein solches System der allgemeinen Sicherheit nicht geschaffen haben, ist es sinnlos, von einer kernwaffenfreien Welt zu sprechen. So ist einstweilen eine kernwaffenfreie Welt leider nur ein schöner Traum. Nichtsdestoweniger sind wir bereit, jegliche Abkommen über nukleare Abrüstung zwischen der UdSSR und den USA zu begrüßen. Was die Länder Nordeuropas angeht, so werden wir hier die Idee einer kernwaffenfreien Zone verteidigen. Das wird dazu beitragen, die Verwirklichung des Traums von einer Welt ohne Nuklearwaffen näherzubringen.

F. Allaun. Selbst wenn wir wesentliche Reduzierungen der Nuklearwaffen erreichen werden, können die Regierungen jeweils einige Sprengköpfe behalten. Diese Sprengköpfe aber vermögen schreckliche Zerstörungen anzurichten. Die Engländer wollen ebenso den Frieden wie die sowjetischen Menschen. Doch sie werden einer Regierung nicht glauben, die erklärt: Wir werden die Nukleararsenale über Nacht zerstören. Ich bin aber davon überzeugt, daß man sich diesem Ziel Schritt um Schritt nähern kann. Ein Erfolg bei der Vernichtung der Mittelstreckenraketen wird jenen neuen Mut geben, die über die Niederlagen der Friedensbewegung enttäuscht sind. Dann würden wir sagen: Das ist uns gelungen, gehen wir weiter.

Die Haupthindernisse gegen mögliche

Abkommen werden von den USA aufgebaut. Reagan und Thatcher sabotieren hartnäckig die Vorschläge Gorbatschows. Das kann in der sowjetischen Führung Stimmungen wie diese hervorrufen: Wir haben alles getan, was wir konnten, haben enorme Zugeständnisse gemacht, unsere Sicherheit aber darf nicht weiter gefährdet werden...

E. Flischer. Ich möchte da einen anderen Aspekt des Problems berühren. Ein Beispiel: Als der Daimler-Benz-Konzern die AEG, die sich auf Rüstungsproduktion spezialisiert, aufkaufte, verdreifachte sich sein Kapital. Was bedeutet das? Daß die Politik der nuklearen Abschreckung untrennbar mit dem Wirtschaftsmechanismus der westlichen Länder, besonders der BRD, verbunden ist. Der Verzicht auf eine Politik der Abschreckung würde die notwendigen ökonomischen Umgestaltungen voraussetzen. Nichtsdestoweniger bin ich dafür, zumindest erste Schritte zu tun, die den Abrüstungswillen zeigten. Wir müssen auch daran denken, letztlich ein ökonomisches System zu schaffen, das es den Politikern erlauben würde, tatsächlich radikale Entscheidungen im Bereich der Abrüstung zu treffen.

D. Smith. Ich bin da lieber Realist, was

Lasse BUDTZ, Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Sicherheit und der Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Parlamentsabgeordneter, Vertreter der SPD in der Sozialistischen Internationale

Frank ALLAUN, Präsident der Organisation Labour-Mitglieder für den Frieden, ehemaliger Vorsitzender der Labour Party Großbritanniens, viele Jahre lang Parlamentsabgeordneter



eine kernwaffenfreie Welt angeht. Doch bisweilen erweist sich die auf den ersten Blick phantastischste Idee als die realistischste. Und deshalb sind Teilabkommen wie z. B. ein Abkommen über die Mittelstreckenraketen unter dem Gesichtspunkt der langfristigen Strategie zu sehen. Und diese Strategie muß darin bestehen, die Konfrontation zu beenden. Jetzt werden nicht wenige diesbezügliche Ideen erörtert. So z. B. die Idee einer "nicht provozierenden Verteidigung" oder einer "defensiven Verteidigung". In gewisser Form kommen diese Ideen auch in den Positionen der heutigen sowjetischen Führung zum Ausdruck. Unrealistisch wäre es, etwas ohne Glauben an den Erfolg zu beginnen. Ich persönlich meine, daß Gorbatschow aufrichtig an die Idee einer kernwaffenfreien Welt glaubt. Und hierbei beschränkt er die Lösung dieser Frage nicht auf den Bereich der Diplomatie, er appelliert auch an Hirn und Herz der Menschen.

Was die zweite Frage, die Rolle der Friedensbewegungen, angeht, so bin ich keineswegs pessimistisch gestimmt. Erinnern wir uns an die Demonstrationen der Amerikaner gegen den Krieg in Vietnam, an die Proteste der Europäer gegen die Neutronenwaffe. Erinnern wir uns, um welchen Preis es der NATO gelang, die Pershings und die Cruise Missiles in Europa zu stationieren. Erinnern wir uns, wie sich das gesellschaftliche Bewußtsein für die Fragen des Umweltschutzes veränderte.

J. Clausager. Wenn wir selbst nicht an eine kernwaffenfreie Welt glauben - wie werden wir dann die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der nuklearen Abrüstung überzeugen können? Die Öffentlichkeit aber, und da stimme ich Dan zu, kann die Annahme politischer Entscheidungen beeinflussen. Als Vertreter einer Partei möchte ich sagen, daß wir unbedingt die Öffentlichkeit gewinnen müssen. Allerdings sind die Friedensbewegungen bisweilen bemüht, sich von den Parteien sozusagen zu distanzieren.

Mark SOLOMON, Geschichtsprofessor aus Boston, nationaler Kovorsitzender des Friedensrates der USA

Andres ORTEGA, Journalist der Zeitung "Pais" (Spanien), Experte für militärische Fragen



Würden sie in engerem Kontakt mit uns arbeiten, dann könnte das den Prozeß der Beschlußfassung erleichtern. Der Einfluß der Friedensbewegungen auf das politische Leben könnte größer sein als heute.

M. Solomon. Meiner Meinung nach gibt es nichts Unmögliches. So hatte ich z. B. nie gedacht, daß ich die Landung eines Menschen auf dem Mond oder Nixons China-Reise erleben oder erfahren würde, daß die schlechteste Baseball-Mannschaft der USA die Weltmeisterschaft gewinnt. Es ist also alles möglich. Wichtig ist zu wissen, wo man sich befindet, wo man heute steht, um den nächsten Schritt zu planen. Die Abschreckungsstrategie spielt möglicherweise ihre positive Rolle zu den Zeiten von Nixon und Kissinger. Eben damals wurde das Prinzip der Parität anerkannt. Doch wie sieht es heute aus? Auf die neue, konstruktive und flexible Politik der Sowjetunion antworten die USA nicht einmal mit einem Versuch der Beschränkung, sondern mit der Verstärkung ihrer Arsenale in der Hoffnung, Überlegenheit durch die Entwicklung von Erstschlagswaffen zu erringen. Die jetzigen Herren des Weißen Hauses haben die Nuklearwaffen zu einem Instrument der Politik gemacht, mit der sie die Welt nach ihren Vorstellungen umformen wollen. In unserem Land werden die Mittel aus allen Bereichen in die Rüstung gepumpt, vollzieht sich eine nie dagewesene Zunahme der Macht des Militär-Industrie-Komplexes. Leider hat sich in den USA noch keine politische Mehrheit herausgebildet, die sich der ganzen Gefährlichkeit dieser Prozesse bewußt wäre. Zugleich erfolgen auch positive Veränderungen. In der amerikanischen Friedensbewegung wird das Interesse an globalen Problemen - an der Schaffung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit, das u. a. auf der Ablehnung der nuklearen Abschreckung und der Vernichtung der Nukleararsenale basieren würde - immer größer. Diese Probleme werden jetzt durchdacht, was an sich schon ein positiver Schritt ist. Für Ende Juni setzte das Institut zum Studium der Probleme der Verteidigung und der Abrüstung unter Randall Forsberg - die führende unabhängige wissenschaftliche Organisation dieser Art in unserem Land - ein Expertentreffen an, um Fragen der langfristigen Abrüstungsstrategie bis zum Jahr 2000 zu erörtern. Im Rahmen dieser Strategie sind Zwischenschritte geplant - der Abschluß eines Abkommens über ein Verbot der Kernwaffentests, das Verbot des "Sternenkriegs"-Programms usw. Auch die Teilnahme von Gewerkschaftsorganisationen, die früher abseits standen und seinerzeit sogar den Krieg in Vietnam unterstützten, an der Friedensbewegung verleiht Optimismus. Wichtig ist, daß in den letzten Jahren der Antisowjetismus auch in der amerikanischen Öffentlichkeit schwächer wird. In

politischen Kreisen vollziehen sich Veränderungen. Im US-Präsidentenhaus bildete sich bereits vor Roykjavik eine Mehrheit heraus, die für die Beendigung der Kernwaffentests mit einer Stärke von über einer Kilotonne bei entsprechender Kontrolle, für ein Verbot der Bewilligung aller Waffen, die die Obergrenzen von SALT-2 überschreiten, für die Einfrierung und Verringerung der Star-Wars-Mittel sowie für ein Verbot der chemischen und der biologischen Waffen eintreten. Und obgleich es dem Präsidenten gelang, dieses Punkt aus dem Haushaltsgesetz auszuschließen, hat der Kongreß daraus positive Erfahrungen gewonnen. Zur Mobilisierung des gesellschaftlichen Bewußtseins trägt die Tätigkeit solcher Organisationen bei wie die der Ärzte und der Wissenschaftler für die Verhinderung eines Nuklearkrieges.

J. Rodes. Gorbatschows Vorschlag für die Vernichtung der Nuklearraketen in Europa ist sehr interessant. Doch wenn die UdSSR und die USA ihre Nuklearkräfte aus Europa abziehen, wird die Frage konventioneller Rüstungen akut. Effektive Wege sind zu finden, um die europäischen Staaten für die Lösung dieser Probleme zu gewinnen, möglicherweise durch gesamteuropäische Verhandlungen.

Was die Rolle der Öffentlichkeit angeht, so bin ich hier eher Pessimist. Die Regierungen besitzen enorme technische Möglichkeiten, um sie zu manipulieren. Nehmen wir Spanien - die Bevölkerung war gegen eine NATO-Mitgliedschaft eingestellt. Doch die Regierung setzte die Massenmedien ein, und die Frage wurde zugunsten eines Beitritts entschieden.

F. Allaun. Können die Friedensbewegungen die Regierungen beeinflussen? Ich meine, ja. Ich teile den Pessimismus hier nicht. Ein Beispiel. Frau Thatcher war in ihrer ganzen politischen Karriere bekannt für ihre antisowjetischen Ausfälle. Und einige Wochen vor den Unterhaus-Wahlen fährt sie nach Moskau. Natürlich nicht, um etwas Konkretes zu vereinbaren, sondern um ihre Sympathie für die sowjetische Führung zu demonstrieren. Sie verfolgt Meinungsumfragen und weiß, daß die Engländer von Michail Gorbatschow sehr angetan sind und die meisten Briten für eine einseitige nukleare Abrüstung ihres Landes eintreten.

L. Budtz. Leider hat die Intensität der Friedensdemonstrationen in den letzten ein bis zwei Jahren nachgelassen - ich urteile da nach der Entwicklung in Dänemark. Das ist schlecht. Wir brauchen die Unterstützung der Öffentlichkeit bei der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone. Auch die entscheidenden politischen Kräfte im Parlament brauchen solche Unterstützung. Es wäre nur gut, wenn die engagierten Mitglieder der Friedensbewegung Druck auf die Führung unserer Partei über deren einfache Mitglieder ausüben würden. Das wäre

effektiver und wirksamer. Doch auch diejenigen, die die Idee einer Parteiliederschaft nicht akzeptieren, dürfen in ihren Anstrengungen zur Propagierung ihrer Ideen nicht nachlassen.

Nun zu den Massenmedien. In unserem Land sind 96 bis 97 Prozent der Tageszeitungen gegen die Friedensbewegung eingestellt. Überdies stellen die Zeitungen die politische Lage oft überhaupt unrichtig dar. Allerdings findet die dänische Presse in den jetzigen Vorschlägen der UdSSR oft etwas "Frisches". Doch trotzdem werden die Motive, die hinter den Vorschlägen Moskaus stehen, ständig in Zweifel gezogen. Natürlich beleuchten auch die sowjetischen Zeitungen Ereignisse im Westen bisweilen tendenziös. Wir alle müssen hier noch Arbeit leisten.

A. Ortega. Sie sprechen von den Zweifeln. Ich als Journalist habe ebenfalls Zweifel an dem, was hinter den Vorschlägen der UdSSR steht.

L. Budtz. Niemand will Ihnen das Recht zu zweifeln nehmen. Ich gehe sogar an das, was der Vorsitzende meiner Partei sagt, kritisch heran. Die Frage ist eine andere: Man darf nicht automatisch alles, was von Moskau ausgeht, in Zweifel ziehen.

E. Fischer. Ich will bei der öffentlichen Meinung und bei der Friedensbewegung verweilen. Wenn wir einen Blick zurückwerfen, können wir gewisse Lehren ziehen. So das Verständnis dafür, daß sich die Sicherheitsinteressen Westeuropas nicht automatisch mit jenen auf der anderen Seite des Atlantik decken. Das hat viel in der öffentlichen Meinung verändert. Die Öffentlichkeit vermochte die Stationierung der neuen US-Nuklearraketen auf dem Kontinent nicht zu verhindern, doch gerade in jener Zeit wurde die neue Haltung, das neue Denken gegenüber der NATO erarbeitet. Brauchen wir ein Militärbündnis bei einheitlicher Strategie, doch bei so unterschiedlichen Interessen? Ist eine einheitliche Militärstrategie bei verschie-

denen Sicherheitsinteressen möglich? Viele Menschen sind sich bewußt geworden, daß in der NATO Veränderungen erforderlich sind, um die unterschiedlichen Interessen der Westeuropäer und der Amerikaner an einem gemeinsamen Sicherheitssystem zu vereinen.

NZ. Wir wollen Ihnen noch eine weitere Frage stellen. Wird die Friedensbewegung gegen das konventionelle Weltrüsten ebenso entschieden wie gegen das nukleare kämpfen können, und welche Aufklärungsarbeit wird dafür erforderlich sein?

M. Solomon. Meiner Meinung nach wäre es sehr gut, wenn wir auch das Problem der konventionellen Rüstungen, die Suche nach eher annehmbaren Konzeptionen auch in diesem Bereich der Sicherheitspolitik in Angriff nehmen würden: so die Theorien der "Territorialverteidigung" und der "ausreichenden Verteidigung". Hier ist natürlich die Rolle der Massenmedien sehr groß.

D. Smith. Kann sich um Fragen der konventionellen Waffen eine solche Massenbewegung entwickeln wie in den letzten Jahren gegen die nuklearen Systeme? Meiner Meinung nach, nein. Konventionelle Waffen können in Parteiprogramme eingehen, doch es braucht Zeit, bis sich die Menschen der Problematik bewußt werden. Sind es ja bei den Nuklearwaffen die möglichen Auswirkungen für die ganze Menschheit, die konventionellen Waffen aber werden nicht unter einem solchen Aspekt gesehen.

F. Allaun. Zunächst muß man sich um den Abbau der Nuklearwaffen bemühen. Das wird zu einer Freisetzung enormer Ressourcen für Aufbauzwecke, die Schaffung von Arbeitsplätzen und für Sozialprogramme führen. Dann wird man sich auf die Annahme einer Konzeption der "nichtaggressiven Verteidigung" konzentrieren müssen, mit anderen Worten ist das Schwergewicht auf Systeme der Luftverteidigung und nicht auf Flugzeuge sowie auf Panzerabwehrwaffen, nicht aber auf Panzer zu legen... Jetzt zu etwas anderem. Wir sprachen über die Rolle der Presse und über den Militär-Industrie-Komplex. Ich würde sagen, daß wir jetzt einen Militär-Industrie-Propaganda-Komplex besitzen. Ein Beispiel: das sowjetische Moratorium. Die britische Presse ignorierte es 18 Monate lang. Am Tag der Wiederaufnahme der Kernwaffentests aber teilten das alle Zeitungen unter großen Überschriften mit. Ein anderes Beispiel: der Kongreß in Kopenhagen, den die dänische und auch die britische Presse entweder verschwiegen oder über den sie verzerrt berichteten. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß wir die Schlacht mit der Presse und für die Presse gewinnen werden. Und zwar, weil letztlich das tatsächliche Geschehen viel größeren Einfluß auf die Menschen hat. Die Massenmedien können den Prozeß, daß sich die Menschen der Realitäten

des Nuklearzeitalters bewußt werden, bremsen, doch sie können ihn nicht stoppen.

L. Budtz. Wenn man über die Möglichkeit spricht, die Öffentlichkeit zum Kampf gegen das konventionelle Weltrüsten zu mobilisieren, muß berücksichtigt werden, daß die Menschen sich daran gewöhnt haben, damit zu leben. Viele meinen, daß zumindest eine gewisse Zahl konventioneller Waffen nicht schaden würde. Doch wir können und müssen die Konzeption einer "passiven", "nichtaggressiven" Verteidigung erarbeiten. Experten unserer Partei haben ein ganzes Programm dafür erarbeitet. Und wir haben es mit einigen osteuropäischen Ländern erörtert.

NZ. Wir haben nicht die Absicht, irgendeinen formellen Schluß zu ziehen, eine Bilanz unserer Diskussion zu präsentieren. Es war ein informeller Meinungsaustausch, zudem offensichtlich ein unvollständiger. Im Grunde verfolgten wir nicht das Ziel, alle Aspekte zu erfassen und eindeutig Positionen zu formulieren. Die Redaktion nutzte die Gelegenheit, um einen wichtigen und auf lange Sicht geplanten Dialog über ein umfassendes System des Friedens und der internationalen Sicherheit, über die Rolle der Friedensbewegungen und der Massenmedien bei der Konkretisierung dieses Prozesses zu beginnen.

Die Olympische Charta verbietet jegliche Diskriminierung aus politischen, rassenmäßigen oder religiösen Motiven. Auf der IOC-Tagung in Amsterdam 1970 wurde die RSA aus den Reihen der olympischen Nationen ausgeschlossen. Noch früher wurde durch aktive Schritte junger Nationalstaaten Afrikas zum Schutz der olympischen Prinzipien und mit Unterstützung der UdSSR und anderer Staaten den nach dem rassistischen Prinzip formierten südafrikanischen Mannschaften die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1964 in Tokio vom IOC verweigert. Die Flagge der RSA wird über den olympischen Stadien bis heute nicht gehißt.

Der Standpunkt des IOC und der sowjetischen Vertreter in den internationalen Sportorganisationen zu Beziehungen zur RSA ist völlig klar: keine Sportkontakte mit dem Apartheidregime. Auf dieser Position standen wir unbeirrbar selbst in einer Zeit, da z. B. die Internationale Tennisföderation mit RSA-Sportverbänden Beziehungen unterhielt.

Das Regime in Pretoria hat starke Gönner im Westen. Deshalb müssen das IOC und die internationalen Sportverbände, von denen die meisten die RSA ebenfalls aus ihren Reihen ausgeschlossen haben, sehr aufpassen, wenn sie die

Jesus RODES, Generalsekretär des Friedensrates von Katalonien. Professor an der Universität Barcelona

Dan SMITH, Vizevorsitzender der Kampagne für nukleare Abrüstung (Großbritannien), befaßt sich mit strategischen Studien



Wir möchten hier nur einige kurze Überlegungen zu einigen der hier ausgeführten Ideen äußern.

Was die Aussichten einer kernwaf-

dafür im Interesse der Erhaltung der Menschheit zu kämpfen, wobei wir reale Wege zu diesem Ziel anbieten. Das jetzige überaus gefährliche und instabile Nuklearraketengleichgewicht muß abgelöst werden. Die Sowjetunion hat vorgeschlagen, die Grundlagen eines solchen internationalen Systems zu schaffen, das die gleiche Sicherheit für alle Völker gewährleisten und vier Komponenten - die politische, die militärische, die ökonomische und die humanitäre - umfassen sollte.

Bei unserem Dialog wurden einige interessante Überlegungen hierzu geäußert. Sie beziehen sich auf Pläne einer "defensiven" oder "nichtprovokierenden", einer "alternativen", d. h. einer nichtnuklearen, Verteidigung, sinnvoller, auf das Erforderliche beschränkter Militärpotentiale. Diese Ideen sollten sicherlich gründlich erörtert werden, darunter auch von der Öffentlichkeit und in den Massenmedien.

Hier wurden optimistische wie auch pessimistische Ansichten über eine Einflußnahme der öffentlichen Meinung, der Massenmedien auf Regierungsbeschlüsse geäußert. Natürlich gelingt es den Friedensbewegungen nicht immer, die vollständige Erfüllung ihrer Forderungen durchzusetzen. Doch selbst, wenn solche Forderungen von den

Regierungen teilweise berücksichtigt werden, ist das schon nicht wenig. Übrigens ließe sich den Beispielen für den Einfluß von Aktionen der Öffentlichkeit noch ein weiteres hinzufügen: Reagans "Null-Lösung" tauchte seinerzeit unter dem direkten Einfluß der Massenproteste gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa auf.

Was aber die sowjetische Führung angeht, so zeigten allein die letzten außenpolitischen Initiativen, welche große Aufmerksamkeit sie der Meinung der Weltöffentlichkeit, den Standpunkten der Parteien und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen entgegenbringt.

Was hingegen die Massenmedien angeht, so ist die Lage hier, wie wir sehen, tatsächlich bislang nicht sonderlich ermutigend. Man muß sich offenbar gemeinsam für eine schablonenfreie Berichterstattung einsetzen. Hier gibt es für die Journalisten mehr als genug Arbeit.

Wir danken Ihnen für die Teilnahme an dem Rundtischgespräch und hoffen auf eine regelmäßige Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihren Kollegen.

**Diskussionsbeiträge
aufgezeichnet von:**

**J. ANDRIANOW, A. LEBEDEV,
N. SHOLKWER, G. SIDOROWA**

Eckhard FISCHER, Experte der SPD-Fraktion des Bundestages, Koordinator der Organisation Europäische Nukleare Abrüstung in der BRD

Jens CLAUSAGER, Generalsekretär der Radikalen Linkspartei Dänemarks, Parlamentsabgeordneter

Fotos: W. Panow

fenfreien Welt angeht, so schweben wir keineswegs in Utopien. Wir gehen vielmehr von der Notwendigkeit aus,

EXKLUSIV FÜR DIE NZ

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ratifizierte die am 16. Mai 1986 in New York im Namen der Sowjetunion unterzeichnete Internationale Konvention gegen die Apartheid im Sport. Das Dokument war auf der 40. UNO-Vollversammlung von 125 Staaten gebilligt worden; 68 Staaten haben es inzwischen unterzeichnet. Unser Korrespondent Igor Marinow bat Vitali SMIRNOW, den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der RSFSR für Körperkultur und Sport und Mitglied des Exekutivkomitees des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), über die Vorgeschichte der Konvention zu erzählen.

Apartheid im Abseits

Ideale der olympischen Bewegung verteidigen wollen.

Bekanntlich unterhalten einige Sportler im Westen entgegen allen Beschlüssen des IOC und internationaler Sportverbände und UNO-Resolutionen Kontakte zu rassistischen RSA-Organisationen.

Ja, so etwas kommt vor, und das ist bedauerlich. Die Behörden Pretorias setzen hohe Gagen und teure Geschenke ein, um gewisse Sportler zur Zusammenarbeit zu animieren. Die Internationale Konvention gegen die Apartheid im Sport hebt die Verantwortung jener Staaten noch mehr, die bisher bei solchen Kontakten ein Auge zudrücken, besonders wenn als Touristen-

reisen getarnte Piratenspiele in der RSA veranstaltet wurden. Nachher gibt das Apartheidregime solche Besuche als Beweis für die moralische Unterstützung seiner Innen- und Außenpolitik aus.

Vor kurzem bat RSA-Außenminister Roelof Botha den Internationalen Verband für modernen Fünfkampf und Biathlon erneut, RSA-Vertreter zu Wettbewerben zuzulassen. Der Minister berief sich dabei auf eine "Normalisierung der Lage im Sport" in diesem Land. Wie sieht es in Wirklichkeit aus?

Seit man in Pretoria Ende der 60er Jahre die Losung ausgab, Südafrikas internationales Image aufzupolieren, wurden Versuche unternommen, sich

legal Zutritt zum internationalen Sport zu verschaffen. An die jüngste IOC-Tagung in Istanbul sandte die RSA ein Schreiben mit dem Gesuch, ihre olympischen Rechte wiederherzustellen. Vor sieben Jahren wurde ein ebensolches Gesuch an die Teilnehmer der Moskauer IOC-Tagung gerichtet. Das Komitee antwortete, daß die ihm vorliegenden Informationen nicht auf radikale Reformen in bezug auf die Apartheid im Sport schließen ließen. In Istanbul bekräftigte das IOC diese Position gegenüber der RSA.

Die Rassentrennung besteht weiterhin in den Schulen, Colleges und Universitäten der RSA. Die Zuschauer auf den Tribünen der Stadien sitzen noch immer getrennt, je nachdem, zu welcher Rasse sie gehören. Rund 90 Prozent der Sportanlagen gehören immer noch Weißen. Der angebliche Zutritt von Schwarzen und Mischlingen zu einigen Klubs der Weißen ist Fiktion, bedenkt man, daß die Sportklubs der Weißen für Afrikaner einfach unerschwinglich sind. Nur ein Propagandatrick ist auch die Aufnahme farbiger Sportler in die Nationalmannschaften der RSA, weil die Gleichberechtigung der Afrikaner sofort nach jedem Spiel und nach jedem Wettbewerb aufhört.

Apartheid und Rassismus gehören auf den Stadien ins Abseits!

Am 38. Breitengrad

Reportage aus der demilitarisierten Zone

Schon in Kaesong, sechs Stunden Bahnfahrt von Pjongjang entfernt, fielen mir Laute auf, die wie das ferne Plätzen von Ballons klangen. In Panmunjon, 12 Kilometer weiter südlich, an der Linie, die Nord- von Südkorea trennt, waren sie viel deutlicher zu hören. Die Laute kamen von den 12. Team-Spirit-Manövern der südkoreanischen Streitkräfte gemeinsam mit Truppenteilen der US Army. Wie das Fernsehen von Soul in einer Reportage rühmend berichtete, war modernste Kriegstechnik im Einsatz. Das Programm war in Kaesong zu sehen. Bei den Manövern werden verschiedene Überfälle auf die Koreanische Demokratische Volksrepublik durchgespielt.

Dieses Jahr dauerten die Manöver besonders lange. Geringe Zeit vor ihrem offiziellen Beginn wurden auf US-Stützpunkten außerhalb Südkoreas stationierte Truppenteile in Südkorea zusammengezogen. Ebenso wie früher nahm auch der 40 000 Mann starke US-Truppenteil, der auf Stützpunkten in Korea steht, an den Manövern teil. Das Besondere an Team Spirit 87 bestand darin, daß mehrere Einheiten der japanischen "Selbstverteidigungskräfte" eingesetzt waren. An den Kriegsspielen waren insgesamt 200 000 Mann beteiligt. Die großen Manöver, die am Rande Volkskoreas durch ferne Explosionen von sich hören ließen, sollen die Atmosphäre auf der Halbinsel noch mehr aufheizen. Dabei hat das Pentagon ihren südlichen Teil schon mit Kernwaffen vollgestopft. Dort sind über 1000 amerikanischer Kernwaffeneinheiten, also auf je 100 Quadratkilometern mehr als eine Einheit stationiert.

Im direkten und im übertragenen Sinne spielt man dort mit dem Feuer, und beides verheißt nichts Gutes.

Warum der Verhandlungstisch verwaist ist

Von Oberleutnant Li Jong Ho begleitet, besichtigen wir ein kleines

hellblaues Holzhaus, durch das die Grenze verläuft. In der Mitte des einzigen Raums steht ein Verhandlungstisch und in dessen Mitte ein Mikrophon mit Kabel. Es teilt den Tisch in zwei Hälften und bildet eigentlich die Trennungslinie zwischen den beiden Teilen Koreas.

Seit Jahren bemüht sich die KDVR darum, daß der Verhandlungstisch nicht leer steht. Immer wieder werden darauf neue Angebote niedergelegt und wird intensiv nach für beide Seiten annehmbaren Lösungen gesucht. Vom lebhaften Interesse der Partei der Arbeit an der Vereinigung des Landes zeugt der 1980 auf dem 6. Parteitag vom Generalsekretär des ZK dieser Partei, Kim Il Sung, gemachte Vorschlag, einen konföderierten Staat zu bilden. Er sagte:

"Seit der Befreiung des Landes, die schon lange zurückliegt, bestehen in Korea verschiedene Gesellschaftsordnungen und Weltanschauungen. Um das Land unter solchen Umständen zu vereinen, darf man sich nicht darauf versteifen, daß ein Teil die Weltanschauung und Gesellschaftsordnung

des anderen absolut annimmt. Sollte sich der Norden oder der Süden absolut darauf versteifen und sie der anderen Seite aufnötigen, so würde das unweigerlich zu Feindseligkeiten und Zusammenstößen und das wiederum zu einer noch tieferen Spaltung führen. Da die ganze Nation die Vereinigung des Landes als ihre wichtigste Aufgabe ansieht, kann die unterschiedliche Weltanschauung und Gesellschaftsordnung sie nicht unmöglich machen. Auch innerhalb eines Landes können Menschen verschiedener Weltanschauung koexistieren und können in einem Staat gleichzeitig verschiedene Gesellschaftsordnungen bestehen. Wir werden Südkorea keineswegs unsere Weltanschauung und Gesellschaftsordnung aufzwingen, sondern alles ausschließlich auf die nationale Einheit abstellen.

Zur Vereinigung des Landes schlägt unsere Partei die Gründung einer konföderativen Republik vor, in der Nord und Süd bei gegenseitiger Anerkennung der in den beiden Zonen existierenden Weltanschauungen und Gesellschaftsordnungen eine einheitliche Landesregierung bilden werden, der mit gleichen Rechten Vertreter des Nordens und des Südens angehören und unter deren Leitung der Norden und der Süden mit gleichen Befugnissen und Pflichten eine regionale Selbstverwaltung ausüben werden.

Empfehlenswert wäre es, im konföderativen Einheitsstaat eine oberste konföderative Nationalversammlung aus gleich vielen Vertretern von Nord und Süd sowie einer gewissen Zahl von Vertretern unserer Landsleute im Ausland zu bilden und dieser Versammlung einen permanenten konföderativen Ausschuß beizugeben, der die regionalen Regierungen von Nord und Süd leiten und für

Die amerikanisch-koreanischen Manöver

Jahr	Stärke der Truppen (darunter der US-Truppen) in Tausenden	Dauer
1976	46(8)	10 Tage
1977	87(13)	15 Tage
1978	118(45)	17 Tage
1979	140(56)	18 Tage
1980	160(54)	50 Tage
1981	161 (61,5)	69 Tage
1982	169(61,6)	73 Tage
1983	191,7(73,7)	75 Tage
1984	207,5(60)	76 Tage
1985	200(*)	Von Februar bis Mitte April
1986	200(60)	vom 10. Februar bis 25. April
1987	200(65**)	vom 19. Februar bis Mitte Mai

* Angaben fehlen
** schätzungsweise



Zum Unterschied von Touristen dürfen US-Militärs das "Haus der Freiheit" gratis betreten

alle Angelegenheiten des konföderativen Staates zuständig sein wird."

Jeder Koreaner weiß, daß Koryo im 10.—14. Jahrhundert ein mächtiger Staat war und dem jetzigen Korea seinen Namen hinterließ. Der Gedanke, auch die konföderative Republik so zu nennen, zeugt von dem Bestreben, auf der Halbinsel einen mächtigen und gedeihenden Staat aufzubauen. Das Angebot der KDVR-Führung ist sehr detailliert, es umfaßt 10 Punkte, die für die künftige Politik der Republik Koryo bestimmend sein sollen.

Sie muß unbedingt selbständig sein und in jeder Hinsicht eine selbständige Politik betreiben. Sie muß im ganzen Land und in allen Bevölkerungsschichten für Demokratie sorgen und auf die nationale Konsolidierung hinwirken. Auch muß sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Nord und Süd in die Wege leiten und die selbständige Entwicklung der nationalen Wirtschaft gewährleisten. Eine Zusammenarbeit in Wissenschaft, Kultur und Bildungswesen ist anzubahnen. Wissenschaft, Technik und die Nationalkultur sind nach einheitlichem Plan zu fördern. Und noch eine Aufgabe: die Wiederherstellung des Verkehrs und des Fernmeldewesens zwischen Nord und Süd. Die Republik hat für das Wohlergehen der Werktätigen zu sorgen. Die militärische Nord-Süd-Konfrontation muß ein Ende haben, man muß eine nationale Einheitsarmee aufstellen, die die Nation gegen Angriffe von außen zu schützen haben wird. Die Konföderation muß auch die Rechte aller Koreaner im Ausland wahren. Die Republik Koryo muß über

ihre internationalen Beziehungen, die Nord und Süd vor der Vereinigung mit Drittländern anknüpfen, richtig entscheiden. Sie muß das weltpolitische Wirken der beiden Regionalregierungen aufeinander abstimmen. Punkt 10 besagt, daß Koryo als Einheitsstaat, der die ganze Nation repräsentiert, freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern der Welt anstreben und eine Friedenspolitik betreiben muß.

Einige Bestimmungen des Programms wirken etwas deklarativ, jedenfalls gibt es so etwas auf der ganzen Welt nicht. Im großen und ganzen geht es darum, Nord und Süd einander näherzubringen, auch für jeden unvoreingenommenen Politiker oder Kulturpolitiker, der die Situation auf der Halbinsel auch nur halbwegs kennt, sollen diese Vorschläge das Programm für die Verhandlungen über den Zusammenschluß sein. Leider zeigt Südkorea kein sonderliches Interesse an einer Bereinigung der Kardinalfrage. Statt der anderen Seite entgegenzukommen, geht man rückwärts oder bestenfalls zur Seite. Ist die "Initiative" Süls etwa sinnvoll, daß die KDVR und Südkorea gleichzeitig der UNO beitreten sollen? Das kann den Zusammenschluß doch in keiner Weise voranbringen.

Im Gegensatz zu den wiederholten Forderungen der KDVR, Washington solle endlich aufhören, sich in die Angelegenheiten Koreas einzumischen, beteiligt sich Söl bereitwillig an den alljährlichen Team-Spirit-Manövern (s. Tabelle). Wie hat es auf die jüngsten Initiativen Nordkoreas, namentlich auf die bilateralen Gipfelverhandlungen, reagiert? Mit einer Verleumdungskampagne. In den Massenmedien wurde die Lüge breitgetreten, Pjöngjang wolle die Hauptstadt Südkoreas überschwemmen. Angeblich zu diesem Zweck wird nördlich des 38. Breitengrads ein Stausee angelegt. Das geschieht aber, weil es für das normale Funktionieren des im Bau befindlichen Wasserkraftwerks von Kumgangsan notwendig ist. Man will das Mißtrauen gegen Volkskorea steigern und es als aggressiven Staat hinstellen, der Südkorea um jeden Preis schädigen möchte.

Schreckgespenst Wasser

Vieles widerlegt diese Propaganda. Nehmen wir auch nur eine Tatsache, die mit dem Wasser zusammenhängt. Wir haben sie von Pak Yong Su, dem Vizevorsitzenden des Komitees für friedliche Vereinigung des Landes, erfahren.

1984 kam es im Süden zur schwersten Überschwemmung seit 300 Jahren. 500 Menschen fanden den Tod, etwa 300 000 wurden obdachlos. Die Regierung der KDVR beschloß, den Opfern zu helfen. Von dem durch das Rote Kreuz übermit-

telten Angebot erfuhr man in Südkorea, und die Behörden Südkoreas zeigten sich, wahrscheinlich aus Angst vor Unruhen, bereit, die Hilfe anzunehmen. Sie verlangten aber, daß die Nahrungs- und anderen Hilfsmittel innerhalb einer Woche geliefert werden. Wahrscheinlich rechneten sie darauf, daß die Wirtschaft der KDVR diesem Tempo nicht gewachsen sei. Termingerech wurden aber 7300 t Reis, 100 000 t Zement, 150 000 m Stoff sowie viele Medikamente nach Südkorea abgefertigt. Die Schenkung milderte die Leiden vieler tausend Opfer.

Jetzt benutzt Söl die Angst vor einer Überschwemmung und verbreitet die Lüge, Nordkorea bereite einen "Wogenschlag" gegen die Hauptstadt vor. Der "Wogenschlag" hat zwar nichts mit der Wirklichkeit zu tun, um so mehr aber haben es die Schläge der an Team-Spirit beteiligten US-Luftwaffe. Zu den Opfern dieser Manöver gehören die 1984 in Panmunjon begonnenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Nord und Süd und das Vorbereitungsstadium von Verhandlungen der Gesellschaften vom Roten Kreuz. Die Worte der Sitzungsteilnehmer wurden buchstäblich vom Heulen der US-Kriegstechnik übertönt, denn wieder begannen großangelegte Manöver und brachen die Verhandlungen ab. Ebenso erging es der neuen Runde dieser Kontakte, die 1985 anlief. Sie mußte im Februar 1986 aus demselben Grunde abgebrochen werden.

Im April d. J. kam beim Donnern der Geschütze aus dem Süden die Antwort auf die neueste Botschaft Pjöngjangs. Wieder gab Söl zu verstehen, daß man ein Gipfeltreffen keineswegs beabsichtige und daß Ministerberatungen zur Vorbereitung eines solchen Treffens unerwünscht seien (das Angebot war in einem Schreiben der KDVR-Führung vom 30. März enthalten).

Für das politische und soziale Leben in Volkskorea ist die Sorge ausschlaggebend, die Spaltung zu beheben und das Volk zu vereinen. Darauf ist vor allem auch die Außenpolitik der Partei der Arbeit ausgerichtet. Das Komitee für friedliche Vereinigung des Landes und das Rote Kreuz bemühen sich beharrlich darum. Ebenso die Demokratische Vaterländische Einheitsfront, der alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen angehören. Wie Ho Song Hi, ein hoher Funktionär der Front, hervorhob, sieht sie ihre Hauptaufgabe darin, für den Abzug der US-Truppen aus Südkorea, für dessen Demokratisierung, für die friedliche Vereinigung des Landes zu kämpfen und in diesen Kampf alle Landsleute innerhalb und außerhalb Koreas einzubeziehen.

An dem durch das Mikrophonkabel geteilten Verhandlungstisch im blauen



Oberstleutnant Kam Ho Suk sagt: "Ohne den heutigen Nebel könnten Sie die amerikanischen nuklearen Stützpunkte erkennen."

Haus auf dem 38. Breitengrad sitzt niemand. Wir setzen uns hin und fotografieren einander zum Andenken. Die Fotos werden einmal historischen Wert haben, nämlich dann, wenn sich der 38. Breitengrad weder vom 37. noch vom 39. Breitengrad unterscheiden und das Land geeint sein wird.

Die Mauer

Wir treten aus dem kleinen Haus und bemerken, daß auf der anderen Seite etwas vorgeht. Auf einem als Pagode aufgemachten Aussichtsplattform stehen etwa 50 US-Militärs, jeder zweite mit einer auf uns gerichteten Kamera. Die "Pagode" trägt den anspruchsvollen Namen "Haus der Freiheit" und ist recht einträglich. Touristen müssen pro Person 16 Dollar dafür zahlen, auf unsere Seite herübersehen zu können. Die US-Militärs fühlen sich unverkennbar nicht als Touristen, sondern als die Herren. Sie haben bestimmt nichts zu zahlen brauchen.

Leutnant Li Jong Ho sagt uns: "Zu beiden Seiten der Linie dürfen laut Abkommen je 5 Offiziere und 30 Soldaten stehen. Die Amerikaner scheren sich nicht darum, sie haben hier ständig über 50 Mann. Provokationen sind keine Seltenheit. Sie zücken ihre Pistolen, zielen auf unsere Grenzer und blenden sie mit Scheinwerfern."

Seit 1953 haben die Amerikaner fast 500 000mal gegen den Waffenstillstand verstoßen, im Februar d. J. 7700mal. Von Januar bis März sind Spionageflugzeuge

der USA 30mal in den Luftraum der KDVR eingedrungen.

Das Schlimmste zeigte uns Oberstleutnant Kam Ho Suk, mit dem wir uns beim Dorfe Gukhwa ebenfalls bei Kaesong trafen. Durch ein Scherenfernrohr unterm Dach eines betonierten Aussichtsplateaus sahen wir deutlich eine dicke Mauer, die die Amerikaner jenseits der Demarkationslinie gebaut haben. Davor weht die hellblaue UNO-Flagge. Die Mauer ist 6 m hoch, am Fuße 10 und oben 2 m dick

und 240 km lang. Sie zieht sich also die ganze Grenzlinie zwischen Nord und Süd mit einer 17 km breiten Lücke im Raum von Panmunjon hin, mit der man verhüten will, daß die Mauer Vertretern von Weltorganisationen und Delegierten ins Auge fällt. Sie verstößt nämlich schwer gegen das Waffenstillstandsabkommen, das in dieser Region Bauarbeiten verbietet (ebenso wie die Anlieferung von Waffen, — die Amerikaner liefern trotzdem sogar schwere Waffen an). Die, die Mauer bauten, behaupten, sie hätten es nur zu Verteidigungszwecken getan, die amerikanischen und südkoreanischen Truppen seien nur um den Schutz vor einer Aggression des Nordens bemüht.

Kam Ho Suk sagte: "Wenn das so ist, wozu hat die Mauer dann mit dicken Eisenplatten verdeckte Durchgänge? Sie sind 3,2 m hoch und 4,2 m breit, so daß ein moderner Panzer durchfahren kann", erläutert der Oberstleutnant. "Ohne den heutigen Nebel könnten Sie auch die amerikanischen nuklearen Stützpunkte erkennen." Er schweigt, und wir hören wieder die fernen Geschosbeinschläge. Jenseits der Mauer wird scharf geschossen. Worauf bereitet man sich dort vor? Darüber berichten wir das nächste Mal.

W. SHITOMIRSKI,
L. MLETCHIN

NZ-Sonderkorrespondenten
Panmunjon—Pjöngjang—Moskau
Fotos der Verfasser

BIOGRAPHISCHES

Ministerpräsident Finnlands

HARRI HOLKERI



Die neue Regierung Finnlands wird von einem Vertreter der Nationalen Koalitionspartei (NKP), Harri Holkeri, geleitet.

H. Holkeri wurde am 6. Januar 1937 in Oripää (im Südwesten des Landes) geboren. 1962 absolvierte er die Universität, promovierte zum Doktor der Staatswissenschaften.

1959 wurde er Sekretär des Bundes der jungen Koalitionäre (BJK), dann Sekretär des BJK für Informationsfragen.

1962—1964 Sekretär der NKP für Informationsfragen, dann Sekretär der NKP für Forschungsfragen. 1965—1971 Generalsekretär der NKP und Chefredakteur ihres offiziellen Sprachrohrs "Nykypäivä". 1971—1979 Vorsitzender der NKP.

Seit 1978 gehört Holkeri dem Direktorat der Finnischen Bank an.

1970 wurde er ins Parlament gewählt. 1971—1978 Vorsitzender

des Bankausschusses des Parlaments. H. Holkeri gehört dem Zentralvorstand der Gesellschaft Finnland--Sowjetunion an. Er ist Vorsitzender des Stadtrates von Helsinki. 1986 wurde H. Holkeri als Kandidat der NKP für das Amt des Staatsoberhauptes bei den Präsidentschaftswahlen 1988 nominiert.

H. Holkeri bekundet seine Unterstützung für die jetzige Außenpolitik des Landes — die "Paasikivi-Kekkonen-Linie" sowie den sowjetisch-finnischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948.

In Italien ist das Untersuchungsverfahren in Sachen des Staatsmannes Aldo Moro, Vorsitzenden der regierenden Christlich-Demokratischen Partei, wiederaufgenommen worden. Moro wurde 1978 von Angehörigen der "Roten Brigaden" (BR) ermordet. Alle früheren Untersuchungen hatten die Frage offen gelassen, wer hinter dem Verbrechen steckte.

Ausstieg über Vicenza

Lew MAKAREWITSCH

Aldo Moro wußte etwa 24 Stunden vorher, daß er ermordet werden sollte.

Am 8. Mai 1978 schrieb er abends einen Abschiedsbrief an seine Frau Eleonora, der so begann: "Liebe Noretta, noch ein letzter Versuch, dann, mit meinem letzten Atemzug, ein Gebet..."

Am 9. Mai im Morgengrauen wurde dem Gefangenen die Kleidung zurückgegeben, die er am 16. März 1978 bei seiner Entführung von der via Fani in Rom, getragen hatte. Also stand ihm sein letzter Weg bevor.

An jenem Morgen aß Moro nichts. Überhaupt hatte er in den 55 Tagen seiner Haft im sogenannten Volksgefängnis der BR keinen Appetit gehabt und sechs Kilo abgenommen. Bei den Mißhandlungen waren ihm einige Rippen gebrochen worden, so daß ihn das Atmen und Schlucken schmerzte.

Er wurde hinausgeführt und im Kofferraum eines roten Renault unter einem apfelsinenfarbenen Plaid verstaut. Danach erschoss ihn der Mörder aus nächster Nähe, vom rechten Rücksitz aus.

In der linken Brusthälfte steckten elf Kugeln. Später schrieben die Zeitungen, auf Moros Herz sei eine MPi-Salve abgegeben worden. Das stimmte nicht. Zehn Schüsse waren mit einer Beretta 7,65 und der letzte Schuß war mit einem Colt 9 in kurzen Abständen abgefeuert worden.

Auf Moros Hemd entstand ein 18 cm

langer und 13 cm breiter Blutfleck. Die linke Hand, mit der er sich instinktiv zu schützen versuchte, war an zwei Stellen durchschossen.

Die Wunden waren mit Taschentüchern sorgfältig abgetupft worden.

Das Blut floß langsam, aber stetig, Moro verlor ungefähr einen Liter. Die Agonie dauerte etwa 15 Minuten, war aber nicht qualvoll, denn Moro war bewußtlos.

Weder im Prozeß gegen Rotbrigadler noch in der parlamentarischen Untersuchung wurden die Namen derer genannt, die hinter den Terroristen gesteckt hatten.

Moro selbst ahnte, wo die Anstifter seiner Entführung zu suchen waren. In einem Brief aus dem Kerker vom 10. April 1978, in dem er auf das Widerstreben seiner Parteikollegen einging, mit den Rotbrigadlern über seine Freilassung zu verhandeln, schrieb er: "Mag sein, daß hinter dieser Härte mir gegenüber ein amerikanischer oder bundesdeutscher Einfluß steckt."

Das kam der Wahrheit sehr nahe. Den amerikanischen Falken war Moro verhaßt, und das aus mehreren Gründen: wegen seines Zusammenwirkens mit der IKP, seines Strebens nach Entspannung und nach besseren Beziehungen zu Moskau, wegen der Ausdehnung der Verbindungen mit den arabischen Ländern und der PLO und schließlich wegen seiner

Versuche, Italiens Selbständigkeit den USA gegenüber zu behaupten, die gewöhnt sind, die Länder der Alten Welt als Anhängsel Amerikas, des "Herrn der Welt", anzusehen.

Noch jetzt ist der Anteil der US-Geheimdienste an der Ermordung Moros in Italien ein verbotenes Thema. Kein einziger Untersuchungsrichter wagte es, der amerikanischen Spur nachzugehen oder auch nur einen Blick darauf zu werfen. Ob sie es diesmal wagen werden? In den letzten 9 Jahren sind so viele Indizien und Fakten ans Licht gekommen, daß es höchste Zeit wäre, das verhängte Verbot zu übertreten.

Heimlicher Krieg

Die Nachrichtenagentur der Antillen gab folgende Kurzmeldung durch: Ronald Stark gestorben.

An diesen Amerikaner erinnert man sich in Italien genau. Er war der erste US-Amerikaner, dem die italienische Justiz offiziell die Aufstellung bewaffneter Banden zur Last legte — eine Anklage, wie sie gegen einen Ausländer nur selten erhoben wird. Die Begründung lautete, er stehe mit den Rädelsführern der "Roten Brigaden" in enger Verbindung.

Da der Fall Stark streng geheimgehalten wurde, war lange unbekannt, wie er in die BR einschleuste und wie er dort verwendet wurde. Jetzt weiß man genug, um sich ein detaillierteres Bild von den Methoden zu machen, mit denen die USA in Italien einen Geheimkrieg führen.

Kommen wir auf die 60er Jahre zurück. Stark war in Kalifornien mit Hippies verbunden und der "treueste Kamerad" Timothy Learys, des Dichters und "LSD-Verfechters", der die Losung ausgegeben hatte: "Unsere Mission ist es, Rauschgifte zu verbreiten!"

Nicht ganz so populär war der "Chemiker" Stark beim FBI-Büro. Es führte ihn in einer dicken Akte als Rauschgifthändler: "Personalien — Stark, Weißer, Wuchs — 5 Fuß 8 Zoll, Gewicht — 180 Pfund, Haar — braun, Augen — braun. Geboren am 9. April 1938 in New York. FBI Nr. 812 020 E, S/S Nr. 053-30-3865".

Die erste Spur derer, für die sich der "beste Freund" der Hippies so anstrenge, sieht so aus: "FBI-Karte vom 24. September 1962. ... Mitteilung über Arbeit für die US-Regierung."

1970. New York. Die Justiz machte noch ein Verfahren gegen ihn anhängig. Dieselbe Beschuldigung: Fabrikmäßige Herstellung von LSD in einem Geheimlabor für dieselbe Kundschaft — Hippies,

Vagebunden und Süchtige. Und wieder wie schon bei der Berufungsinstanz: "In den Aussagen über das Laboratorium scheint Stark in einem sonderbaren Licht auf. Vielen stellte er sich als Mediziner, Chemiker, Millionär oder als Beamter der Regierungs-Geheimdienste vor."

Die Gleichung Rauschgifte + Hippies = Geheimdienste ruft sofort die strenggeheimen Experimente der CIA in Erinnerung, bei denen mit Hilfe von LSD und anderen Mitteln (mit dem "Artischocken-Programm", dem "MK-Ultra und der "MK-Suchaktion") die menschliche Psyche manipuliert wurde, wobei auch Hippies als Versuchskaninchen benutzt wurden. Hatte sich Stark vielleicht darum bei ihnen eingeschleust?

Mag sein, daß er auch an einem anderen Vorhaben Langleys teilgenommen hat: daran, mit Hilfe einer Mafia große Rauschgiftmengen auf dem Schwarzmarkt zu vertreiben, gerade als die Aktionen der Jugend gegen den Vietnamkrieg besonders heftig wurden. Damit wollte man die Antikriegsbewegung in Mißkredit bringen und dem Protest der Jugend die politische Spitze abbrechen.

In jener Zeit wurzelt das Rauschgiftgeschäft der CIA, das sich bei den jüngsten Enthüllungen im Iran-Contras-Skandal plötzlich wieder in Erinnerung gebracht hat. Ist es etwa ein Zufall, daß viele jetzige "Rotbrigadler" in den Heroinhandel verwickelt sind? Noch dazu vor der Nase Langleys? Aber kommen wir auf Stark zurück.

1971. Der "Chemiker" ging nach Europa, zuerst nach Belgien. Er hob bei Schweizer Banken von Geheimkonten, von denen unbekannt ist, wer sie angelegt hat, 300 000 Dollar ab und zog wieder ein Labor für starke Rauschgifte aus mexikanischen Pilzen auf. Die Anschrift lautete: "Wavre 1300, Bois de Lauzelle, Laboratoires le Clocheton".

Die US-Behörden ließen Stark nicht aus den Augen. Charles Adams von der US-Botschaft in London schrieb ihm regelmäßig persönliche Briefe mit dem freundschaftlichen Anfang: "Lieber Ron!" Ihre Freundschaft wurde durch große Schecks besiegelt.

1972. Paris. Zwei Agenten der US-Geheimdienste suchten Starks Anwalt auf. Danach dehnte der "Dozent" seine Tätigkeit wesentlich aus, zuerst auf Holland und Italien, später auf Nahost. Im Libanon interessierte er sich lebhaft für das Bekaa-Tal, wo Schlafmohn gepflanzt wird, und für die Palästinenser.

1973. das vierte Jahr des arabisch-israelischen Krieges. Beirut. Ronald Stark sucht in der Umgebung des Imam Moussa Sadr Fuß zu fassen, der die Bewegung der Schiiten anführte. Sadr und seine damaligen Kontakte zur PLO störten Washington und Tel Aviv sehr. Sie spannen gegen den Imam komplizierte Intrigen. Am 31. August 1978 fand Sadr unter ungeklärten Umständen den Tod.

1974. Mailand. Stark sucht Kontakt zu

ultralinken Terroristen. Diese traten allmählich an die Stelle der Neofaschisten, die selbst mit Putschdrohungen nicht vermocht hatten, den zunehmenden Einfluß der Kommunisten zu stoppen. Dieser Einfluß nahm weiter zu und alarmierte Washington sehr, namentlich angesichts der damaligen Schwierigkeiten der NATO und der USA in Europa.

Der "stille Amerikaner" tauschte seinen strengen Anzug mit einer Hippiekluft aus, verschwand aus den Luxushotels und trieb sich auf den von Rauschgiftsüchtigen und Ultralinken frequentierten Märkten der Randbezirke herum.

Um das Vertrauen der "Alchimisten der Revolution" zu erwerben, rühmte sich Stark seiner Verbindungen mit ausländischen Terrororganisationen. Er kam zu den doklassierten Elementen mit phantastischen Plänen für die Befreiung der "Häftlinge des Kapitalismus" aus den Gefängnissen und warb Leute an, die er brauchte.

1975. Bologna. Auf eine anonyme Denunziation hin (die, wie die Zeitung "Giorno" später annahm, von rivalisierenden Mafiaklans stammte) nahm die Polizei den "Chemiker" in dem luxuriösen "Grand Hotel Baglioni" wegen Rauschgiftschmuggels fest.

Januar 1976. Im Auftrag seiner Vorgesetzten bereiste Alberto Mattioli, Chef des Fahndungsdienstes beim Polizeipräsidium von Bologna, mit Starks Foto in der Tasche Belgien, Holland und den Libanon. Er sollte möglichst viele Informationen über Stark einholen.

Mattioli machte reiche Beute. Er lieferte der Justiz eine Menge Indizien, Fakten und Namen, die Stark betrafen. Eine Spur führte zu dem Libanesen Chowcat El Masri, einem in Nahost bekannten Rauschgifterzeuger und -händler. Die Untersuchung war schwierig. Mattioli mußte viele Hindernisse nehmen, und das ohne jede Hilfe der Behörden Bolognas. Im Libanon wäre er um ein Haar erschossen worden.

Aktivitäten der Gruppe 14

Und Stark? Hinter Gittern ging mit dem „Milliärdär“ Merkwürdiges vor. Er wurde von Stadt zu Stadt überführt. Im Dezember 1976 kam er ins Gefängnis von Pisa. In der Zelle bekam er bald einen Mitinsassen: Renato Curcio, den Gründer und "historischen Führer" der BR. Ein Zufall?

Nichts bringt zünftige Leute in so engen Kontakt wie Poker auf dem Klosettdeckel. Ronald Stark gab sich als der Palästinenser Ali Khoury aus, beschwätzte den Terroristen und wurde sogar sein bester Freund.

April 1977. Wieder Bologna. Das Stadtgefängnis war mit Ultralinken überbelegt, die einen Monat vorher bei Jugendtumulten in dieser "Hochburg der



Der CIA war er verhaft.

Foto aus: „Europeo“ (Italien)

IKP“ randaliert hatten. Unter den Ultralinken war Stark in seinem Element. Auch ihnen kam er mit Fluchtplänen und Anschriften nahöstlicher Militärlager.

In ein paar Monaten wurde der "Dozent" wichtigster Verbindungsmann der einsitzenden Terroristen. Bei ihm liefen alle Informationen zusammen, die sie mit ihren in Freiheit befindlichen Kumpanen austauschten.

1978. Mit Moros Beistand bereitete sich die IKP auf den Eintritt in die Parlamentsmajorität vor, auf die sich die Regierung stützte. Aus den USA und von der NATO kamen andauernd Drohungen.

Am 16. März 1978 entführten die BR Moro, als er sich morgens ins Parlament begab, wo an diesem Tag der von den Kommunisten unterstützten Regierung der "nationalen Solidarität" das Vertrauen ausgesprochen werden sollte.

Besonders genau verfolgte Stark in der Presse und aus Erzählungen von Terroristen, wie nach Moro gefahndet wurde. Am 9. Mai 1978 gerieten die Häftlinge in ungewöhnliche Aufregung: In Rom, auf der via Caetani, war im Kofferraum eines Renault Moros Leiche gefunden worden. Die Jagd — von jetzt an nach den Mördern — ging weiter, und Stark bemühte sich, ständig auf dem laufenden zu sein — etwa um dem "Wild" zu helfen, den Verfolgern zu entgehen?

Nach den Informationen, die Stark einholte, gierten Beamte des US-Konsulats in Florenz, die ihn häufig besuchten

und deren Ausweise alle Türen vor ihnen auftaten. "Wir haben keinerlei Geheimnisse", erklärte John Shirley, ein offizieller Vertreter der US-Botschaft in Rom. "Wir sind verpflichtet, jedem Landsmann zu helfen, der im Gefängnis ist."

Richter Claudio Nunziata konnten solche Antworten nicht überzeugen. Er beauftragte Ende Juni 1978 Graziano Gori, den Chef des Sicherheitsdienstes in Bologna, die merkwürdigen Kontakte zu untersuchen. Einige Tage später, am 4. Juli, fand Gori bei einem Autounfall den Tod.

Im August wartete die Presse Italiens auf US-Weisung mit einer Sensation auf: Die Waffe, die die BR bei Moros Entführung benutzten, hatten sie bei der PLO gekauft, mit der Moro in freundschaftlichem Verhältnis stand. Steckte der "Palästinenser" Stark dahinter? Die PLO-Führung brandmarkte diese "Hinterlist", aber die Zeitungsente flog schon. So wurde Moro zum zweiten Mal ermordet.

Am 12. Oktober beschloß Richter Nunziata der "großen Safari" des "Dozenten" durch den Dschungel des italienischen Terrorismus ein Ende zu machen. Stark wurde offiziell der Aufstellung bewaffneter Banden angeklagt. In seiner Zelle wurden aus einem raffiniert angelegten Versteck zahlreiche Geheimdokumente der BR, Briefe ihrer Killer und Chiffren für die Verständigung von Häftlingen miteinander hervorgeholt. Neuerliche Verhöre, aber Stark schwieg.

Januar 1979. Nach der Ermordung Moros trugen die Rechten ihren Gegenangriff an allen Fronten, auch im Parlament, vor. Die IKP mußte aus der Koalition ausscheiden, auf die sich die Regierung stützte. Das Kabinett trat zurück. Die Versuche, ein neues zu bilden, schlugen fehl. Im April wurden vorfristige Wahlen angesetzt (sie fanden im Sommer statt, die Kommunisten hatten Verluste, und die erstarkten "Atlantiker" gingen dazu über, Italien auf den proamerikanischen Kurs zu bringen).

Am 11. April sprach Richter Florida in Bologna Stark aller Anschuldigungen frei und entließ ihn aus der Haft, weil der "Chemiker" offiziell gestanden hatte, im Sonderauftrag der CIA zu stehen und der "Gruppe 14" anzugehören, die für illegale Operationen aus Terroristen und Mafiosi gebildet worden war und ihr Hauptquartier im Libanon hatte.

Als Stark im Polizeipräsidium erschien, um sich zu melden, erklärte er, daß er dringend zum Verhör nach Bologna fahren müsse. Seitdem ist er verschwunden.

DIA-Agent auf der via Fani

Man erinnerte sich Starks ein Jahr später, als der Parlamentskommission zur Untersuchung des Falles Moro zwei aufschlußreiche Schriftstücke vorlagen.

... Am 15. Mai 1979 läutete bei der

Nachrichtenagentur ANSA in Florenz um 22.05 Uhr das Telefon, und jemand sagte gedehnt und verschwörerisch:

"Ich habe Ihnen etwas Wichtiges mitzuteilen. Suchen Sie in einer Telefonzelle auf der Piazza Oberdan."

Um 23.00 Uhr bekam die Redaktion der Zeitung "La Nazione" den gleichen Anruf, nur daß der Unbekannte eine Telefonzelle auf der Piazza Beccaria angab.

Reporter und Polizisten stürzten hin — beide Plätze sind in der Nähe —, und tatsächlich fanden sie je ein Schreiben. Nur 20 handgeschriebene Zeilen mit Fehlern, aber der Inhalt lohnte. Das Schreiben enthielt sensationelle Einzelheiten über die Ermordung Moros. Weiter hieß es da:

"Mein Italienisch ist nicht allzu gut. Fragen Sie nicht, warum gerade jetzt diese Einzelheiten. Entscheiden Sie selbst, ob sie stimmen oder nicht. Ich will nicht beichten, teile nur nackte Tatsachen mit."

Der Mann, der das Gemetzel auf der via Fani anstiftete, ist ein Italoamerikaner und guter Freund Ronald Starks, der unter Polizeischutz steht. Er heißt David, ist am 18. März 1954 in San Diego, Kalifornien, geboren. Augen blau, Wuchs 1,77 m, Haar braun, Körperbau durchschnittlich. Manchmal Schnurrbart. Früher Marineinfanterist. Hauptmann. Diente bei den Grünen Baretten.

Jetzt Militärberater bei der DIA" (Erkundungsamt des US-Verteidigungsministeriums) "in der BRD. Der einzige hohe Beamte" (US-Agent in Italien?), "der persönlich den Hinterhalt auf der via Fani legte und Moros Entführung durch polizeibekannte Komplizen anstiftete. An Moros Hinrichtung unbeteiligt. Bis vor kurzem lebte er in Rom, aber hielt sich oft illegal in Mailand auf."

Mit einem Haftbefehl ausgerüstet, suchten Polizisten den Italoamerikaner mit Decknamen David in Rom, Mailand, Florenz und Bologna. Umsonst. Dann suchten sie Stark, der, dem Informanten zufolge, ein Freund Davids sein sollte. Ebenfalls umsonst.

In Italien ist aber schwer etwas geheimzuhalten. Irgendwie gelangte in die Presse, daß Stark mit einem US-Militärflugzeug aus Italien über den NATO-Stützpunkt in Vicenza fortgebracht worden war.

Ronald Stark und Hauptmann David waren nicht die einzigen Agenten, die unter die italienischen Terroristen eingeschleust wurden, welche Washington verhindern helfen, daß sich Italien aus der "Freiheit unter Aufsicht" befreit. Man kann noch andere nennen, z. B. Marcus Raskin, den Generaldirektor des Instituts für politische Forschungen (eine von den Rockefellers finanzierte Privatkörperschaft), der seinerzeit ein Auge auf den BR-Häuptling Curcio warf; Eddie Grevill, der in Langley für die Terroristenwerbung zuständig war; Erick Fullbright, Leiter des Verbin-

dungsdienstes zwischen CIA und extremistischen Gruppen; ferner Rene Polanski, Silvano Giotto, Corrado Simioni und Giovanni Senzani.

Und schließlich Mario Moretti, der bei der Aktion auf der via Fani kommandierte und am Steuer des Wagens saß, mit dem Moro ins "Volksgefängnis" verschleppt wurde. Wie festgestellt, fuhr der Chef der römischen Brigadler kurz vor dieser Entführung in die USA, gerade als die Interpol in ganz Europa nach ihm fahndete. In den USA hatte er keine Sorgen.

Wenn der Zeitung "Repubblica" zu glauben ist, hat Moretti in Paris ständig das Sprachinstitut Hyperion besucht. Dieses soll mit zahlreichen Terrororganisationen, angefangen von den BR bis zur spanischen ETA und zur französischen Action directe, in enger Verbindung stehen und der wichtigste Unterschlupf der CIA in Westeuropa sein.

Jetzt sind Moretti, Curcio und andere BR-Chefs in Haft. Die Brigaden aber sind (schon in dritter Generation) nach wie vor aktiv, besonders jetzt, vor den vorfristigen Parlamentswahlen, bei denen viele Politiker auf Moros Ideen von der Selbständigkeit Italiens und überhaupt Westeuropas, von der Entspannung, von einer Nahostregelung und von Beziehungen zur IKP zurückkommen. Das politische Erbe Moros ist unvergänglich, es hat tiefe Wurzeln geschlagen.

Die BR, ja der Terrorismus überhaupt sind nach wie vor eine Trumpfkarte im geopolitischen Spiel Washingtons gegen das europäische "Kraftzentrum". Der Zweikampf zwischen ihnen entspinnt sich in den verschiedensten Bereichen, auch im militärischen. Dazu sagt Ugo Pecchioli, Mitglied der IKP-Leitung und Vizevorsitzender des Parlamentsausschusses, der die Geheimdienste zu kontrollieren hat:

"Denken wir einmal über die Situation in Europa nach. In den Ländern des Westens wird viel über die Autonomie der Alten Welt auch im Bereich ihrer Sicherheit und folglich auch ihrer Rüstungen diskutiert. Eine Lockerung der Abhängigkeit von der Strategie und Militärmaschinerie der USA deutet sich an. Die Konfrontation der Interessen ist kolossal, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn im Laufe des Konflikts Schläge ausgeteilt werden."

Und weiter:

"Sehen Sie sich die jüngsten Verbrechen der 'neuen' BR an: die Ermordung Lando Contis, Exbürgermeisters von Florenz, der Aktien von Rüstungsbetrieben besaß; ferner General Giorgieris, der für die Kontrakte zwischen der Armee Italiens und der" (westeuropäischen) "Rüstungsindustrie zuständig war. Repräsentanten anderer Staaten Westeuropas, die sich ähnlich betätigten, sind unlängst" (von ultralinken Terroristen) "ermordet worden. Ein purer Zufall?"

Viele Tatsachen des Falles Moro widerlegen das.

Wolken über Fidschi

Nina LEBEDEWA

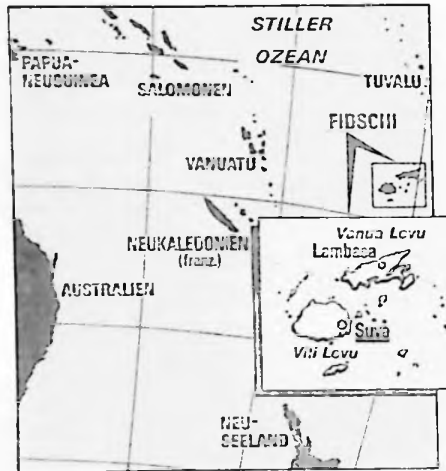
Die Weltpresse hat sich mit Fidschi wohl noch nie so eingehend wie in der zweiten Mai-Hälfte dieses Jahres befaßt. Warum? In dem jungen unabhängigen Staat, in dem die parlamentarische Demokratie tief verwurzelt zu sein schien, kam es zu einem Staatsstreich, dem ersten nicht nur dort, sondern überhaupt in jenem Teil des Südpazifik, der im Vertrag von Rarotonga zur kernwaffenfreien Zone erklärt worden ist.

Fidschi ist ein winziges, weltbegeschiedenes Land, von dem es in australischen, amerikanischen und japanischen Reiseprospekten heißt: "Besuchen Sie Fidschi, eine Perle der Südsee, ein Paradies auf Erden!" Man könnte bei solcher Reklame glauben, daß das Leben dort idyllisch sei. Ringsum saftige Farben, das Klima mild und gesund. In den Küstengewässern wimmelt es von Fischen, Krabben, Garnelen und Seegurken. Das idyllische Bild ist jedoch trügerisch. Die Bewohner der Fidschiinseln, deren Geschichte vielfach tragisch ist, haben viele Sorgen und Kümernisse, erst recht jetzt, nach dem Putsch.

Die Inseln liegen fast 2000 km südlich des Äquators im Nordwesten des Pazifik. Von den insgesamt 322 sind 150 bewohnt. Sie haben eine Gesamtfläche von 18 200 Quadratkilometern und sind damit nur halb so groß wie die Schweiz. Jetzt zählen sie über 700 000 Bewohner.

Als ich mit einer sowjetischen Touristengruppe auf dem Luftweg die Hauptstadt Suva erreichte, wunderten wir uns über die Vielsprachigkeit der Passanten in den Straßen. Die Statistik macht über die nationale Zusammensetzung folgende Angaben: 49 Prozent stammen aus verschiedenen Gebieten Indiens (sie sind Nachkommen der von den britischen Kolonialisten auf die dortigen Zuckerplantagen gebrachten Inder), 47 sind Ureinwohner (melanesischer Rasse), und außerdem gibt es eine geringe Anzahl von Zuwanderern aus China und von benachbarten Pazifikinseln sowie Europäer aus Australien und Neuseeland.

Die Inseln waren seit 1874 96 Jahre lang britische Kolonie. Um sie möglichst lange behalten zu können, machten sich die Kolonialherren die sozialen, wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Unterschiede sowie die Gegensätze



zwischen den nationalen Gemeinden weidlich zunutze.

Die Unabhängigkeit Fidschis wurde am 10. Oktober 1970 ausgerufen. Der damals beschlossenen Verfassung zufolge ist es ein souveräner Staat und ein zum britischen Commonwealth gehörendes Dominion. Das Staatsoberhaupt ist die Königin von England, sie wird in Fidschi von einem Generalgouverneur repräsentiert, zu dem sie einen vom Parlament Fidschis empfohlenen einheimischen Politiker ernannt. Der bürgerliche Parlamentarismus ist hier mit einem besonderen Führungssystem nur für die Stammbewohner verbunden. An der Spitze dieser Führung steht der Große Rat der Häuptlinge. Zwar gilt er als Hüter der Traditionen Fidschis, in Wirklichkeit aber wahrt dieses ziemlich konservative Machtorgan die Privilegien des Stammesadels.

Im Staatsapparat sind die Melanesier in der überwiegenden Mehrheit. Die etwa 2000 Mann starke Armee besteht auch fast ausschließlich aus Melanesiern. Ungefähr die Hälfte der Stammbewohner treibt wie herkömmlich Naturalwirtschaft. Zwar gehören ihnen laut Gesetz 85 Prozent des Grund und Bodens, die meisten bestellen ihn aber nicht selbst, sondern verpachten ihn aus Indien stammenden Bauern. Von der indischen Gemeinde baut mehr als die Hälfte Zuckerrohr an oder stellt Zucker her. Die übrigen treiben Handel, sind in der verarbeitenden Industrie und im Bauwesen beschäftigt oder besitzen die meisten Bus- und anderen Verkehrsunternehmen sowie

Kinos und Gaststätten. Unter den Ärzten und Collegelehrern sind die Inder stärker als die Stammbewohner vertreten.

Das Parteiensystem entspricht mehr oder weniger dieser Bevölkerungsstruktur. Die Allianzpartei nimmt die Interessen der Fidschi-Elite, vor allem der Erbhäuptlinge, und in gewissem Grade auch der wohlhabenden Inder und Mischlinge wahr. Sie war bis April d. J. an der Macht und verlor sie nach einer Wahlniederlage. Bei den Wahlen siegte eine Koalition der vor zwei Jahren für Angehörige beliebiger Rassen gegründeten Labour- und der Nationalen Bundespartei. Zu dieser gehören größtenteils indische Bauern, sie setzt sich aber zugleich für eine Konsolidierung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein.

In den 16 Jahren seiner Unabhängigkeit hat Fidschi in verschiedenen Lebensbereichen fraglos gewisse Fortschritte gemacht. Das Bruttonationalprodukt ist angewachsen, und die Zuckerproduktion hat um fast 50 Prozent zugenommen. Nach dem Zucker ist der Fremdenverkehr jetzt die einträglichste Wirtschaftsbranche. Bildungs- und Gesundheitswesen weisen gewisse Fortschritte auf. Zu den akuten Problemen zählen die Inflation und die Arbeitslosigkeit.

Die nationalen Gegensätze haben sich merklich entschärft. Gewerkschafter Fidschis sagten uns, daß sich die zunehmende Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in Industrie und Dienstleistung auf die Verständigung der Bevölkerungsgruppen günstig auswirkt. Früher waren Mischehen selten, jetzt nicht mehr. Es gibt sogar schon gemischte Verbände, die die Gewerkschafts- und Klasseninteressen und nicht diejenigen einzelner Bevölkerungsgruppen verteidigen.

Das Gewicht Fidschis hat, wenn nicht gerade in der Weltpolitik, so doch in der Südsee in verschiedenen Tätigkeitsbereichen merklich zugenommen. In Suva befinden sich die Leitungen des Südpazifik-Forums, das 13 unabhängige Länder und selbstverwaltete Gebiete Ozeaniens erfaßt, sowie des Südpazifik-Büros für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Fidschi beteiligt sich tatkräftig am Ausbau der regionalen Zusammenarbeit.

Als der Vertrag von Rarotonga über die Erklärung des Südpazifik zur kernwaffenfreien Zone zustande kam, ratifizierte ihn Fidschi als eins der ersten Länder. Doch die Regierung der Allianzpartei unter Erbhäuptling Mara unterließ es, US-Kriegsschiffe mit Kernwaffen an Bord des Anlaufens der Häfen Fidschis zu verbieten.

Bei den am 12. April zum Abschluß

gelangten Parlamentswahlen war diese Partei mit der schon lange bestehenden oppositionellen Koalition der Labour- und der Nationalen Bundespartei konfrontiert. Führer der Labourpartei, die Angehörige verschiedener Rassen erfaßt, ist Dr. Timoci Bavadr, ein Stammbewohner der Fidschiinseln. Die Koalition vertrat in ihrem Wahlprogramm energisch eine antinukleare Politik im Pazifik und die Verstaatlichung mehrerer Privatunternehmen.

Wie gesagt, trug die Koalition den Wahlsieg davon und bekam 28 von den 52 Parlamentsmandaten. Bavadr bildete die Regierung, der erstmalig als Minister auch Bewohner Fidschis indischer Herkunft angehörten. Gleich in seiner ersten öffentlichen Ansprache betonte er, die Außenpolitik seiner Regierung werde auf den Grundsätzen der Nichtpaktgebundenheit beruhen. Er bekräftigte, daß Fidschi für einen kernwaffenfreien Pazifik ist, und äußerte die Absicht, "nach dem Vorbild Neuseelands" Schiffen mit Kernwaffen an Bord sowie mit nuklearem Antrieb das Anlaufen der Häfen Fidschis zu verbieten. Darauf meldete ein Korrespondent der "New York Times" aus Suva, daß die Politik Fidschis hinsichtlich der Kriegsschiffe und der Beziehungen zu den USA „höchstwahrscheinlich großen Einfluß auf die ganze Region haben wird“.

Das neue Kabinett hat nur einen Monat fungiert. Am 14. Mai drang eine Truppeneinheit unter Oberstleutnant Rabuka, dem dritt-rangältesten Offizier der Armee Fidschis, in den Sitzungssaal des Parlaments ein. Rabuka rief laut: "Alles

sitzenbleiben! Keiner steht auf!" Das ist ein Umsturz! Herr Ministerpräsident, führen Sie Ihre Leute bitte zum Ausgang!" Die 28 Abgeordneten der Regierungskoalition unter Bavadr wurden festgenommen und mit Militärautos abtransportiert.

Rabuka versuchte, eine eigene Regierung zu bilden, der einige Minister des bei den Wahlen unterlegenen früheren Kabinetts, auch Mara, angehören sollten. Der Große Rat der Häuptlinge stellte sich hinter die Putschisten. Generalgouverneur Ganilau aber lehnte es ab, deren Regierung anzuerkennen. Er verhalf aber auch der früheren, legitim gewählten Regierung Bavadr, deren Minister einige Tage später vollzählig freigelassen wurden, nicht wieder zur Macht. Vielmehr übernahm er selbst die laufenden Regierungsgeschäfte, löste auf Forderung der Putschisten das erst einen Monat vorher gewählte Parlament auf und setzte Neuwahlen an. Auch erklärte er sich mit einer Verfassungsänderung einverstanden. Auf Forderung der führenden Putschisten soll ihre neue Variante garantieren, daß die Gemeinde der Stammbewohner Fidschis die politische Macht behält und daß die Gemeinde der Inder im Parlament (also auch in der Regierung) keine Majorität bekommt.

Unter Ägide des Generalgouverneurs ist ein "Beraterausschuß" gebildet worden, der bis zu den Neuwahlen eigentlich Regierungsfunktionen ausüben wird. Er setzt sich aus 14 Stammbewohnern, 3 Indern und einem Europäer

zusammen. Ein Platz ist Bavadr und seinem Stellvertreter angeboten worden, er hat aber abgelehnt, weil im Ausschuß Repräsentanten von Maras Allianzpartei dominieren, die er bei den Wahlen bekämpft und besiegt hatte. Dem Ausschuß gehört auch Rabuka als "Befehlshaber der Sicherheitskräfte" an, so daß er an die Spitze von Armee und Polizei gestellt worden ist. Dem Komitee für die Verfassungsänderung steht er ebenfalls vor.

In Suva und anderen Städten ist es in den letzten Tagen wiederholt zu Zusammenstößen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen gekommen. Junge Melanesier haben Inder angegriffen. Es gab viele Verwundete. Die Anhänger des gestürzten Ministerpräsidenten haben im ganzen Land zum zivilen Ungehorsam aufgerufen, die Schulen werden boykottiert, in Betrieben wird gestreikt, das Zuckerrohr wird nicht geerntet.

In dem Inselstaat herrscht also Hochspannung.

Der Putsch ist in vielen Ländern Asiens und des Pazifikraums strikt verurteilt worden. Er sei — so die indonesische "Merdeka" — "für die Pazifikregion ein schlechter Präzedenzfall", "dem Rassismus, Diskriminierung und Egoismus" zugrunde liegen.

Nur das? Viele Blätter des Auslands, die die Geschehnisse in der Region genau beobachten, schreiben über eine wahrscheinliche Beteiligung der amerikanischen CIA am Putsch. Darüber berichtete Michel Chodshman, ein einflußreicher Parlamentsabgeordneter. Dabei hat er sich auf die Information des Ministerpräsidenten Australiens berufen. Sie erinnern daran, daß General a. D. Walters, US-Chefdelegierter bei der UNO und ehemaliger Vizedirektor der CIA, während der Wahlen im April in Fidschi aufkreuzte und daß nach ihm noch einige US-Agenten dort waren. Auch sei es ganz klar, daß Washington über die von Bavadrus Kabinett proklamierte Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit und über das Anlaufverbot für Schiffe mit Kernwaffen an Bord verärgert war.

Teilnehmer einer Massenkundgebung der Solidarität mit Fidschi, die am 25. Mai in der Hauptstadt Neuseelands stattfand, wiesen darauf hin, daß hinter dem Putsch die "zu rigorosen Maßnahmen entschlossenen" USA stünden.

Wie das "Dominion" (Neuseeland) am 26. Mai schrieb, hat der frühere Ministerpräsident von Fidschi, Mara, dem Großen Rat der Häuptlinge gemeldet, daß US-Staatssekretär Shultz dem jetzigen Regime Fidschis Ernährungshilfe zugesagt habe. Dieser Hilfe kann auch andere folgen.

Ober Fidschi ballen sich Wolken zusammen.

Die Einwohner Suvas protestieren gegen den Militärputsch und den Sturz der legitimen Regierung Fidschis

Foto: AP--TASS



Unser Puschkin

Vor 188 Jahren kam der große russische Dichter Alexander Puschkin zur Welt

Der sowjetische Schriftsteller Juri Tynjanow, ein Kenner der Werke Puschkins und seines Lebenslaufs, faßte zu Beginn der 30er Jahre den Entschluß, einen Roman über die Hannibals, die Vorfahren Puschkins, zu schreiben (nur das Vorwort ist erhalten geblieben). Warum? Nicht nur, weil Puschkin selbst seinem Stammbaum große Bedeutung beimaß, sondern auch, weil in jenen Jahren die faschistische Rassen-theorie im Schwange war und das, was man von den Hannibals wußte, einen antifaschistischen und antiras-sistischen Sinn annahm.

Unlängst tagte in Moskau der 9. Weltkongreß für Äthiopien-forschung. In einer der auf dem Kongreß gebildeten Sektionen kam es zu einem Disput über die Herkunft des Urgroßvaters Puschkins. Die einen Äthiopien-forscher zweifeln nicht daran, daß er ein Abessinier (Äthiopier) war, andere nennen als seine Heimat den Sudan oder sogar Kenia.

Puschkin besaß keine dokumenta-rische Bestätigung für die abessi-nische Lesart. Noch jetzt haben wir keine. Der Drang des Dichters, die Heimat seiner Vorfahren kennenzu-lernen, kommt in seinem Ausruf "Mein Afrika!" zum Ausdruck.

Die Variante einer Zeile seiner Dichtung über den Giftbaum Antiar lautet: "Mein Afrika, deine Natur hat ihn im Zorn erschaffen!"

In der südlichen Verbannung, aus der Puschkin fliehen wollte, schrieb er:

"... daß hier im mittagsschwülen Wüstensand, Mein Afrika, im Herzen dein Mein Sinn steht nach dem düstren Russonland".

Puschkins "Mein Afrika" wurde beinahe zum geflügelten Wort.

Offenbar unter seinem Eindruck schrieb Michail Lermontow: "Im Gebirg meines Schottlands" und ein ganzes Jahrhundert später Wladimir Nabokow:

"Auf meines Amerikas Berges-höh'n

Bang ich nach dem nordischen Rußland..."

Bei Anbruch des 20. Jahrhunderts erwarb sich ein anderer russischer Dichter das Recht, "Mein Afrika" zu sagen: Gumiljow, der dreimal ins Innere Afrikas reiste und in den Bergen und Wäldern Äthiopiens forschte. Er schrieb:

"Fast betäubt vom Geheul und Gedröhn

Und geblendet von Flammen und Schwaden,

Flüstern Engel in Himmelshöh'n,
Mein Afrika, deinen Namen..."

"Mein Afrika" nannte Boris Kornilow sein Gedicht über einen Afrikaner, der im russischen Bürgerkrieg ein Kommandeur der Roten war.

Puschkin sagte "Mein Afrika", wie wir heute "Mein Puschkin" sagen. So heißen Bücher von Valeri Brjus-sow und Marina Zwetajewa. Böse Zungen haben über das besitzanzei-gende Fürwort "mein" gelästert. Dabei drückt es Seelenvor-wandtschaft und Liebe aus (und gewiß auch, daß die beiden Schriftsteller dem ersten Menschen, der diese Worte von sich gab, das Recht darauf absprachen: Zar Niko-laus I., der am 8. September 1826 nach einer Audienz im Kreml sagte: "Jetzt bist du nicht mehr der frühere Puschkin, jetzt bist du mein Puschkin!").

In vielen Versen, Aufsätzen und autobiographischen Aufzeichnungen erwähnt der Dichter seinen Vorfah-

ren, General Hannibal, und dessen Heimat. In einem Brief an den Dichter Wjasomski gestand er: "Ich sehne mich nach fernen Ländern. Vielleicht wird die Luft im Mittag meine Seele beleben." Was für Lande er meinte, mag strittig sein, aber daß ihm Afrika oft vorschwebte, steht fest. Und er schrieb: "Byron sagte, er würde nie ein Land schildern, das er nicht mit eigenen Augen gesehen hat."

Unlängst fand sich im Archiv des Ägyptenforschers und Diplomaten Guljanow die Zeichnung einer Pyra-mide mit seiner französischen An-merkung von 1831: "Gezeichnet von dem Dichter Alexander Puschkin bei einem Gespräch, das ich heute Morgen über meine Arbeiten im Allgemeinen und über die Hieroglyphen im Besonderen mit ihm hatte." Über dieses Gespräch schrieb Pjotr Bartenew in seinen Puschkin-Erzählungen: Er besaß vielseitigste Kenntnisse und war sehr belesen. Der bekannte Ägypto-loge Guljanow, ... konnte sich über seine sprachkundlichen Kenntnisse nicht genug wundern."

Puschkin schrieb in der "Reise nach Erzerum": "Für mich hatte die Grenze etwas Geheimnisvolles, von klein auf träumte ich gern vom Reisen. Später führte ich lange ein Wanderleben, durchzog bald den Süden, bald den Norden, kam aber nie aus dem uferlosen Rußland hinaus."

Er durfte es nicht. Die Zarenregie-rung hatte ihm die Ausreise verbo-ten. Eine Fahrt des Dichters nach Westeuropa und seine Teilnahme an einer Mission in China wurden abgelehnt. Die wie Hohn klingen-den höflichen Absagen des Gendar-meriechefs Graf Benkendorf liefen auf die knappe Formel hinaus: "Nicht ratsam." Puschkins Dichtun-gen aber machten in aller Welt von sich reden. Die ersten Übersetzun-gen erschienen in Frankreich und Italien schon zu seinen Lebzeiten. Seine sohorischen Worte sind in Erfüllung gegangen: "Mein Name bleibt bestehen, solange auch nur ein Sänger auf Erden nachbleibt untorm Mond." Ungeachtet aller Nachdichtungsschwierigkeiten klin-gen seine Vorso houto sogar japa-nisch, arabisch, ungarisch und chine-sisch. Der Leser im Ausland fühlt sich nicht aus Nougier, sondern durch die "weltweite Resonanz"

"NEUE ZEIT" 23.87



Pushkin-Porträt von Rudolf Chatschirian

(Dostojewski) der Werke Pushkins unwiderstehlich angezogen.

Viele Probleme, die Pushkin beschäftigten, bereiten noch heutigen Dankern und Politikern Sorgen. Unter den Papieren, die die Gendarmen nach dem Tod des Dichters in seinem Arbeitszimmer versiegelt hatten, befindet sich ein französischer vorläufiger Entwurf, der unter dem Titel "Über ewigen Frieden" geführt

wird. Pushkin schrieb darin: "Es ist ausgeschlossen, daß die Menschen mit der Zeit die läppische Grausamkeit des Krieges nicht begreifen werden, wie sie ja auch den Sinn der Sklaverei, der Zarenherrschaft usw. begreifen haben. Sie werden erkennen, daß es unsere Bestimmung ist, zu essen, zu trinken und frei zu sein." In Versen an den großen polnischen Dichter Adam

Mickiewicz träumte Pushkin von einer Zeit, "da sich die Völker, ihren Hader vergessend, zu einer einträchtigen Familie vereinen werden".

Pushkins Sehnsüchte und Träume finden bei den jetzigen Generationen Resonanz. Der Dichter Odziejewski sagte von ihm: "Er versteht es, viele Erkenntnisse ins Licht seiner dichterischen Sehnsüchte zu setzen."

Das Pushkin-Jahr, das aus Anlaß der 150jährigen Wiederkehr seines Todestages angesetzt wurde, ist jetzt in vollem Gange.

Das Pushkin-Jahr hat bereits über vieles Aufschluß gegeben, so über die Macht und den Zauber der Worte Pushkins und seiner Persönlichkeit. Leider aber auch darüber, daß die Pushkin-Forscher ihre führende Stellung in der russischen Literaturkunde eingebüßt haben. Die Generationen betagter Professoren, die Pushkins Werk und Lebenslauf vorzüglich kannten, sind nicht mehr, der Nachwuchs aber sprießt vereinzelt und langsam. Unsere Wissenschaft und unser Verlagswesen bleiben Pushkin und seinen Lesern viel schuldig. Die Arbeit an einer akademischen Gesamtausgabe der Werke Pushkins läuft erst an, an einem Pushkin-Lexikon wird noch nicht einmal gearbeitet, eine Chronik seines Lebens und Schaffens harret ihrer Fertigstellung.

Die Menschen fühlen sich aber zu ihm, zu seinen Werken und zu Büchern über ihn hingezogen. Sie trauern um ihn und verachten seinen Mörder.

Anfang Juni wird in der ganzen UdSSR zum 21. Mal ein Fest der Dichtung Pushkins gefeiert.

In seinem Roman "Der Mohr Peters des Großen" schrieb Pushkin: "Es ist die alleranziehendste Wissenschaft, dem Gedankengang eines großen Mannes folgen zu dürfen." Beim Pushkin-Fest folgen wir dem Gedankengang des Dichters und seiner Gestalten. An den Pushkin-Gedenkstätten, in den Orten Sibiriens, in die die Dekabristen verbannt waren, und am berühmten Moskauer Pushkin-Denkmal — überall kommen seine Verse zu Gehör. Das Pushkin-Jahr nimmt seinen Fortgang.

Alexej BUKALOW

Experiment

Turnen



Die Moskauer Europameisterschaften im Turnen waren ein Experiment. Im Sportkomplex "Olimpiski" fanden zum ersten Mal gleichzeitig Wettbewerbe der Frauen und Männer statt. Das Moskauer Publikum war mit dieser Neuerung voll und ganz zufrieden: Die emotional geladenen Wettbewerbe waren durchaus sehenswert. Der rasche Wechsel der Eindrücke ließ keinen Raum für Monotonie, wie so oft bei Wettbewerben mit einer so großen Zahl von Teilnehmern. In Moskau stellten sich Riegen aus 28 Ländern vor.

Europameister im Mehrkampf wurden Daniela Silivas (Rumänien) und Valeri Ljugin (UdSSR). Sie turnten nicht nur die schwierigsten Elemente, sondern führten diese auch mit Leichtigkeit aus, ohne Patzer und ohne jene übermäßige Kraftanstrengung, die so oft den Darbietungen das Artistische nimmt. Daniela und Valeri siegten auch an den Geräten. Die Rumänin gab gar nur eine Goldmedaille ab: Im Pferdsprung siegte Jelena Schuschunowa aus der UdSSR. Währenddessen "überließ" Valeri der Konkurrenz zwei Trophäen: im Pferdsprung Juri Koroljow und an den Ringen (Valentin Mogilny).

An die zweihundert ausländische Journalisten waren nach Moskau gekommen, um sich die potentiellen Olympiateilnehmer genauer anzusehen. Außerdem waren im Pressezentrum noch mal so viele sowjetische Journalisten akkreditiert. Alles in allem - ein echter Weltrekord in puncto Aufmerksamkeit der Medien für das moderne Turnen.

In diesen Tagen traf ich viele bekannte Turner und Trainer, darunter den Präsidenten des Europäischen Turnerverbandes Pierre Chabloz. Man ist sich einig: das Turnen entwickelt sich sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen dynamisch weiter. Immer neue originelle Elemente, die Publikum und Experten gleichermaßen begeistern, kommen hinzu. Und das wird sich in absehbarer Zeit kaum ändern...

Auch mich beschäftigt schon lange die Situation beim Turnen der Frauen. Die Zeiten einer Latynina sind mir noch gut im Gedächtnis: Damals hatte das Frauenturnen wirklich noch etwas Weibliches, hatte jede Sportlerin ihren eigenen Stil, eigene Einfälle. Ein Vergleich mit dem heutigen Turnen fällt eher zu seinen Gunsten aus. Larissa Latynina, an deren glänzende Mehrkampfsiege bei zwei Weltmeisterschaften und den Olympischen Spielen von Melbourne und Rom sich der Leser, wie ich hoffe, noch erinnern kann, sieht das so:

„In Moskau sahen wir nicht mehr so viele kleine Mädchen wie bei den vorangegangenen Meisterschaften. Die langjährige Verjüngung des Turnens hat jetzt offensichtlich ihre Grenze erreicht. Man kann sogar von einer entgegengesetzten Tendenz sprechen. Natürlich haben es kleinere Turnerinnen leichter, schwierige Elemente zu meistern, besonders am Schwebebalken. Mich wundert deshalb nicht, daß sie viele dieser Elemente als erste gezeigt haben. Doch werden heute auch schon die größer gewachsenen Turnerinnen mit

den schwierigsten Kombinationen und Sprüngen fertig und verleihen dabei mit ihrem 'reifen Ausdruck' der Übung zusätzlich einen besonderen Charme..."

Mir scheint, daß Larissa die Ausdruckskraft der Turnerinnen nicht zufällig erwähnt hat. Sie ist gerade bei der Kür sehr wichtig, die als Höhepunkt der Frauenwettbewerbe die größte Aufmerksamkeit beansprucht. So war es auch in Moskau. Die sowjetischen Zuschauer wurden allerdings enttäuscht. Während in der Vergangenheit der Ton bei der Kür stets von den sowjetischen Sportlerinnen, ihren Trainern und Choreographen angegeben wurde, bestiegen diesmal die beiden Rumäninnen Silivas und Camelia Voinea die Siegerstufe. Die Debütantin Alewtina Prjachina aus Moskau wurde nur dritte.

Man könnte sich natürlich auf das Mißgeschick von Jelena Schuschunowa, der Weltmeisterin im Mehrkampf, die sich einige Patzer leistete, berufen, oder darauf, daß Oxana Omeljantschik, eine hervorragende Kürturnerin, nicht am Start war. Wir dürfen aber nicht verkennen, daß unsere Trainer und Choreographen auf der Suche nach neuen Formen oft Bewährtes, von ihren Vorgängern Geschaffenes außer acht lassen und die Kür oft zu Ansammlungen akrobatischer Sprünge geraten lassen. Die Vorträge sowohl Schuschunowas als auch Prjachinas lassen heute das Tänzerische, den feinfühligsten Ausdruck vermissen. Gerade darin standen sie den Konkurrentinnen nach.

Es ist doch paradox: heute zeigen die Männer zum Teil farbiger, originellere Kompositionen als die Frauen. Der Sieger Valeri Ljugin verblüffte alle mit der Leichtigkeit bei den schwierigsten Sprüngen, unter anderem beim dreifachen Salto. Ljukins Trainer Eduard Jarow eröffnet wohl mit seinem Schützling eine neue Etappe im Männerturnen, in der sich superschwierige Elemente mit künstlerischer Ausdruckskraft optimal verbinden.

Valeri Ljugin aus Alma-Ata studiert am Institut für Körperkultur. Erst zwanzigjährig siegte er schon bei den UdSSR-Meisterschaften im Mehrkampf sowie bei den Spielen des Guten Willens beim Pferdsprung. Seine Hobbys sind alpiner Skisport, Tanz und Skateboard. Er arbeitet alle Kombinationen und neuen Elemente gemeinsam mit seinem Trainer aus.

Nur ein Sportler mit unverwechselbarem, eigenem Gesicht wird Spuren im Weltturnen hinterlassen.

Was unsere Herrenmannschaft insgesamt betrifft, so zweifle ich nicht daran, daß sie sich den Ruf der Originalität und Kreativität erwirbt. Dafür sorgen ganz sicher außer Ljugin auch Juri Koroljow aus Wladimir und Valentin Mogilny aus Leninsk-Kusnezki, die schon viele Preise bei Welt- und Europameisterschaften erringen konnten und noch jung genug sind, um neue Kompositionen zu erarbeiten.

Jury Koroljow, zweifacher Weltmeister im Mehrkampf (was heutzutage sehr selten vorkommt), erinnert ein wenig an den "eisernen Schachlin", Weltmeister und Olympiasieger der 50er/60er Jahre. Er schafft es stets, sich in den entscheidenden Augenblicken genau zu konzentrieren, und wenn ihm heute auch die Goldmedaille vorenthalten blieb, so verdankte er das wohl auch dem Umstand, daß er in der ersten, schwächeren Gruppe gestartet war, die gewöhnlich niedrigere Wertungen erhält.

Valentin Mogilny hat da schon größere Schwierigkeiten. Bei der Europameisterschaft leistete er sich mehrere Fehler, die ihm beim Mehrkampf am Ende nur den fünften Platz brachten.

Unsere Sportler müssen sich gut auf die bevorstehenden schweren Wettkämpfe vorbereiten, wenn sie die in Jahrzehnten aufgebaute Autorität des sowjetischen Turnens erhalten wollen.

Anatoli
TSCHAIKOWSKI

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



MEISTERWERKE AUS LILLE

Im Staatlichen Puschkin-Museum für darstellende Künste, Moskau, fand die Ausstellung „Westeuropäische Malerei aus den Museen von Lille“ statt.

Neunzehn herrliche Gemälde — Tintoretto, El Greco, Ribera, Snyders, Goya, Gericault, Delacroix, Millet, Courbet, Monet, Renoir —, Zeichnungen von Raffael, Watteau, Boucher: das Beste aus

den Sammlungen des Museums für Schöne Künste und anderer Kollektionen von Lille.

Diese Stadt nimmt in der künstlerischen Geographie Frankreichs eine Sonderstellung ein. Das Museum für Schöne Künste besteht seit 1809, die Sammlungen selbst existierten noch früher. Von den Mitarbeitern und Einwohnern der Stadt wurden sie ständig aufgefüllt. So vererbte der Maler Jean-Baptiste Vicart der Stadt Raffaels Zeichnungen. Van Goghs Freund, Dr. Gachet, schenkte dem Museum ein Bild, das van Gogh bei einem Besuch bei Gachet in Lille gemalt hatte.



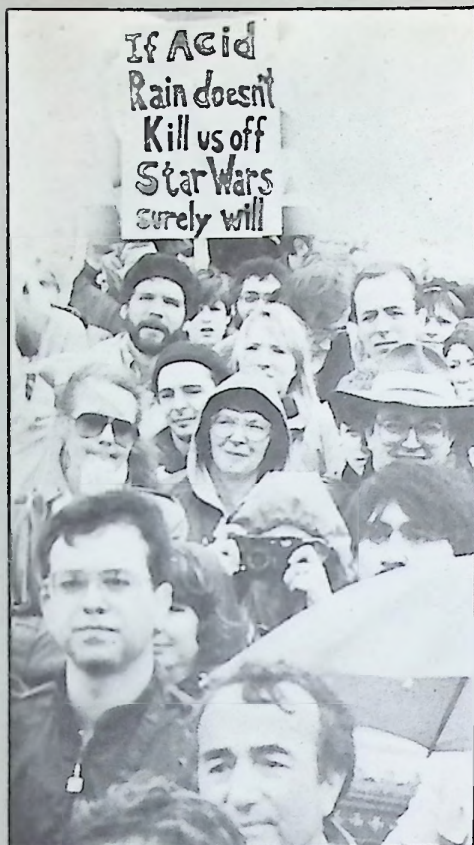
Der Austausch von Kunstausstellungen zwischen der UdSSR und Frankreich blickt auf reiche Traditionen zurück. Lille allerdings brachte seine Schätze erstmals in unser Land.

Francisco de Goya.
Die Zeit und die Alte.

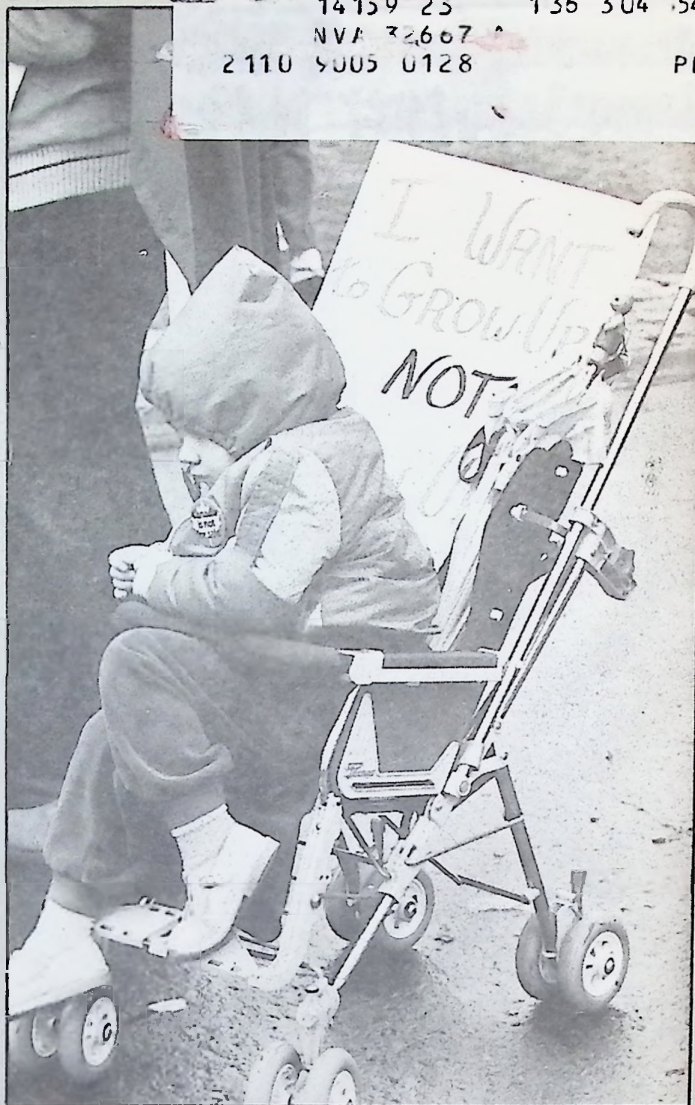
Giuseppe de Ribera.
Der heilige Hieronymus.

Frans Snyders.
Hund in einer Küche





„Wenn der saure Regen uns nicht tötet, tun es Sternenkriege garantiert.“
Ein Teilnehmer einer Demonstration gegen die amerikanisch-kanadische militärische Zusammenarbeit wird verhaftet.



„Ich will heranwachsen und nicht in die Luft gesprengt werden.“

Die Bilder wurden im April 1987, beim Kanada-Besuch US-Präsident Reagans, gemacht.

Koozma TARASOFF (Kanada)



**„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“**

INTERNATIONALER WETTBEWERB